

Das Parlament

Berlin, 10. August 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 33-34 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Schlagzeilen im Sommer

Heiko Maas Am Ende konnte der Bundesjustizminister nicht anders, als Generalbundesanwalt Harald Range nach dessen harschen Vorwürfen gegen den Dienstherrn zu entlassen. Gleichwohl dürften die Schlagzeilen, die der SPD-Politiker aus dem Saarland (48) mitten im Sommerloch machte, ihm kaum gefallen. Denn trotz der demonstrativen Rückendeckung durch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gibt es in der Öffentlichkeit eine kritische Diskussion über das Verhalten von Maas in der Landesverrats-Affäre. Warum schlug er wegen des Verfahrens des obersten Chefanklägers gegen die Blogger von netzpolitik.org erst jetzt Alarm, obwohl das Ministerium schon seit Mai davon wusste? Einen „Makel“ jedenfalls will Heiko Maas demnächst loswerden: Der Minister ohne Mandat will 2017 für die SPD im Wahlkreis Saarlouis antreten. *kru*

durch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gibt es in der Öffentlichkeit eine kritische Diskussion über das Verhalten von Maas in der Landesverrats-Affäre. Warum schlug er wegen des Verfahrens des obersten Chefanklägers gegen die Blogger von netzpolitik.org erst jetzt Alarm, obwohl das Ministerium schon seit Mai davon wusste? Einen „Makel“ jedenfalls will Heiko Maas demnächst loswerden: Der Minister ohne Mandat will 2017 für die SPD im Wahlkreis Saarlouis antreten. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

3

Generalbundesanwälte sind seit 1950 bisher frühzeitig in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Vor Harald Range wurde 1962 Wolfgang Fränkel wegen Mitverantwortung an Todesurteilen in der NS-Zeit entlassen. Alexander von Stahl folgte 1993 wegen Pannen bei der Anti-Terror-Aktion in Bad Kleinen.

ZITAT DER WOCHE

»Unerträglicher Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz.«

Harald Range vor seiner Entlassung als Generalbundesanwalt zur Anweisung von Justizminister Heiko Maas (SPD), ein externes Gutachten über Landesverrat beim Blog netzpolitik.org zu stoppen.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Sicherheitskonferenz-Chef Wolfgang Ischinger im Gespräch **Seite 2**
- Ukraine** Das Krisenland ist tief gespalten zwischen Ost und West **Seite 3**
- Nato** Das westliche Militärbündnis überdenkt seine Strategie **Seite 8**
- Bilanz** Eine Analyse der Politik von Präsident Wladimir Putin **Seite 10**
- Wirtschaft** Die russische Ökonomie ist in schweres Fahrwasser geraten **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Der Putin-Komplex

RUSSLAND In Deutschland gibt es zu viel Verständnis für die friedensgefährdende Politik Moskaus

Seit dem vergangenen Jahr, seit der Annexion der Krim und der Entfesselung eines Sezessionskriegs im Osten der Ukraine, kann man sich schwerlich noch darüber hinwegtäuschen: Das Russland Wladimir Putins – und ein anderes gibt es nach Ausschaltung aller Oppositionen nicht mehr – ist dabei, die 1991 vertraglich fixierte Ordnung des postsowjetischen Raums in Frage zu stellen oder jedenfalls hegemonial neu zu justieren. Ähnlich wie die „Breschnew-Doktrin“ der früheren UdSSR, umreißt die neue „Putin-Doktrin“ eine Zone begrenzter Souveränität der Nachbarstaaten, in der so vage wie weiträumig definierte „Sicherheitsinteressen“ Moskaus Vorrang vor allen Wünschen der betreffenden Bevölkerungen selbst haben sollen. Diese „Sicherheitsinteressen“ umfassen heute wie damals nicht nur die außenpolitischen Beziehungen und militärischen Bündnisse, sondern ebenso die wirtschaftlichen Orientierungen und die innere Ordnung der Nachbarstaaten. Auch die Breschnew-Doktrin von 1968 versteckte sich hinter der Behauptung, dass die demokratischen Reformen in der Tschechoslowakei keine bloße innere Angelegenheit mehr seien, sondern ein Einfallstor für die „imperialistischen Kräfte der Aggression und der Revanche“ geschaffen hätten.

Die heutige Putin-Doktrin versucht mit noch waghalsigeren Konstruktionen ein noch wüsteres Bedrohungsszenario an die Wand zu malen. Demokratische „Farbenrevolutionen“, heißt es vom Präsidenten selbst, seien vom Westen mittels Geld und „fünften Kolonnen“ wie oppositionellen Nichtregierungsorganisationen künstlich angezettelt worden, um im Nahen Osten genau wie in der Ukraine oder Georgien und sogar (vergeblich) in Russland selbst soziale und politische Unruhen zu entfesseln und auf diese Weise „Faschisten“ oder „Islamisten“ an die Macht zu bringen. Zugleich werde auf jede erdenkliche Weise, etwa mittels homosexueller und „Gender“-Propaganda, die Integrität aller, noch nicht von westlicher Dekadenz angegriffener Staaten und Gesellschaften untergraben. Das alles im Interesse kapitalistischer Wirtschaftsinteressen und amerikanischer Weltmachtpläne. Fast geniert man sich, diesen Stuss auch nur zu referieren – der jeden sowjetischen Weltverschörungswahn von einst ebenso in den Schatten stellt wie die paranoiden Konstruktionen der US-Weltpolitik in den Zeiten des Kalten Kriegs oder Präsident Bushs berühmte „Achse des Bösen“ von 2002.

Obamas anderer Blick Dabei rangiert das gegenwärtige politisch-militärische Auftrumpfen Russlands für den pazifisch orientierten Obama unter allen aktuellen Weltkonflikten höchstens an dritter Stelle, hinter den terroristischen Bürgerkriegen im Nahen Osten und den Ansprüchen Chinas auf das ost- und südchinesische Meer und die Kontrolle der internationalen Schifffahrtswege. Eben diese Großkonflikte schaffen Putin zusätzliche Spielräume, die er auch weidlich ausnützt. Ohne sich selbst ernstlich bedrängt oder bedroht fühlen zu müssen, kann er auf einer ganzen Klaviatur teils begründeter Kritiken gegen die US-Weltpolitik, teils abgründiger Ressentiments gegen alles, was Amerika lebenskulturell darstellt, spielen. Und dafür bietet die europäische Politik und demokratische Öffentlichkeit ihm einen Resonanzraum, den er seinen Opponenten im eigenen Land nicht eine Minute lang zugestehen würde.

Dass Deutschland in dem Stresstest, den der unerklärte Krieg gegen die Ukraine für die fragile Europäische Gemeinschaft wie das stark gelockerte westliche Bündnis bedeutet, eine Schlüsselrolle spielt und spielen soll, ist unvermeidlich. So verfehlt alle daran geknüpften Erwartungen des deutschsprachigen KGB-Manns auf dem frisch vergoldeten Zarenthron bisher gewesen sind, so bedenklich ist das Spektrum verfälschter Erinnerungen, verfehlter Einschätzungen und bewundernder Sehnsüchte, die sich als starke Unterströmung unter der Oberfläche der standfesten Berliner Regierungspolitik und unbestechlichen Qualitätsmedien (der „Lügenpresse“) geltend machen – quer durch alle Parteien und Milieus. Der alten und neuen



Ein Platz für Wladimir Putin? Der russische Zarenthron in der Eremitage von Sankt Petersburg

© picture-alliance/Bildagentur-online/Tips-Images/Collage: Stephan Roters

Linken gilt die Politik Putins als Bollwerk gegen eine angeblich auf Weltherrschaft ausgerichtete US-Politik, und Moskau als das legitime Asyl für einen Edward Snowden, der sich um die Aufdeckung der virtuellen Allwissenheit der NSA-Abhörler verdient gemacht hat, ohne über die höchst reale Unterdrückung oppositioneller Stimmen im russischen oder chinesischen Netz ein Wort zu verlieren. Auf der anderen Seite des politischen Spektums sehen wir auf Demonstrationen der Pegida und vor Asylheimen russische Fahnen. Und die vornehmeren Herren wie Gauland und Gauweiler schweben in uralten russisch-preußisch-bayerischen Allianzen, bei denen es, einem eisernen Axiom konservativer Russlandfreunde zufolge, „beiden Ländern immer gut gegangen“ sei – so als hätte es 1815 bis 1848 keine „Heilige Allianz“ und keine „Demagogieverfolgungen“ gegeben, oder 1920 bis 1933 keinen deutsch-sowjetischen, auf eine geheime Kooperation von Reichswehr und Roter Armee gestützten Revisionismus gegen die „Weltordnung von Versailles“. In Berlin wie in Moskau galten Polen und der Korrupten Kontinentalreich aber sei, wie der Moskauer Vordenker einer globalen „Geopolitik“, Alexander Dugin, lehrt, nur noch unter Führung eines militärisch-politisch-ideologisch neugestalteten Russlands möglich. Ungleich bedenklicher könnte man es allerdings finden, wenn sich in der politischen Mitte eine weit ausgefächerte Querfront von Egon Bahr über den Strauß-Intimus Winfried Scharnagl bis zur Grünen Antje Vollmer sammelt, die in erstaunlich realitätsblinder Weise der Aggression in der Ukraine mit einem „Neustart

Moskau propagiert eine Zone minderer Souveränität für seine Nachbarstaaten.

don der neuen mitteleuropäischen Staaten als Schöpfungen der westlichen Siegermächte – eine Politik, die das Vorspiel zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939 gewesen ist, der Polen militärisch vernichtete, die baltischen Republiken, die Westukraine und das heutige Moldawien der Sowjetunion zuschlug und das östliche Europa teilte, entlang einer Linie, die viele Deutsche auch heute als eine legitime russische Sicherheitszone ansehen. Aber in der Erinnerung der deutschen Bundesbürger Ost wie West hat der Zweite Weltkrieg ja

im Grunde auch erst mit dem fatalen „Russlandfeldzug“ von 1941 begonnen. So schickt der mit viel pyrotechnischem Aufwand und publizistischer Begleitmusik produzierte Fernseh-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“ seine unwahrscheinlichen Protagonisten (eine deutsch-jüdische Swingjugend von 1940) erst dann auf eine Höllenfahrt, in der sie es außer mit geilen und brutalen SS-Leuten und mit antisemitischen polnischen Partisanen vor allem mit erdhafte Gegnern von Format zu tun bekommen: mit russischen Rotarmisten, die ohne Rücksicht auf Verluste mit „Urrah“ kämpfen und den Deutschen, so weit sie überleben, Demut beibringen. Das hat sich dem mentalen Unterfutter auch der Nachgeborenen eingepägt – gar nicht so fern von Hitlers letzter Prophezeiung gegenüber Speer: „Dem stärkeren Ostvolk gehört jetzt die Zukunft.“ So wird in einer intellektuellen Neuen Rechten heute an phantastischen Eurasischen Reichsprospekten gebastelt, die – anders als reine Nationalstaaten – der amerikanischen Weltmarkt hegemonie alleine noch entgegenstehen könnten. Ein solches konservatives Kontinentalreich aber sei, wie der Moskauer Vordenker einer globalen „Geopolitik“, Alexander Dugin, lehrt, nur noch unter Führung eines militärisch-politisch-ideologisch neugestalteten Russlands möglich. Ungleich bedenklicher könnte man es allerdings finden, wenn sich in der politischen Mitte eine weit ausgefächerte Querfront von Egon Bahr über den Strauß-Intimus Winfried Scharnagl bis zur Grünen Antje Vollmer sammelt, die in erstaunlich realitätsblinder Weise der Aggression in der Ukraine mit einem „Neustart

der deutsch-russischen Beziehungen, bevor es für Alle und Alles zu spät ist“, entgegengetreten möchte. Europa, heißt es in einer von Bahr vortragenen (und vielleicht auch verfassten) Erklärung des „Willy-Brandt-Kreises“, dessen Namensgeber sich nicht mehr wehren kann, habe kein Interesse daran, „Russland in die Knie zu zwingen“. Dies „unterscheidet die europäische von der amerikanischen Interessenlage“. Die USA, heißt es, legen es darauf an, „Russland in die Knie zu zwingen“. Das sagt Putin allerdings auch. Ähnliche Töne waren im Vorjahr schon in dem erstaunlich illoyalen, wohl von Helmut Kohls Amtsleiter Horst Teltchik initiierten, vom Ex-Kanzler

Freund Gerhard Schröder und von anderen hohen Amtsträgern aller Parteien unterzeichneten Aufruf „Nicht in unserem Namen!“ angeschlagen worden.

Ostpolitik Niemand dürfte heute noch bestreiten, dass die von Willy Brandt eingeleitete Ost- und Entspannungspolitik der alten Bundesrepublik, die Schmidt, Kohl und Genscher bruchlos weitergeführt haben, zur Auflockerung

der Blöcke und Überwindung der Spaltung Europas entscheidend beigetragen hat. Aber diese Politik konnte (wie in der Zeit der „Solidarność“ und des Kriegsrechts in Polen 1980/81) auch eine ziemlich engherzige, dem baren Status quo verpflichtete bundesdeutsche Interessenpolitik sein, die schon damals der Breschnew-Doktrin weit entgegenkam. Sie blieb in vielem blind für das Wachstum der zivilen Oppositionen und die Zerfallsprozesse in der sowjetischen Machtsphäre, damit aber für viele der Entwicklungen, die entscheidend zum historischen Umbruch von 1989 beigetragen haben.

Eine „neue Ostpolitik 2.0“, von der mit einem trotzigem „gerade jetzt“ vielfach die Rede ist, dürfte diesen Fehler nicht wiederholen, sondern müsste, wenn schon, als gesamteuropäische Initiative angelegt sein, die Großzügigkeit mit Festigkeit verbindet – und auf irgendeinen präferentiellen Berliner „Draht nach Moskau“ ausdrücklich verzichtet. *Gerd Koenen*

Der Autor (Jahrgang 1944) ist Publizist und Historiker. Sein Hauptarbeitsgebiet sind die deutsch-russischen Beziehungen im 20. Jahrhundert und der Kommunismus.



Deutsch-russisches Einvernehmen: Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD, li.) und Präsident Wladimir Putin bei einer Veranstaltung des Gasleitungsprojekts Nord Stream

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL

Politik mit Testosteron

VON JÖRG BIALLAS

1991, nach der Auflösung der Sowjetunion, schien der Weg Russlands geradewegs in die Europäisierung zu führen. Heute, fast 25 Jahre später, ist die Nation im Morast alter Macht- und neuer Marktansprüche stecken geblieben. Aus einer kommunistischen Diktatur ist eine kompromisslose Autokratie geworden. Von westlich geprägten, demokratischen Strukturen ist das Land weiter entfernt denn je.

Wladimir Putin provoziert die Welt mit seiner Ukraine-Politik. Der Präsident gefällt sich in der Rolle als ein von Testosteron gesteuerter russischer Bär. Das mag in westlichen Augen lächerlich wirken. Bei den Wählern daheim, die nach wie vor daran glauben wollen, ihr Staat sei eine Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA, kommt das Macho-Gehabe hingegen durchaus an.

Das ist auch deshalb verständlich, weil der Kapitalismus das Land nach der Öffnung gen Westen unkontrolliert gekapert hat. Wenigen, denen es auch in sowjetischen Zeiten nicht schlecht ging, geht es seither viel besser. Viele, die seinerzeit ein Auskommen hatten, müssen heute einen sozialen Abstieg verkraften. Da ist Sehnsucht nach der vermeintlichen Geborgenheit im alten System ein Phänomen, das auch hierzulande nicht unbekannt ist. Putin versteht es vortrefflich, diese Gefühle zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Wie aber sollte die westliche Welt mit Russland umgehen? So, wie es in dieser Krise bisher ganz überwiegend geschehen ist: mit Fingerspitzengefühl. Einerseits müssen Putin die Konsequenzen seiner Politik aufgezeigt werden; andererseits müssen Auswege aus der Konfliktsituation eröffnet werden, die er ohne Gesichtsverlust beschreiten kann.

Eines indes wäre ganz falsch: Wenn die westliche Welt versuchen würde, Russland ein Handlungsmuster aufzuzwingen. Wer den Bären in die Ecke drängt, wird auf den Angriff nicht lange warten müssen.

In Russland werden längst Alternativen zu einer Annäherung an den Westen ventiliert und propagiert. Wer ein Gegengewicht zu der Option einer politischen, wirtschaftlichen oder sogar militärischen Kooperation beispielsweise mit China schaffen will, muss Vertrauen aufbauen. Vor einem Vierteljahrhundert ist das schon einmal gelungen. Die Welt hat sich danach sehr grundlegend zum Besseren verändert. Allein das sollte Ansporn genug sein.

GASTKOMMENTARE

MACHEN SANKTIONEN SINN?

Weiter verschärfen

PRO



Richard Herzinger, WeltN24

Entgegen dem Eindruck, den der Krell und seine westlichen Apologeten erwecken wollen, verfehlen die Sanktionen gegen Russland ihre Wirkung keineswegs. Die auch bei uns populäre Behauptung, sie schädeten der EU mehr als ihrem Adressaten, ist abwegig. Doch selbst wenn ihr Effekt auf die ohnehin marode russische Wirtschaft gering sein sollte – die Sanktionen aufzuheben, obwohl Moskau in der Frage der Krim-Annexion und seiner Invasion in die Ostukraine keinen Schritt zurückgewichen ist, käme der Absegnung dieses Völkerrechtsbruchs gleich. Es sollten im Gegenteil schärfere, gezieltere Sanktionen verhängt werden, die den Krell-Herrn davon überzeugen, dass es der „dekadente“ Westen tatsächlich ernst meint. Die Ausweitung von Einreiseverboten für Schlüsselfiguren des Systems Putin nebst Einfrieren ihrer Konten wäre ein Mittel, dieses empfindlich zu treffen. Denn während sie zu Hause den Hass gegen den Westen schüren, legen diese zynischen Heuchler höchsten Wert darauf, persönlich von dessen Vorzügen zu profitieren. Klar ist aber auch: Ökonomischer Druck reicht nicht, um Putins imperiale Gelüste einzudämmen. Seine Herrschaft hat er an eine paranoide antiwestliche Ideologie gebunden, der er nun auf Geheiß und Verderb folgen muss – in der Ukraine wie global. Moskaus scheinbare Vermittlerrolle in Sachen Iran zielt in Wahrheit darauf, Teheran als antiamerikanische Regionalmacht zu etablieren. Jetzt droht der Krell gar, Truppen nach Syrien zu schicken, um die Diktatur des proiranischen Massenmörders Assad zu retten. Der Westen muss sich auf eine lange Phase der Konfrontation mit dem Putinismus einstellen – was die Stärkung politischer wie militärischer Abschreckung einschließt.

Wenig überzeugend

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

Bei der Debatte über Sanktionen wird mal prinzipiell-moralisch, mal pragmatisch-ökonomisch argumentiert. Erst muss der Westen schlicht „Haltung zeigen“ (Frank-Walter Steinmeier), dann wieder erhofft man sich eine „starke Wirkung“ auf Russlands Wirtschaft, so der ehemalige EU-Ratspräsident Herman von Rompuy. Beide Argumente gehen ins Leere. Sollte es nur um eine symbolische Geste gehen, dann wäre sie wenig überzeugend: Der hohe moralische Ton verliert schlagartig an Wirkung, wenn man bedenkt, dass der Westen peinlich darauf geachtet hat, seine eigene Gasversorgung vor den Wirkungen des Sanktionsregimes zu verschonen. Gerade hat die BASF-Tochter Wintershall mit Gasprom eine Beteiligung am Bau der neuen „Nordstream“-Pipeline vereinbart. Dass der ökonomische Druck Putin in die Knie zwingen würde, lässt sich ebenfalls nicht behaupten. 90 Milliarden Euro, so die EU-Kommission, verliert Russland bis Ende dieses Jahres durch die Sanktionen – 80 Milliarden die Länder der EU. Ja, Russland hat schwere ökonomische Probleme, unter anderem wegen niedriger Energiepreise. Dass die Sanktionen hierfür der entscheidende Auslöser seien, ist so unsinnig, dass selbst Sanktionsbefürworter dies in der Regel nicht mehr behaupten. Und politisch schweißen die Strafmaßnahmen das Land zusammen, statt Putin zu schwächen. Putin ist kein Demokrat, und er hat das Völkerrecht verletzt. Aber dieser Konflikt braucht weder symbolische Gesten noch schulmeisterliche Strafmaßnahmen. Er braucht unendlich geduldige Verhandlungen. Er braucht Gesten der Entspannung. Nicht, weil Putin ein sympathischer Partner wäre. Sondern weil es um den Frieden in Europa geht.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 15. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Ischinger, hätten Sie es vor zwei Jahren für möglich gehalten, dass ein Großkonflikt mit Russland zurückkehrt, wie wir ihn jetzt in der Ukraine erleben? Nein, ich hätte mir nicht vorstellen können, dass die europäische Sicherheitsordnung, die wir mit dem Helsinki-Prozess errichtet haben, 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges so tiefgreifend erschüttert wird.

Warum ist für Russland die Ukraine so wichtig, dass es so viel riskiert? Aus meiner Sicht geht es bei der russischen Strategie nur vordergründig um die Ukraine. Es geht in Wirklichkeit um das strategische Verhältnis zwischen Russland und Amerika, es geht um Moskaus Rolle in der Welt. Es geht darum, welches Verhältnis Russland zur Nato und zur Europäischen Union entwickelt. Es geht also um sehr viel grundsätzlichere, strategische Fragen als nur um den Donbass oder die Krim.

Welche Interessen hat die EU an einer Heranführung der Ukraine? Wir sollten zunächst von den Wünschen ausgehen, die unsere Nachbarn an uns richten. Die Osteuropäer hatten nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes den dringenden Wunsch, sich der westlichen Welt anzuschließen, sowohl was die Mitgliedschaft der Nato angeht, als auch die wirtschaftlich und politisch noch viel bedeutsamere Zugehörigkeit zur EU. Die ukrainische Führung hat lange gezögert. Aber die Ukrainer haben sich dagegen aufgelehnt, als im Winter 2013/2014 die ukrainische Führung einen Schritt in Richtung Westorientierung zurücknahm. Das führte zu den Ereignissen auf dem Maidan und zur revolutionsartigen Verabschiedung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Es gab und gibt in osteuropäischen Ländern ein starkes Interesse, sich dem westlichen und offenen Gesellschaftmodell anzuschließen, sich zu befreien von den Zwängen korrupter Gesellschaften, die aus den früheren kommunistischen Regimen hervorgegangen sind. Diesen Wunsch können wir doch nicht ignorieren.

Solche Wünsche existierten in den 1990er Jahren in Russland auch. Welche Versuche gab es, auf Russland zuzugehen? Es gab die Vorstellung, dass man angesichts der beginnenden Nato-Erweiterung auch mit Russland einen Prozess beginnt, der zu einem kooperativen Miteinander führen würde. Diese Vorstellung hat sich nicht verwirklichen lassen und ich denke, daran tragen alle Beteiligten, auch Russland selbst, eine erhebliche Mitverantwortung. Es ist uns nicht gelungen, das Verhältnis zwischen Nato und Russland so weiterzuentwickeln, dass man in Moskau das Gefühl entwickelt hat, man gehört dazu.

Sehen Sie Ansatzpunkte, eines Tages zu einem solchen Verhältnis zu kommen? In der Außenpolitik gilt immer der Satz „It takes two to tango“. Wir können noch so schöne Konzeptionen in unseren Planungsstäben entwickeln: Wenn die andere Seite nicht will, wird daraus nichts. Moskau fordert die Anerkennung eines Sicherheitsinteresses, das sich nur befriedigen lässt, wenn Länder wie die Ukraine oder Georgien einen Status minderer Souveränität hätten, wenn sie akzeptierten, zur russischen Einflussphäre zu zählen. Hier können wir Russland nicht entgegenkommen. Wir würden unsere eigenen Werte verraten, die eben auch darin bestehen, dass jeder Staat sich seine Allianzen, seine Zugehörigkeiten selbst wählen können soll. Wir können nicht im Nachhinein verordnen, dass die Ukraine nicht die gleichen Freiheits- und Zugehörigkeitsrechte für sich in Anspruch nehmen kann wie etwa Litauen oder Bulgarien.

»Wieder bei Null anfangen«

WOLFGANG ISCHINGER Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz wirbt dafür, trotz aller Enttäuschungen mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen



© picture-alliance/Eventpress Stauffenberg

Sind Sanktionen und eine erhöhte Verteidigungsbereitschaft der Nato in Osteuropa angemessene und auch wirksame Antworten auf das russische Vorgehen? Unsere östlichen Nato-Partner haben das Bedürfnis, abgesichert zu sein. Sie haben nach den Ereignissen in der Ukraine Angst vor möglichen russischen Übergriffen. Insofern haben sie denselben Anspruch auf Solidarität der Nato, den wir Deutschen für selbstverständlich gehalten haben über Jahrzehnte des Kalten Krieges. Wir brauchen aber nicht nur eine militärische Eindämmungs- und Rückversicherungsstrategie, sondern müssen diese ergänzen durch eine Strategie, die die Tür gegenüber Moskau offen hält und Russland zeigt, dass seine Westgegnung nicht bedroht ist. Wir müssen deutlich machen, dass EU und Nato keine Absichten haben, die mit russischen Sicherheitsinteressen nicht vereinbar sind. Dieses Missverständnis auszuräumen, mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen und die gegenwärtige Sprachlosigkeit zu überwinden, muss der zweite Teil unserer Doppelstrategie sein.

Wolfgang Ischinger ist seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Der Diplomat war zuvor unter anderem Chef des Planungsstabes und später Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

In der russischen Wahrnehmung regiert der Hausherr im Krell ein riesiges, aber dünn besiedeltes Land mit Grenzen zu China und zur islamischen Welt und sieht sich mit der Möglichkeit konfrontiert, dass die Nato eines Tages direkt an der russischen Grenze stehen könnte. Ist die russische Sorge vor einer „Einkreisung“ von der Hand zu weisen? Dass in Moskau solche Sorgen existieren, ist richtig. Wenn man westliche Raketenysteme etwa im Osten Polens stationieren will, muss man zur Kenntnis nehmen, wie kurz die Vorwarzeiten für Städte wie Sankt Petersburg oder Moskau wären und dass das aus russischer Sicht eine untragbare Gefährdung der eigenen Sicherheitslage darstellen würde. Das Traurige ist, dass wir uns seit 20 Jahren gegenseitig versichern, dass wir uns nicht mehr als Gegner betrachten, sondern Partner sein wollen. Wir müssen jetzt leider wieder bei Null anfangen, etwa bei der Frage, wie wir militärisches Vertrauen aufbauen und auf dem militärischen Vertrauen aufbauend auch politisches und gesellschaftliches.

Wie könnte das konkret gehen? Wir haben in den vergangenen Monaten militärische Muskelepiele erlebt, Flugbewegungen über dem Nordatlantik etwa, mit denen man sich gegenseitig zeigt, dass man für Radarschirme unsichtbar den Luftraum beherrscht. All dies ist hochgefährlich. Ein falscher Knopfdruck, und unkontrollierbare Folgen könnten eintreten. Der erste notwendige Schritt wäre, dass die Nato und Russland sich auf Spielregeln für solche manövrierartigen Bewegungen einigen, gegenseitige Zurückhaltung üben. Das wäre ein erster Schritt der Vertrauensbildung. Er würde die Glaubwürdigkeit gegenseitiger Versicherungen erhöhen und möglicherweise die Tür öffnen für Gespräche auch über andere Bereiche.

Ist ein neuer Helsinki-Prozess nötig? Es gibt keinen Grund, warum es zwischen Russland und den westlichen Führungsmächten keine Bekräftigung der Grundregeln geben sollte, die wir mit Helsinki und der Charta von Paris gefunden haben. Es ist damals in Zeiten schwerster gegenseitiger Bedrohung gelungen, Elemente einer gemeinsamen Sicherheitsordnung aufzubauen. Ich bin derzeit Vorsitzender eines Panels der OSZE, das bis Ende des Jahres Empfehlungen geben soll, wie die europäische Sicherheitsordnung widerstandsfähiger gegen solche Krisen gemacht werden könnte. Man braucht aus meiner Sicht kleinere Formate, wie wir sie beispielsweise in der Ukraine-Krise mit dem Normandie-Format und im Falle des Irans mit den Drei-Plus-Drei-Gesprächen gefunden haben. Solche Gesprächskreise könnten hilfreich sein, um einen – nennen wir ihn mal Helsinki-2-Prozess – in Gang zu setzen, der im Rahmen der OSZE auch zu einem Gipfeltreffen und zur Bekräftigung einer alleits akzeptierten Sicherheitsordnung des 21. Jahrhunderts führen könnte. Das ist ein großes und wichtiges Ziel und wir werden hoffentlich am Ende des Jahres dazu sinnvolle Vorschläge präsentieren können.

Das Gespräch führte Alexander Heinrich.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Gejagte: Ilja Ponomarjow

Mitte Juli ist die Hatz auf Ilja Ponomarjow in eine neue Runde gegangen. Ein Moskauer Gericht schrieb den Parlamentarier zur internationalen Fahndung aus, Moskau hofft auf seine Festnahme im Ausland. Erst im April hatte die Duma, das russische Unterhaus, ihrem Abgeordneten die parlamentarische Immunität entzogen. Russlands Strafverfolger werfen Ponomarjow vor, fast 350.000 Euro veruntreut zu haben. Der Beschuldigte weist das von sich und sagt dazu: „Die Vorwürfe sind erfunden“ – auf eine Art und Weise, wie sie typisch sei im heutigen Russland. Hintergrund der Jagd auf den Abgeordneten ist in erster Linie die Abstimmung der Duma über die Eingliederung der Ukraine-Halbinsel Krim in die russische Föderation im Frühjahr 2014, bei Ponomarjow als einziges Duma-Mitglied gegen den Beschluss votierte – 445 zu 1. Der Abgeordnete erklärte seine Haltung später wie folgt: Eine Enthaltung sei, als würde er schweigend zusehen, wie Diebe einem Mädchen die Handtasche entreißen. Kollegen hätten ihm gesagt, dass er die richtige Entscheidung getroffen habe. Ponomarjow befürchtet, dass für die Krim-Annexion noch die folgenden Generationen zahlen müssen.

Ponomarjow hatte schon als Jugendlicher ein Faible für Computer und gründete mit 16 Jahren seine erste Software-Firma, zu deren Kunden das Innenministerium und die zivile Luftfahrt zählten. Später hielt der IT-Experte Vorlesungen in Skolkowo und war als Berater der Skolkowo-Stiftung tätig. Anfang 2013 witterten die Behörden erstmals einen Betrug bei Zahlungen. Ponomarjow aber wies die Anschuldigungen von sich, alle Zahlungen seien ordnungsgemäß deklariert worden.



»Wir sind nicht länger in unserem Heimatland, weil wir es nicht lieben, sondern weil sich Werte und Kultur so radikal verändert haben.«

Aus Angst, wegen angeblicher Schulden Russland nicht mehr verlassen zu dürfen, entschied sich Ponomarjow während einer Auslandsreise, vorerst nicht in seine Heimat zurückzukehren. Seit gut einem Jahr lebt der 40-Jährige nun in Kalifornien und ist sicher: Dem Staat gehe es darum, eine kritische Stimme zum Schweigen zu bringen. Denn Ponomarjow zählt zu den wenigen tatsächlich oppositionellen Köpfen in der Duma. Nun ist er ein Abgeordneter im Exil. Auch in Ber-

lin verfolgten Politik-Kollegen das Vorgehen aufmerksam, schließlich hatte er in den vergangenen Jahren regelmäßig am deutsch-russischen Dialogforum Petersburger Dialog teilgenommen. Seine kritische Haltung hat ihm schon früher Ärger eingebracht. Im Winter 2012 trat er als einer der Anführer der Proteste gegen Präsident Wladimir Putin in Erscheinung. Das Staatsfernsehen diffamierte Ponomarjow, nachdem er in die Ukraine gereist war und erklärte, dass er dort keine Hinweise auf vermeintliche faschistische Umtriebe habe finden können, aber für Aktionen des russischen Militärgeheimdienstes. Im vergangenen Frühjahr tauchten in Moskau riesige Plakate an Hochhausfassaden auf. Sie zeigten die Köpfe führender Oppositioneller, diffamierten sie als Verräter – darunter Ponomarjow. Dabei sieht sich der Anhänger libertärer Ideen selbst als einer von vielen offenen und aufgeschlossenen Russen, von denen viele zuletzt Russland verlassen haben. „Wir sind nicht länger in unserem Heimatland, weil wir es nicht lieben“, erläutert Ponomarjow, „sondern weil sich Werte und Kultur so radikal verändert haben, dass wir Zuflucht in einem freieren Land im Westen suchten.“ Dennoch vermissen die Auswanderer ihre Heimat, ihre Familien und ihre Landschaft. Ponomarjow hofft auf Veränderungen in seiner Heimat. Seine Vorstellung von einem modernen Russland beinhaltet die geringere Machtzentrierung im Krell, eine klare Gewaltenteilung, ein unabhängiges Justizsystem, starkes Unternehmertum und freien Wettbewerb. „Von London ins Silicon Valley bis in Putins Gefängnisse“, schrieb Ponomarjow kürzlich in einem Beitrag für die „New York Times“, warteten Menschen, die bereit seien für einen Wandel. Oliver Bilger

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. CvD
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CvD
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
07. August 2015

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenservice@fs-medien.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Zweierlei Wirklichkeiten: Russische Marinesoldaten paradiert in Sewastopol auf der besetzten Halbinsel Krim (links), ukrainische Patrouillenpolizisten feiern nach ihrer Vereidigung in Kiew.

© picture-alliance/dpa

Zwei Wirklichkeiten

UKRAINE Ost oder West, Moskau oder Brüssel: Das Land ist tief gespalten. Eindrücke aus Kiew und von der Krim

Zweimal im Jahr gerät das Zentrum von Sewastopol auf der Krim ins Chaos. Seit mehr als 200 Jahren dient die Stadt am Schwarzen Meer als Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Viel musste „die Stadt des russischen Ruhms“, wie Sewastopol in Russland genannt wird, während dieser Zeit erleben. Im Zweiten Weltkrieg machten die Deutschen die Stadt dem Erdboden gleich, bis auf wenige Häuser. „Jeder Stein hat hier eine eigene Kriegsgeschichte. Eine russische Geschichte“, erzählt der 45-jährige Igor, der nicht mit seinem Nachnamen genannt werden will. Er ist gebürtiger Sewastopoler, Ex-Offizier der ukrainischen Marine und trotzdem Befürworter der russischen Annexion. An diesem Sonntag besucht er mit seiner Frau die großen Feierlichkeiten zum „Tag der russischen Marine“. Nach dem „Tag des Sieges“ am 9. Mai ist dies der mit Abstand wichtigste Feiertag der Stadt.

Gefeiert wird traditionell mit einer spektakulären Flottenparade, an der Igor selbst früher teilnahm. Denn „in der Zeiten der Ukraine“, wie viele auf der Krim sagen, zogen die russische und die ukrainische Marine gemeinsam durch die Bucht von Sewastopol und zeigten ihre Kampfbereitschaft. Die ukrainische aber war gezwungen, gleich nach der russischen Annexion im vergangenen Jahr in Richtung Odessa zu fliehen. Und Igor? Heute steht er um fünf Uhr auf, um einen guten Platz zu bekommen – Tausende wollen die Parade sehen.

Optionen „Im März 2014 hatte ich zwei Optionen. Entweder mit den Ukrainern nach Odessa auszuwandern oder in die russische Flotte zu wechseln. Beides lehnte ich ab“, erklärt Igor, und blickt auf die große Menschenmenge. Viele russische Fahnen sind hier zu sehen, auch einige Porträts des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Plötzlich wird Igor emotional: „Mein Großvater kämpfte gegen die Faschisten im Zweiten Weltkrieg. Und das hier ist meine Stadt, die sich gegen die Faschisten von heute wehrte. Verraten konnte ich sie nicht.“ Aber auch die Ukraine nicht, der Igor ungefähr 20 Jahre lang als Dienstgrad diente.

Nach der Annexion läuft es für Igor und seine Familie nicht glatt. Ursprünglich wollte es Igor als Kleinunternehmer versuchen und ein Lebensmittelgeschäft aufmachen. Am Ende fehlte das Geld. Seine Frau führt ein kleines Sanatorium in der Nähe von Jalta, doch auch hier macht sich bemerkbar, dass seit der russischen Annexion nicht alles rund läuft. „Im Sommer 2013 hatten wir 150 Buchungen. 2014 waren es dann etwa 35, bis jetzt in diesem Jahr nur 18 – klares Minusgeschäft“, sagt der 45-Jährige. Mit fünf Millionen Touristen, eine Million weniger als im Rekordjahr 2013, rechnet dagegen der Tourismusminister der Krim Alexej Tschernjak. An diese Zahl will Igor nicht glauben. „Aber egal, wie es uns wirtschaftlich geht: Zuletzt habe ich verstanden, dass ich mich als Russe fühle. Und es ist ein großartiges Gefühl, wieder zu Hause zu sein.“ Das Kapitel Ukraine ist für ihn beendet. Irgors Ansichten teilt eine Mehrheit auf der Halbinsel, nicht aber Michail Petrenko. Am

„Tag der russischen Marine“ will er ausdrücklich nicht in die Innenstadt fahren: „An solchen Feiertagen gibt es dort zu viele Menschen und zu viel Patriotismus. Außerdem mag ich Militärparaden sowieso nicht.“ Der 26-Jährige, der unter anderem als freier Sportjournalist arbeitet, hat andere Sorgen. Petrenko war vor kurzem noch bei einem französischen Lebensmittelkonzern in der Ukraine angestellt und kümmerte sich um die Lieferungen von Milchprodukten auf die Krim. „Es ist eine Illusion, dass die Krim vollständig russisch ist. Die Wirtschaft ist zu stark von der Ukraine abhängig“, sagt Petrenko. Russland sei vor allem nicht in der Lage, die Krim richtig zu versorgen: „Vom russischen Festland ist die Halbinsel nur mit der Fähre zu erreichen. Deswegen kommen die meisten Lebensmittel nach wie vor aus der Ukraine. Nun muss alles aber über eine Grenze, die es früher nicht gab“, sagt Petrenko. „Die ukrainischen Milchprodukte sind wegen Bürokratie und Korruption um etwa 90 Prozent teurer geworden. Auch die russischen sind ähnlich teuer, weil die Lieferung mit der Fähre alles andere als billig ist.“ Steigende Preise, wirtschaftliche Isolation – für Petrenko gibt es keinen Grund für Optimismus.

Preis der Annexion „In der Ukraine war die Krim zwar eine Subventionsregion, aber immer noch ein offener Markt. Wegen der Sanktionen bleiben jetzt westliche Investoren aus. Wir sind faktisch Moskaus Gnade ausgeliefert“, meint Petrenko. Ein prominenter Kritiker der Kreml-Wirtschaftspolitik, Alexej Kudrin, von 2000 bis 2011 russischer Finanzminister, hat vorgerechnet, welchen Preis Moskau für die Annexion der Krim in den kommenden Jahren zahlen dürfte: Kudrin rechnet mit Ausgaben von 150 bis 200 Milliarden US-Dollar. Während Michail Petrenko überlegt, die Krim zu verlassen, sind Igor die wirtschaftliche Lage und die westlichen Sanktionen gleichgültig: „Es ist ärgerlich, dass ich meine Kreditkarten nicht mehr nutzen kann. Aber letztendlich geht es nicht um Geld, sondern um das Heimatgefühl.“ Igor schaut rüber zu

den wehenden Russlandfahnen im Hafen. „Meine Heimat heißt Sewastopol, Russland.“ In Kiew, knapp 700 Kilometer Luftlinie nördlich von Sewastopol, plagen die Menschen derweil ganz andere Sorgen: Im dritten Stock eines Bürogebäudes zwischen Maidan und Präsidentenpalast residiert Andrij Andruschkiw, ein junger Westukrainer in T-Shirt und Turnschuhen. Der 31-Jährige ist Sprecher der Organisation „Reform Reanimation Package“, eines Zusammenschlusses von mehreren hundert ehemaligen Maidan-Aktivisten, Experten und Parlamentsabgeordneten, die sich der Reformierung des Landes verpflichtet fühlen. Die Straße unter den Fenstern heißt seit dem blutigen Finale des Maidans „Allee der Helden der himmlischen Hundertschaft“, Porträts der getöteten Maidankämpfer vor gestapelten Pflastersteinen erinnern an die Ereignisse vom 20. Februar 2014. Zwei Wochen nach den blutigen Februartagen trafen sich Andrij und die anderen zum ersten Mal. Ihr Ziel damals wie heute: Sie wollen verhindern, dass diese Revolution das gleiche Schicksal erleidet wie jene von 2005, als auf die „orangefarbene Revolution“ statt echter Reformen politische Grabenkämpfe folgten. Dieses Versprechen haben auch die „Sieger“ des Maidans gegeben, also der heutige Präsident Petro Poroschenko und Regierungschef Arsenij Jazenjuk. Jeden Donnerstag vor Sitzungswochen des Parlaments treffen sich Aktivisten, Experten und Rada-Abgeordnete nun, um einen Plan für die nächste Woche zu erarbeiten. Den verteilen sie dann montags unter den Abgeordneten. Andrij zeigt so einen Plan für eine der letzten Sitzungswochen vor der Sommerpause: In Kurzform steht da, welche Gesetzesvorhaben anstehen, und wofür die Abgeordneten stimmen – und was sie ablehnen sollten.

Doch selbst unter der von einer stabilen Koalition getragenen Regierung Jazenjuk, die gemeinhin als „prowestlich“ bezeichnet wird, kommen die Reformen nur schleppend voran. Der sichtbarste Erfolg der Reformbemühungen sind bislang die 2.000 neuen Polizisten in amerikanisch anmutenden Uniformen, die seit Anfang Juli auf den Straßen Kiwts patrouillieren und die der Kern einer neuen, nicht korrupten Polizei sein sollen. Ansonsten wehrt sich das bestehende System nach Kräften.

Reformen Ein Beispiel: Das neue Beamtengesetz, das unter anderem vorsieht, dass Beamte keiner Partei mehr angehören dürfen. In der Vergangenheit hatte die jeweilige Regierung die Parteizugehörigkeit der Beamten stets für die eigenen Zwecke benutzt. „Das führte dazu, dass die Beamten in meiner Heimatstadt in den Karpaten mit jeder neuen Regierung die Partei wechselten“, erzählt Andrij. Doch das neue Gesetz stellt die Existenz dieser „administrativen Ressource“ infrage. Dagegen wehren sich die Politiker fast aller Parteien. „Die Annahme des Gesetzes wird vom Parlament sabotiert: 1.200 Änderungen hat das Gesetz durchlaufen. Aber all das nur, damit es nicht angenommen wird“, sagt der junge Ukrainer. Und die Parteipolitiker setzen sich vorerst durch: Ende Juli wurde die Abstimmung über das Gesetz auf unbestimmte Zeit verschoben.

Ein ähnliches Schicksal ereilte die dringend nötige Justizreform, welche für eine unabhängige Gerichtsbarkeit in diesem laut Transparency International auch 2014 noch korruptesten Land Europas sorgen sollte. Wird Premierminister Arsenij Jazenjuk im Ausland für das langsame Reformtempo kritisiert, verweist er auf den Krieg im Osten. „Das ist eine reine Ausrede“, schimpft allerdings Andruschkiw. Den Vertrag über die EU-Assoziierung sieht er als wichtigen Schritt: „Dort stehen etwa Dinge über die Entmonopolisierung im Energiesektor, die unsere Politiker umsetzen müssen. Unser Premierminister vergisst das Dokument hin und wieder, aber wir erinnern ihn daran.“ Auch die Arbeit von Andruschkiws Organisation wird im von der Europäischen Kommission kofinanziert.

Was in Andruschkiws Initiative allerdings fehlt, ist die ökonomische Kompetenz – obwohl gerade diese für die Ukraine von großer Bedeutung ist. Wie etwa wird die Wirtschaft des Landes reagieren, wenn am 1. Januar 2016 das Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft tritt? „Wenn wir Unternehmen schließen müssen, dann muss es wohl so sein. England hat das unter Thatcher auch durchgemacht“, antwortet Andruschkiw lapidar. Dafür habe er gelesen, dass die Ukraine in der ersten Jahreshälfte 2015 der größte Mais-Importeur in China sei. Das stimmt tatsächlich, aber insgesamt sackt die ukrainische Wirtschaft immer weiter ab: 2014 sank das Bruttoinlandsprodukt laut der Statistikbehörde um fast sieben Prozent,

2015 werden es laut Internationalem Währungsfonds neun Prozent sein. Grund ist einerseits der Konflikt mit Russland: Zum einen hat die Ukraine derzeit die Krim und Teile der Industrieregion Donbass verloren, die ihr Russland und prorussische Separatisten streitig machen. Zum anderen haben die einseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wegen der wechselseitigen Sanktionen gelitten. Die Russland-Exporte sind 2014 um rund ein Drittel zurückgegangen. Diesen Niedergang können die gesteigerten Exporte in die EU (sieben Prozent mehr) jedoch nicht kompensieren: Das Gesamtminus lag 2014 deshalb bei 14 Prozent. Vom vereinfachten Handel mit der EU profitiert bislang vor allem die ukrainische Landwirtschaft. Die traditionell mit Russland verbundenen Bereiche Maschinenbau und Industrieproduktion haben große Probleme, neue Absatzmärkte zu finden. Gleichzeitig bleiben die westlichen Investitionen angesichts der immer noch unsicheren politischen Lage aus, auch das eine Folge des russischen Vorgehens seit dem vergangenen Jahr. Die wirtschaftlichen Probleme wirken sich auch auf die grundsätzlich proeuropäische Stimmung im Lande aus: Im Mai 2015 sprachen sich zwar immer noch 49 Prozent der Ukrainer für einen EU-Beitritt ihres Landes aus (28 Prozent dagegen), allerdings waren das vier Prozent weniger als ein halbes Jahr zuvor. Besonders stark sind die proeuropäischen Überzeugungen in den an die EU angrenzenden Gebieten. Im Süden und im Osten dagegen würde eine Mehrheit gegen einen EU-Beitritt stimmen.

Roskkur Finanziell überleben kann die Ukraine momentan nur dank westlicher Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte schon 2014 ein Programm über 17,5 Milliarden Dollar beschlossen, das seitdem stufenweise ausgezahlt wird. Die Raten sind jedoch an harte Bedingungen geknüpft. Diese sehen die Erhöhung des Rentenalters um fünf Jahre sowie die Entlassung von 20 Prozent der staatlichen Angestellten vor. Zur vom IWF geforderten Roskkur gehört zudem die Anpassung der Energiepreise, welche die Bevölkerung angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage hart treffen dürften: Laut Parlamentsbeschluss werden die Strompreise bis Anfang 2017 um das Zweieinhalbfache ansteigen, die Preise für Gas wurden schon im April um 280 Prozent angehoben, die Heizkosten um 66 Prozent. Solche Schritte werden zwar von Beihilfen für die Ärmsten flankiert und dienen auch dem Ziel, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu mindern und für mehr Transparenz im Energiesektor zu sorgen. Andrij Andruschkiw und seine Mitstreiter wissen: Es bleibt viel zu tun für die Reformen in Kiew.

Denis Trubetskoy, Moritz Gathmann

Die Autoren berichten als freie Korrespondenten aus der Ukraine.

»Es ist eine Illusion, dass die Krim vollständig russisch ist.«

Michail Petrenko, Journalist



CHRONIK

November 2013 Die ukrainische Regierung stoppt überraschend die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU. Aus Protest versammeln sich einige hundert Menschen am Kiewer Maidan. Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch verweigert auf dem EU-Gipfel in Vilnius wie erwartet die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen.

Januar/Februar 2014 Nach wochenlangen Protesten mit bis zu einer halben Million Teilnehmern endet der Versuch der Demonstranten, das Parlament zu umstellen, in schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Dutzende Demonstranten sterben im Kugelhagel. Janukowitsch unterzeichnet ein Abkommen mit der Opposition, das vorgezogene Neuwahlen und eine Verfassungsreform vorsieht. Kurz danach flieht er nach Charkow, später nach Russland. Nach der Absetzung des Präsidenten erklärt das Parlament Alexander Turtschnow zum Übergangspräsidenten und setzt Neuwahlen an. Eine Übergangsregierung mit Arsenij Jazenjuk als Premier wird gebildet. Unterdessen besetzen von russischem Militär unterstützte „Selbstverteidigungseinheiten“ das Parlamentsgebäude der Krim in Simferopol.

März 2014 Bei einem Referendum auf der Krim spricht sich eine Mehrheit für den Anschluss an Russland aus. Kurz darauf wird die Krim Teil Russlands. International ist das Referendum und die Angliederung nicht anerkannt.

April 2014 In Charkow, Donezk und Lugansk werden unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen. Eine bewaffnete Gruppe unter Führung des russischen Ex-Gewerkschaftlers Igor Strelkow-Girkin besetzt die Stadt Slawjansk. Die Übergangsregierung in Kiew erklärt den Beginn einer „Antiterroristischen Operation“. Damit beginnt der Krieg in der Ostukraine.

Mai 2014 48 Menschen sterben in Odessa. Die meisten von ihnen sind prorussische Aktivisten, die ins Gewerkschaftshaus geflohen waren, nachdem dieses von proukrainischen Aktivisten in Brand gesetzt wurde. In international und von Kiew nicht anerkannten Referenden stimmte eine Mehrheit in den „Volksrepubliken“ für die staatliche Eigenständigkeit. Ende Mai wird Petro Poroschenko im ersten Wahlgang mit 54 Prozent der Stimmen zum Präsidenten der Ukraine gewählt.

Juli 2014 Im Osten der Ukraine wird eine Boeing der Fluggesellschaft Malaysian Airlines abgeschossen. 298 Menschen sterben.

September 2014 In der weißrussischen Hauptstadt unterschreiben Vertreter der Separatisten und der Ukraine unter Vermittlung der OSZE die „Minsker Vereinbarungen“. Sie sehen die Einrichtung einer Pufferzone vor Vorgegangen war eine Niederlage der ukrainischen Armee gegen die prorussischen Separatisten, die von der Russland unterstützt wurden.

Oktober 2014 Bei den Parlamentswahlen erhält die Partei von Präsident Poroschenko die meisten Sitze, auf dem zweiten Platz landet die Partei des Premierministers Arsenij Jazenjuk.

Februar 2015 Nach Monaten schwerer Kämpfe kommt es in Minsk erneut zur Unterzeichnung eines Memorandums zwischen den Konfliktparteien. Zur Vermittlung kommen die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands, Weißrusslands sowie der Ukraine zusammen. Bis Juni 2015 forderte der Krieg in der Ostukraine laut den Vereinten Nationen über 6.500 Opfer und über 16.000 Verletzte. mog

Russland ist eine Großmacht – dieses Wissen ist fester Bestandteil des russischen außenpolitischen Denkens. Für eine politische Klasse, die in den 1980er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Sowjetunion in dem Bewusstsein aufgewachsen ist, neben den USA „die andere Supermacht“ zu repräsentieren, ist dies ein selbstverständlicher Gedanke: Russland mit seinem riesigen Territorium, seinen Naturressourcen, seiner Bevölkerung, seiner Geschichte muss Großmacht sein – jede andere Vorstellung wäre absurd. In der Tat zeigt der Blick auf die Weltkarte, dass Russland ein Faktor in der internationalen Politik sein muss. Der größte Flächenstaat der Erde – um ein Drittel größer als die USA, China oder Kanada – hat mit den wichtigsten Akteuren internationaler Politik gemeinsame Grenzen. Im Norden über den Pol sind die USA, die andere nukleare Supermacht, im Osten sind China und Japan Nachbarn, alles Staaten, die Russland ökonomisch, demografisch und technologisch überragen. Nachbar im Westen ist mit der Europäischen Union und der NATO ein mächtiger Wirtschafts- und Militärblock. Im Süden zieht sich von Zentralasien über den Iran und bis zur Türkei ein Gürtel von regionalen Großmächten und Krisenstaaten hin. Von Afghanistan, Syrien und dem Irak gehen auch für Russland Gefahren aus. Der russische Staat ist also dazu verurteilt, internationale Politik zu treiben. Die Mehrzahl der Krisen auf der Nordhalbkugel sind ohne Beteiligung Russlands nicht zu lösen. Insofern hat das Land in der Tat die Rolle einer Großmacht zu erfüllen.

Begrenzte Gestaltungskraft Es stellt sich allerdings die Frage, ob Russland über genügend Ressourcen verfügt, um diese Aufgabe zu lösen. Politisch verfügt der russische Staat mit dem Sitz im Welticherheitsrat über ein Instrument, mit dem es Einfluss auf internationale Krisenlösungen nehmen kann. Andererseits steht Russland allein. Es gehört keinem funktionierenden Bündnis an, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten existiert de facto nicht mehr, die eurasischen Strukturen sind erst im Aufbau. Insofern ist seine politische Gestaltungskraft begrenzt.

Militärisch stellt die Russische Föderation nach wie vor eine Supermacht dar – jedenfalls im nuklearstrategischen Bereich. In diesem Segment agiert sie in der Tat auf Augenhöhe mit den USA. Das konventionelle Militärpotenzial hat sich nach der Auflösung der Sowjetunion stark vermindert. Allerdings ist seit einigen Jahren eine Militärreform im Gange, in deren Kontext die Streitkräfte reorganisiert werden. Wenigstens für kleine Nachbarn wie Georgien und die Ukraine stellt die russische Militärmacht wieder eine Bedrohung dar. Andererseits ist das demografische, ökonomische und technologische Potenzial Russlands nicht sonderlich beeindruckend. Mit 143 Millionen Einwohnern ist die russische Bevölkerung kaum halb so groß wie die des Euro-Raums und macht kaum mehr als ein Zehntel der Bevölkerung Chinas oder Indiens aus. Die Wirtschaftsleistung liegt im Jahre 2013 – selbst wenn man die günstigere Vergleichsmethode anwendet, die Kaufkraftparität – unter der Bundesrepublik und nur knapp vor der Brasiliens und Frankreichs. Das ist nicht unbedeutend, aber sicher nicht die ökonomische Basis für eigenständige Großmacht-politik.

Kaum Innovationen Die Schwäche Russlands wird noch deutlicher, wenn man nach der Innovationsfähigkeit fragt. Nimmt man die Zahl der Anmeldungen beim Europäischen Patentamt als Index für

Großmacht in Nöten

AUSSENPOLITIK Russland braucht Partner in der postsowjetischen Nachbarschaft



Russland setzt auf eine stärkere Bindung der eurasischen Staaten. Hier bei einer Konferenz mit den Staatschefs von Weißrussland, Kasachstan und Armenien

© picture-alliance/dpa

die technologischen Fähigkeiten, so liegt Russland im Jahre 2014 international abgeschlagen auf dem 24. Rang. Die geringe Leistungsfähigkeit wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung über zehn Jahre anschaut: die Zahl der russischen Patentanmeldungen steigt nur unwesentlich. Wenn man das mit der dynamischen Entwicklung der chinesischen Meldungen vergleicht, die 2014 den vierten Platz hinter den USA, Japan und Deutschland erreichten, dann wird deutlich, wie die russische Wirtschafts- und Technologiepolitik bisher

versagt hat. Analysiert man die politischen, militärischen, demografischen, wirtschaftlichen und technologischen Ressourcen im Zusammenhang, so entsteht ein widersprüchliches Bild. Einerseits verfügt Russland als Nachfolger der Sowjetunion über das nukleare und teilweise auch das politische Potenzial einer Großmacht, andererseits sind die wirtschaftlichen und Bevölkerungs-Ressourcen nicht so groß, dass die russische Führung sich ohne Partner auf lange Sicht glaubwürdig als Großmacht darstellen kann. Die Notwendigkeit, inter-

ationale Politik treiben zu müssen, ohne über die notwendigen Ressourcen zu verfügen – das ist das grundlegende Dilemma russischer Außenpolitik.

Gegner USA Die russische außen- und sicherheitspolitische Elite hat inzwischen verstanden, dass die internationale Politik nicht mehr von zwei Supermächten – der Sowjetunion und den USA – gemacht wird. Zwar denkt man voller Nostalgie an die große Zeit der UdSSR zurück, doch übersieht man nicht den eigenen Macht-

verlust. Geblieben ist allerdings die fast manische Fixierung auf die USA als Hauptgegner. Insofern beobachtet die russische Elite mit Genugtuung, dass den USA inzwischen international Konkurrenz erwachsen ist. China gilt ihnen als eine der weltweit wichtigsten Großmächte und potenzieller Partner. Der zunehmende politische Einfluss Indiens und Brasiliens und die wachsende Bedeutung der G20 werden wahrgenommen. Japan und die Europäische Union werden als bedeutende Wirtschaftsmächte mit begrenztem politischen Ein-

fluss gesehen. In einer Welt, die sich nicht mehr um zwei Machtzentren – die USA und die UdSSR – organisiert, sondern in der es viele Großmächte gibt, die „multipolar“ ist, soll nach Vorstellung russischer Eliten auch das eigene Land eine Großmachtrolle spielen.

Einfluss auf Nachbarstaaten Um Russland in den Stand zu versetzen, diese Rolle wahrzunehmen, muss es aber die eigene Wirtschaftskraft erheblich stärken und sich nach politischen Partnern umsehen. Letzteres versucht die russische Führung durch eine Integration des postsowjetischen Nachbarschaftsraums zu erreichen, den es seit 2011 verstärkt als russische Interessensphäre zu organisieren sucht. Die Zollunion, die Weißrussland und Kasachstan einbindet, die OVKS (Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit) als Sicherheitsstruktur, die Eurasische Wirtschaftsunion, all das sind Bausteine für eine Eurasische Union, eines von Russland kontrollierten Integrationsraumes, den die russische Führung der Europäischen Union gegenüberstellen will.

Diese Strategie steht aber in Widerspruch zu einer Politik langfristigen Wirtschaftswachstums. Um die eigene Wirtschaftsleistung zu vergrößern, benötigt die russische Führung in großem Umfang Kapital und Know-how aus dem Ausland. Ein solcher Kurs muss auf weitere Integration der russischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft und auf enge Zusammenarbeit insbesondere mit der Europäischen Union setzen, dem wichtigsten Handelspartner Russlands, aus der auch der Löwenanteil der Investitionen stammt.

Streitfall Ukraine Der Ausbau der eigenen Interessensphäre, die Integration des postsowjetischen Raumes, bringt Russland aber in Konkurrenz zu einer Europäischen Union, die den Staaten in der Nachbarschaft eigene Integrationsangebote macht. Eine der Wurzeln der Ukraine-Krise liegt eben in dieser Integrationskonkurrenz. Dass die russische Führung offensiv auf die Einbeziehung der Ukraine in den eigenen Integrationsraum setzt – und heute auf die Destabilisierung der proeuropäischen Restrukturierung –, bringt sie in Gegensatz zu ihren Handelspartnern und Kapitalgebern. Damit gefährdet sie das Wachstum der eigenen Volkswirtschaft und stellt mittelfristig eben die Möglichkeiten in Frage, wirksam internationale Politik zu treiben.

Die Beschränkungen, Kapital im Ausland aufzunehmen, die Zurückhaltung internationaler Investoren – Folge der internationalen Sanktionen – und die sinkenden Energiepreise verlangsamen die russische Entwicklung. Dass die russische Führung in dieser Situation mit wachsender Nervosität reagiert, in einem Selbstbehauptungsdiskurs ein besonderes russisches Wertesystem propagiert, sich selbst von der Außenwelt abkapselt und immer wieder das eigene militärische Potenzial herausstellt, wird Investoren nicht ermutigen. Die Wirtschaft wird damit immer weiter in die Sackgasse getrieben, und dies wird sich langfristig auch auf die soziale Lage auswirken. In der Konsequenz ist nicht auszuschließen, dass das Regime auf eine wachsende Unzufriedenheit in der Gesellschaft mit verstärkten autoritären Tendenzen reagiert.

Eine solche Entwicklung wird das Regime zwar im Innern stabilisieren, doch es löst das Dilemma russischer Außenpolitik nicht: In absehbarer Zukunft wird Russland nicht über ausreichende wirtschaftliche und technologische Ressourcen verfügen, um die Großmachtrolle glaubwürdig auszufüllen. **Hans-Henning Schröder**

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Experte für russische Außen- und Sicherheitspolitik.

Verbissenes Tauziehen zwischen Brüssel und Moskau

CHRONIK Die Verhandlungen der Europäischen Union mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen waren mühsam und langwierig

Das Assoziierungsabkommen war erstmals 2008 Gegenstand von Gesprächen zwischen der ukrainischen Führung und der Europäischen Union. Allerdings strebte die seit 1991 unabhängige Ukraine schon seit den frühen 1990er Jahren mit einem EU-Partnerschaftsabkommen (PKA) eine Annäherung an den Westen an.

Mit der im Mai 2004 zeitgleich zur EU-Osterweiterung eingeführten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) wollte die EU jene Länder an ihren neuen Außen Grenzen, die keine Beitrittsperspektive hatten, stärker an die EU binden und damit Modernisierungsimpulse geben. Dazu wurden bilaterale Aktionspläne verhandelt, die bestimmte Reformvorhaben beinhalteten. Kiew kritisierte die ENP als ein Instrument, das die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine nach der sogenannten Orangen Revolution nicht angemessen berücksichtige. In den Aktionsplan mit der Ukraine, der bis 2008 gültig war, wurde die Aussicht auf ein erweitertes Abkommen

aufgenommen. Die Verhandlungen dazu begannen bereits 2007. Auf dem EU-Ukraine-Gipfel im September 2008 wurde erstmals ein Assoziierungsabkommen diskutiert, das eine Freihandelszone und Visaerleichterungen für Ukrainer, jedoch keine Beitrittsperspektive enthalten sollte. 2009 trat die Ukraine der Östlichen Partnerschaft bei. Präsident Wiktor Juschtschenko betonte im März 2009, dies stelle für ihn keine Alternative zu einem Assoziierungsabkommen dar. Ende 2009 sollte es die letzten Verhandlungsgespräche zwischen der Ukraine und der EU zu diesem Abkommen geben, das vor dem Hintergrund des russisch-georgischen Konflikts im Vorjahr schnellstmöglich unterzeichnet werden sollte.

Zähe Verhandlungen Im Jahr darauf gewann nach zermürbenden innenpolitischen Machtkämpfen der Mann die Präsidentschaftswahlen, dessen Wahlfälschungen 2004 der Auslöser für die Orangene Revolution waren: Wiktor Janukowitsch. Obgleich er mehrfach beteuerte, den Annäherungsprozess an die EU fortsetzen zu wollen, zielte seine außenpolitische Orientierung deutlich in Richtung Russland. Die Verhandlungen mit der EU zogen sich hin. 2011 kam es durch ukrainische Verhand-



Vor allem viele junge Ukrainer wollen eine enge Bindung an Europa.

© picture-alliance/dpa

lungen über eine Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan zur einer Vertrauenskrise in den Verhandlungen mit der EU. Sie verschärfte sich im August 2011 durch die Verhaftung der Oppositionsführerin Julia Timoschenko. Mehrere EU-Staaten sahen diesen Fall als Hinderungsgrund für das Assoziierungsabkommen. Dessen Relevanz für den Assoziierungsprozess wurde fortan unterschiedlich bewertet: Östliche EU-Länder wie Polen und die bal-

tischen Staaten drängten auf den Abschluss, Deutschland und die südlichen EU-Mitglieder zögerten. Auch das EU-Parlament sah zunächst in einer Entschließung vom Oktober 2011 den Abschluss des Assoziierungsabkommens und seine Ratifizierung gefährdet, wenn das Urteil gegen Timoschenko nicht überprüft werde. In einer weiteren Entschließung vom Dezember 2011 lag der Fokus jedoch darauf, das Assoziierungsabkommen schnellstmöglich bis

Ende 2011 zu paraphieren. Auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 19. Dezember 2011 in Kiew wurden die Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen für abgeschlossen erklärt, die Unterzeichnung wegen der Inhaftierung Timoschenkos jedoch ausgesetzt. Das Abkommen wurde schließlich im März 2012 paraphiert. Doch die offizielle Unterzeichnung ließ weiter auf sich warten. Für die Ukraine sollte bald nicht mehr nur der Fall Timoschenko zum Hinderungsgrund werden, sondern die drohende Zahlungsunfähigkeit des Landes. Anfang 2013 kündigte Präsident Janukowitsch eine engere Zusammenarbeit mit der Zollunion unter russischer Federführung an. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gab der Ukraine zu verstehen, dass sie nicht gleichzeitig in einer Freihandelsunion mit der EU und in einer Zollunion mit Russland sein könne.

Im Oktober 2013 stand die Ukraine kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. In dieser Zeit gab es zwei geheime Treffen zwischen Janukowitsch und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. „Was genau da besprochen wurde, weiß niemand“, sagt der Osteuropa-Historiker Andreas Umland. Wahrscheinlich sei, dass Putin der Ukraine einen kurzfristigen Milliardenkredit angeboten hat. Von der EU und dem Interna-

tionalem Währungsfonds (IWF) gab es zu der Zeit kein konkretes Hilfsangebot.

Druck aus Russland Vor dem EU-Gipfel am 28. und 29. November 2013 in Vilnius, auf dem das Assoziierungsabkommen unterzeichnet werden sollte, gab es im Fall Timoschenko keine Bewegung mehr. Für den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, Elmar Brok (CDU), stand das Abkommen schon eine Woche vor dem Gipfel vor dem Aus. „Ich habe aufgrund der letzten Gespräche und dem Verhalten von Präsident Janukowitsch den Eindruck, dass es das Abkommen nicht unterzeichnen will“, sagte er damals der „Zeit“. Als Ursache nannte er „russischen Druck“. Die Unterzeichnung in Vilnius scheiterte, was große und schließlich gewaltsame Massenproteste in Kiew auslöste, die bis heute andauernde Krise und den Krieg in der Ostukraine einleiteten. Der politische Teil des Assoziierungsabkommens wurde unter der neuen ukrainischen Führung im März 2014 unterzeichnet, der wirtschaftliche Teil wegen möglicher russischer Bedenken jedoch bis Ende 2015 ausgesetzt. **Dörthe Ziemer**

Die Autorin ist Journalistin mit Osteuropaschwerpunkt.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Der gepflegte Mythos

AUSSENPOLITIK Der Kreml sieht Russland im Zangenriff der USA und der Nato. Doch die Aktivierung alter Feindbilder dient vor allem als Ablenkung von innenpolitischen Problemen und einer fehlgeschlagenen Modernisierung

Russland im Zangenriff – so lautete der Titel eines der letzten Bücher von Peter Scholl-Latour. Der populäre Journalist vertrat die These, die Nato habe sich auf der Suche nach neuen Aufgaben den USA quasi als „Dienstleister“ angeboten, um Russland mit Stützpunkten „einzukreisen“. Eine These, die auch von der russischen Führung, gerne verbreitet wird. Doch während Moskau den Westen lautstark beschuldigt, sich einer engeren Zusammenarbeit nach dem Zerfall des Ostblocks verweigert zu haben, fordert sie gleichzeitig die Auflösung der Nato. Dabei hatte sich das Verhältnis zunächst positiv entwickelt, die Nato kooperierte über Jahre eng mit Moskau: 1994 wurde Russland in das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ aufgenommen; daraus entstand eine enge Zusammenarbeit im Rahmen des Nato-Russland-Rats. Im Mai 1997 unterzeichneten Moskau und die Nato eine „Grundakte“ über ihre friedlichen Absichten. Beide Seiten versprachen, ihre Souveränität und territoriale Integrität gegenseitig zu respektieren. Jedoch wurden die Konsultationen des Nato-Russland-Rates 2008 wegen des russischen Krieges gegen Georgien und 2014 wegen der Annektierung der Krim eingefroren. Auch die EU engagiert sich für eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Moskau. 2010 vereinbarten sie eine Modernisierungspartnerschaft, mit der in Russland die Rechtsstaatlichkeit gestärkt,

die Modernisierung der Infrastruktur unterstützt und die Korruption bekämpft werden sollte.

Gestörtes Gleichgewicht Fakt ist, dass Washington mit den geplanten Raketenabwehrsystemen in Osteuropa das strategische Gleichgewicht zwischen den beiden Nuklearmächten störte. Moskau reagierte mit der Entwicklung neuer schlagkräftigerer Raketen, die den US-Raketenabwehrschild durchbrechen könnten, wie der Kreml nicht müde wird zu betonen. Erst die Unterstützung russischer Separatisten im ukrainischen Bürgerkrieg und die Annexion der Krim im März 2014 bewirkten ein Umdenken der westeuropäischen Nato-Staaten. Bis dahin hatten sie sich gewei- gert, Washingtons Wunsch nachzukommen, Russland wirtschaftlich und sicherheitspolitisch „einzudämmen“. Unterdessen verbreitete Moskau den Mythos, die USA und die Nato wollten das riesige, sich über elf Zeitzonen erstreckende Reich „geopolitisch einkreisen“. Doch Russlands kürzeste Grenze befindet sich im Westen. Direkte Nachbarn sind die baltischen Nato-Staaten sowie Beitrittsaspiranten wie die Ukraine und Georgien im Südkaukasus. Die Anrainerstaaten im Osten wie Kasachstan oder die Mongolei lassen hingegen kein Interesse an einer Mitgliedschaft in der Allianz erkennen – ganz zu schweigen von der Volksrepublik China. Zugleich pflegt Moskau eine enge Partnerschaft zu diesen Ländern in der Eurasi- schen Union, der Schanghai Organisati-



Feindbild Nato: Protest der kremelfreundlichen Anti-Maidan-Bewegung vor der US-Botschaft in Moskau

© picture-alliance/dpa

on für Zusammenarbeit, ergänzt um zahlreiche bilaterale Wirtschaftsverträge. Hinzu kommt die vom Kreml vorangetriebene Kooperation der BRICS-Gruppe. Russlands Engagement in diesen Institutionen stellt Präsident Wladimir Putin als erfolgreiche Antwort auf die Versuche des Westens dar, sein Land „zu isolieren“. Allerdings verschweigt er gerne, dass sich alle russischen Partnerstaaten weigern, mit dem Kreml Militärverträge zu unterzeichnen. Sie wollen sich nicht in Moskaus Auseinandersetzung mit den USA ziehen zu lassen. Wegen der westlichen Sanktionen im Zuge der Krim- und Ukraine-Krise vollzog Moskau eine Kehrtwende Richtung China. Dieser Kurswechsel bedeute für die Zukunft eine Gefährdung seiner Souveränität, meint der Ökonom Wladislaw Inosemzew. Russland werde eine „schmerzhafte Enttäuschung“ erleben, wenn es erkennt, dass Peking allein seine eigenen Interessen verfolge und Russland aus Zentralasien verdrängen wolle. Schon heute seien Chinas Direktinvestitionen in dieser Region zehn Mal höher als die russischen. Es liege nicht im Interesse des Westens, Russland zu schwächen und es zum chinesischen Ressourcenlieferanten zu degradieren, analysiert der Generaldirektor des Russischen Rates für Internationale Politik,

»Plötzlich sind alle Feinde, ob sie von innen kommen oder außen.«

Igor Jakowenko, Philosoph

Andrei Kortunow. Die westlichen Sanktionen wollten Unruhe und Proteste befördern, um letztlich eine Änderung der russischen Politik zu erreichen. „Sie haben das Umgekehrte bewirkt“, betont Kortunow. „Die Sanktionen haben dazu geführt, dass sich der politisch aktive Teil der Bevölkerung hinter die Führung des Landes stellt, trotz des niedrigeren Lebensstandards.“

„Russland ist ein europäisches Land“, bemerkte einst Katharina die Große. Heute spielt die Staatsführung das gescheiterte Projekt der Modernisierung des Landes herunter und nimmt Abstand von der Integration nach Europa. Gründe waren schnell gefunden: Besonders beliebt sind Hinweise auf die vermeintlich falschen Werte des „liberalen Westens“, die partout nicht zur russischen Zivilisation passen wollen, und „geopolitische Zwänge“. Andrei Kortunow amüsiert diese Einwände: Es müsse erst noch geklärt werden, „welche traditionellen Familienwerte gemeint sind, wenn man die Zahl der Abtreibungen, Scheidungen und verlassenen Kinder vergleicht“.

Nachdrücklich kritisiert der Historiker und Faschismusexperte Walerij Michajlenko aus Jekaterinburg Putins Abwendung von der „Welt der Gegenwart“. Der Präsident habe die falschen geopolitischen Berater aus dem Umfeld von Alexander Dugin, die

den Liberalismus und die Demokratie als feindliche Ideologien betrachteten. Die russischen Experten erkennen, dass nicht der Westen für die Wiederbelebung alter Feindbilder verantwortlich ist. Neben der Unfähigkeit der politischen Klasse, die Modernisierung des Landes in Zeiten fallender Energiepreise fortzuführen, habe vor allem die korrupte Staatsbürokratie ihren Anteil an der atmosphärischen Verhärtung zwischen Ost und West. Sie verstecke sich hinter der Person des populären Präsidenten und nutze jede Chance, einen demokratischen Machtwechsel bei der Parlamentswahl 2016 abzuschnemmen. Nicht zuletzt deshalb werte sie die „farbigen Revolutionen“, wie auf dem Maidan, als „fascistische Machtübernahme“ ab. Der Wunsch der Ukrainer nach Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit, der sich in der Annäherung an Europa manifestiert, wurde als Provokation der USA, der NATO und der EU diskreditiert.

Opferrhetorik „Wenn auch nur das kleinste Problem auftaucht, kommt sofort der wahre Charakter der russischen Menschen zum Vorschein: Plötzlich sind alle Feinde, ob sie von innen kommen oder von außen. Man muss sie plattmachen, weil sie uns einkreisen wollen“, sagte der Philosoph Igor Jakowenko der „Nezawisimaja gazeta“. Daher rühre die Opferrhetorik. Die Isolierung Russlands bezeichnete er als Verteidigungsstrategie, um die russische Zivilisation zu retten und mit ihr die „russische Idee“ als Ideologie. Auch der

2009 verstorbene Philosoph Vadim Zimburskij befürwortete die „Insel Russland“. Er empfahl dem Kreml, der Versuchung zu widerstehen und die verlorenen „Ländereien nicht einzusammeln“, die „postsowjetischen Räume nicht zu integrieren“ und sich in die Angelegenheiten der Ukraine und Georgiens nicht einzumischen. Sonst werde die Krise auf Russland übergreifen. In den russischen Medien dominiert der Antiamerikanismus als Antwort auf die russophoben Erklärungen aus den USA und Osteuropa. Dass die USA eine Bedrohung darstellen, glauben 59 Prozent der Russen, 31 Prozent sind der Meinung, dass „die Möglichkeit der militärischen Aggression und Besetzung“ ihres Landes besteht. Diese Umfrage des Lewada-Instituts vom Frühjahr 2015 zeigt: Die Bevölkerung wurde von ihrem „Zombie-Kasten“, so nennen die gebildeten Russen ihr Fernsehgerät, auf „Siegerkurs“ getrimmt. „Unsere Partner sollten nicht vergessen, dass sie sich besser nicht mit uns anlegen. Russland ist eine bedeutende Nuklearmacht und wir verstärken unsere Kräfte der nuklearen Abschreckung weiter.“ Statt bedrohlich klingen die Sätze Putins vom August 2014 eher wie eine Bitte, ernst genommen zu werden. Der Moskauer Historiker Alexander Malaschuk rät deshalb: Russland muss sich von dem Mythos verabschieden, es könne den Westen mit seiner Kriegsrhetorik einschüchtern. *Aschot Manutscharjan II*

Der Autor ist Forschungsstipendiat der Gerda Henkel Stiftung

Moskau will mehr vom Meer

MARINEPOLITIK Russlands Aufstieg zur Großmacht war stets begleitet von maritimen Ambitionen

Russland rückt die Arktis und den Atlantik in den Fokus seiner maritimen Ambitionen. So verkündete es der stellvertretende Ministerpräsident Dimitri Rogosin Ende Juli dieses Jahres. Am „Tag der Kriegsmarine“, er wird in Russland stets am letzten Sonntag im Juli begangen, übergab er Präsident Wladimir Putin auf einer Fregatte bei Kaliningrad die neue Marinedoktrin des Kreml. Das 46-seitige Dokument knüpft an die Militärdoktrin an, die die Nato als größte Bedrohung für Russlands Sicherheit einstufte. Im pazifischen Raum hingegen wünscht sich Moskau freundschaftliche Beziehung zu China. So wirklich neu ist die Marinedoktrin jedoch nicht. Eher stellt sie die konsequente Fortsetzung einer langen Tradition mit neuen Schwerpunkten dar. Denn während Russland während seiner Expansionsphase eher den Zugang zu wärmeren Gewässern suchte, wecken die reichhaltigen Rohstoffvorkommen der Arktis, die durch den klimabedingte Rückzug der Eismassen im Nordpolarmeer in Griffweite rücken, neue Begehrlichkeiten. Der Aufstieg zur europäischen Großmacht war stets mit dem Kampf um Zugänge zu und der Präsenz auf den Weltmeeren verbunden. Als Peter I., den sie später „den Großen“ nennen sollten, 1682 noch als

Minderjähriger auf den Zarenthron gesetzt wird, besitzt Russland mit Archangelsk an der Mündung der Nördlichen Dwina lediglich einen Zugang zum Nordpolarmeer. Doch dieser Zugang ist während der langen Winter zugefroren. Dem jungen Zaren wurde schnell klar, dass Russland ohne dauerhaft eisfreie Häfen als Handels- und Militärmacht nicht in die erste Liga der Mächte aufsteigen wird. Während seiner Gesandtschaftsreise 1697/98 durch Westeuropa arbeitete er gar inkognito im niederländischen Schiffsbau. Die dort gewonnenen Einsichten und Kenntnisse sollten später zum Grundstein für eine eigene Flotte werden.

Schwarzes Meer und Ostsee Im Juli 1696 war es Peter I. im Krieg gegen die Krimtataren und das Osmanische Reich bereits gelungen, die Festung Asow und damit einen Zugang zum Asowschen Meer, einem Nebenmeer des Schwarzen Meers, zu erobern. Zwei Jahre später ließ er im nahe gelegenen Taganrog die erste Marinebasis Russlands errichten. Kaum hatte der Zar seine Eroberungen im Süden in einem Friedensvertrag mit dem Osmanischen Reich (1700) abgesichert, begann er einen neuen Krieg. Diesmal zog er gegen das mächtige Schweden, das mit seinen balti-

schen Besitzungen den Zugang zur Ostsee blockierte. Drei Jahre später eroberten seine Armeen die Festung Nyenschanz nahe der Mündung der Newa in den Finnischen Meerbusen. Mitten in der Flussmündung ließ Peter eine Kirche, benannt nach den Aposteln Peter und Paul, errichten – die Keimzelle für die spätere Hauptstadt seines Reichs: Sankt Petersburg. Der Große Nordische Krieg sollte sich zwar noch bis 1721 hinziehen, doch am Ende hatte sich Russland den Großteil des Baltikums einverleibt und war Ostsee-Anrainer. Es sollte schließlich eine deutsche Prinzessin aus Anhalt-Zerbst sein, die rund 40 Jahre nach dem Tod des großen Zaren an dessen Politik anknüpfte. Nach einem Staatsstreich gegen ihren unglücklich regierenden und ebenfalls deutschstämmigen Ehemann Peter III., ließ sich Katharina II. 1762 zur Zarin krönen. Wie Peter I. ging sie mit dem Beinamen „die Große“ in die Geschichtsbücher ein und wie Peter zog es sie ans Meer. In zwei erneuten Kriegen gegen das Osmanische Reich sicherte sie Russland die Krim (1783) und weite Gebiete am Schwarzen Meer. Katharina ließ Sewastopol gründen, das bis heute die Basis der Schwarzmeerflotte bildet. Ihr großes Ziel, die Teilung des Osmanischen Reiches und die Neugründung eines verbündeten

griechisch-byzantinischen Reiches am Bosphorus und den Dardanellen, ließ sich jedoch nicht verwirklichen. Ein erneuter Versuch, die Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer unter russische Kontrolle zu bringen, scheiterte an der Intervention Großbritanniens, Frankreichs und des Königreichs Sardinien im Krimkrieg.

Pazifik und Indischer Ozean Rückschläge mussten die Zaren auch am anderen Ende ihres Reiches hinnehmen. Im Krieg mit Japan verlor Russland 1905 die Mandschurei, die Liaodong-Halbinsel und Port Arthur (das heutige chinesische Lüshunkou), das Russland zu einem – im Gegensatz zu Wladivostok – ganzjährig eisfreien Pazifikhafen ausbauen wollte. Auch den lang gehegten Wunsch nach einem direkten Zugang zum Indischen Ozean verhinderte der Gegenspieler Großbritannien im sogenannten „Great Game“ um Zentralasien. *Alexander Weinlein II*

Anzeige

Erbe und Zukunft des politischen Liberalismus

Liberalismus
Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung

Von MinDir Dr. Rolf Steltemeier

2015, 703 S., geb., 98,- €
ISBN 978-3-8487-2236-5

www.nomos-shop.de/24593

Ein Muss für jeden, der sich mit dem Liberalismus auseinandersetzt und praktische Denkansätze und Hilfestellungen bei der Formulierung von liberalen Grundsätzen erwartet. Der ideengeschichtliche Kern des politischen Liberalismus wird in den vier Kernbereichen Bürgerrechte, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Außenpolitik herausgearbeitet.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Das Jahr 2014 markiert eine Zäsur in der russischen Außenpolitik: Erstmals in der Geschichte seiner Unabhängigkeit seit 1991 hat Russland mit dem Anschluss der Krim fremdes Territorium annektiert. In der Ostukraine führt Russland einen nicht erklärten Krieg, die so genannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk befinden sich unter russischer militärischer Kontrolle. In Georgien bietet sich ein ähnliches Bild: Seit dem August-Krieg 2008 kontrolliert Russland 20 Prozent des georgischen Territoriums, die Militärprotektorate Südossetien und Abchasien können nur dank russischer Truppenpräsenz bestehen. Russische Einheiten verändern eigenmächtig die Grenzen dieser Gebiete zu Georgien. Im Mai verabschiedete die russische Duma Bündnis- und Integrationsabkommen mit diesen Regionen, deren Unabhängigkeit bislang weltweit nur von vier Staaten anerkannt wurde. Der georgische Parlamentspräsident David Usupaschwili sagte, dies sei für Georgien „ein weiterer Schritt zur definitiven Annexion“.

Wenn Moskau dies auch offiziell abstreitet, so ist doch eine klare Verbindung zwischen der russischen Intervention und den Westbestrebungen dieser Länder zu beobachten. In der Ukraine begann die russische Einflussnahme in Form von Handelsanktionen bereits im Herbst 2013, im Vorfeld des geplanten Abschlusses des Assoziierungsabkommens mit der EU. In Südossetien und Abchasien verstärkten sich die russischen Aktivitäten rund um den Nato-Gipfel 2008, als Georgien sich um einen Beitritt in die Allianz bemühte, wie eine Studie des Politikwissenschaftlers Uwe Halbach von der Stiftung Wissenschaft und Politik zeigt. Abchasien und Südossetien hatten in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in Kämpfen für ihre Unabhängigkeit gefochten und größtmögliche Autonomie im georgischen Staat erhalten. Auch auf der Krim hatte es eine – friedliche – separatistische Bewegung gegeben, die jedoch erfolglos blieb, 1995 wurde die Halbinsel unmittelbar Kiew unterstellt.

Konstruierte Bedrohung In beiden Fällen beruft Russland sich auf das völkerrechtliche Prinzip der Schutzverantwortung („responsibility to protect“, informell als R2P bekannt). Bei den georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien mussten freilich wegen der verschwindend geringen Anzahl an Russen die Grundlagen erst geschaffen werden: Erst mit der massenweise Ausgabe von russischen Pässen wurden die Südosseten und Abchasen zu russischen Staatsbürgern. In der Ukraine wird die russische Intervention mit dem Konzept des „Russkij Mir“, der „Russischen Welt“, gerechtfertigt. Demnach sieht Moskau nicht nur die ethnischen Russen, sondern auch die russischsprachigen Ukrainer als Bestandteile einer größeren russischen Welt. Die Verbindungen Russlands zur Ukraine sind durch das gemeinsame Erbe der Kiewer Rus' besonders eng. Viele Russen sehen die Ukrainer als Teil ihrer eigenen Nation. Nach einer Umfrage des russischen Levada-Zentrums von März 2015 antworteten 52 Prozent der Befragten auf die Frage „Sind Russen und Ukrainer ein Volk?“ mit „Ja“. Ist mit dem Prinzip der Schutzverantwortung für die russischen Staatsbürger in Georgien und in der Ukraine die Intervention in beiden Staaten zu rechtfertigen? Die Schutzverantwortung wurde durch die Uno-Generalversammlung als allgemeines Konzept in der Resolution 60/1 im Jahr 2005 bekräftigt. Aber lediglich der Sicherheitsrat sei ermächtigt, gewaltsame Schritte

Cleverer Schachzug

VÖLKERRECHT Russland und das Prinzip der »Schutzverantwortung«



Abzug der russischen Armee aus Abchasien im Jahr 2008. Nach dem Kaukasus-Krieg erklärte die Schwarzmeerregion ihre Unabhängigkeit von Georgien. © picture-alliance/dpa

zum Schutz der bedrohten Bevölkerung zu ergreifen, sagt der Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität Berlin Christian Tomuschat: „Ein militärisches Eingreifen ohne Ermächtigung wäre nur in einer Extremsituation rechtlich zulässig, wenn etwa ein systematischer Völkermord vor der Tür stünde.“ In der Ukraine sei aber die russische Bevölkerung „nie bedroht“ gewesen. Wenn sich Russland zu seiner Rechtfertigung auf das Konzept der Schutzverantwortung beziehe, habe dies „keinerlei Substanz“ und sei „lediglich politisches Gerede“, folgert Tomuschat. Im russischen

Propagandakrieg gegen die Ukraine sei die Bedrohung vielmehr inszeniert worden. Die russischen Medien verbreiteten das Szenario, dass angeblich Faschisten in Kiew die Macht übernommen hätten und die Bevölkerung auf der Krim und in der Ostukraine bedrängten, sagt Tomuschat.

Tatsächliche Bedrohung Während diese „Bedrohung“ in das Reich der Propaganda zu verweisen ist, ist die Lage im Falle Georgiens schwieriger. Hier lag mit dem georgischen Angriff auf die Hauptstadt Südossetiens Zchinwali als Reaktion auf die separa-

tistischen Aktivitäten tatsächlich eine Bedrohung vor. Aber dies sei kaum als Verbrechen zu klassifizieren, das die Uno als Grund für ein militärisches Eingreifen nennt, erläutert Professor Stefan Talmon, Direktor des Bonner Instituts für Völkerrecht. Dazu gehörten Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zudem sei das unilaterale Vorgehen unzulässig: „Das Völkerrecht kennt kein Recht auf einseitiges Eingreifen zum Schutz eigener Staatsbürger im Ausland“, so Talmon. Der Bezug Russlands auf die Schutzverantwortung sei

„ein cleverer Schachzug“ denn „Putin nimmt einen bestehenden Begriff und definiert ihn um“. Das Prinzip der Schutzverantwortung könne aber nicht dazu missbraucht werden, um „in ein fremdes Land einzumarschieren“, kritisiert Talmon. Dennoch sprach die russische Führung nach dem Angriff auf Zchinwali von einem „Genozid“ an den Südosseten und ließ 20.000 Soldaten mit 100 Panzern in Georgien einmarschieren. Es folgte eine Seeblockade und das Bombardement mehrerer georgischer Städte und Regionen. Da diese Aktionen weit über den „Schutz“ der

Südosseten hinausgingen, liegt der Gedanke nahe, dass es Russland darum ging, das Militärpotenzial Georgiens zu zerstören und die russische Kontrolle über beide Regionen abzusichern, die de facto schon vorher bestand, da die separatistischen Regimes von Russland abhängig waren.

Gescheiterte Integration Russland respektiert die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und das Recht auf freie Bündniswahl Georgiens und der Ukraine nicht, obwohl es diese in mehreren bilateralen und internationalen Abkommen anerkannt hat. Seit Beginn der 1990er Jahre bezeichnet Russland den postsowjetischen Raum als „nahes Ausland“. Diese Vorstellung vom postsowjetischen Raum als russischen Einflussbereich prägt die außenpolitischen Konzeptionen bis heute. Bereits seit 1993 sieht sich Russland als Verteidiger der Rechte seiner „Landsleute“ in den GUS-Staaten. Diese Vorstellungen erlebten ihre Neuaufgabe in der so genannten Medvedew-Doktrin, die anlässlich des Krieges in Georgien 2008 entwickelt wurde: Demnach ist der Einsatz von Militär zum Schutz der „Landsleute“ im Ausland erlaubt.

Der Einsatz von Gewalt ist letztlich eine Reaktion darauf, dass die russische Integrationspolitik im postsowjetischen Raum weitgehend gescheitert ist. Die außenpolitischen Instrumente – wirtschaftliche Druckmittel und Subventionen – sind nicht zukunftsfähig. Russland verfügt über kein attraktives Integrationsmodell, das der Konkurrenz mit der EU standhalten könnte. Die Ukraine, Georgien und andere Staaten wie die Republik Moldau bleiben den Integrationsinitiativen wie aktuell der Eurasischen Wirtschaftsunion fern.

Bislang scheiterten die Integrationsinitiativen auch deshalb, weil sie die Dominanz Russlands als Führungsnation voraussetzten – die von der Ukraine, Georgien, Moldova und einigen anderen GUS-Ländern aber nicht mehr akzeptiert wird. Der August-Krieg in Georgien 2008 und die aktuellen Ereignisse in der Ukraine zeigen, dass Russland bereit ist, seinen Machtanspruch notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Rolle der USA Die russische Führung rechtfertigt ihre Gewaltanwendung damit, dass andere Staaten, allen voran die USA, ebenfalls das Völkerrecht verletzen und wie im Falle des Kosovo-Krieges und den Interventionen in Syrien unter dem Vorwand des Schutzes der Menschenrechte ihre geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Im Kosovo habe es anders als auf der Krim oder in den georgischen Gebieten Abchasien und Südossetien einen systematischen Völkermord gegeben, sagt Völkerrechtler Tomuschat. In Syrien bekämpfen die USA die Truppen des „Islamischen Staats“ IS, wobei Russland eine Entschleunigung des Sicherheitsrates verhindern. „Gegenseitige Vorwürfe der Großmächte wegen angeblicher Einmischung relativieren niemals die eigenen Völkerrechtsverstöße. Jedes Land ist gehalten, die Grundsätze der Uno-Charta einzuhalten, insbesondere das allgemeine Gewaltverbot“, so der Professor. Ähnlich äußert sich sein Kollege Talmon. Gegenmaßnahmen seien rechtlich möglich, solange sie nicht militärisch seien. Die USA hätten aber im Falle des Kosovo wegen ihres Eingreifens ohne UN-Mandat das Völkerrecht gegenüber Serbien gebrochen, nicht gegenüber Russland. „Russland ist kein verletzter Staat und hat somit kein Recht zur Gegenmaßnahme“, sagt Talmon. *Susanne Spahn* ||

Die Autorin ist freie Journalistin, bis 2012 in Moskau, nun in Berlin..

Großer Bruder, kleiner Bruder

RUSSLAND UND CHINA Moskau will aus seiner Isolation herauskommen und sucht Partner »auf Augenhöhe«. Es wendet sich immer mehr dem Reich der Mitte zu

„Die Chinesen“, so schrieb der russische Schriftsteller Anton Tschekow von seinen Reisen durch den russischen Fernen Osten an seinen Verleger, „sie werden uns den Amur wegnehmen – das ist unstrittig.“ Da gehörte die Region entlang des Flusses, den die Chinesen bis heute den „Fluss des Schwarzen Drachen“ nennen, seit gerade einmal 39 Jahren dem russischen Zarenreich. 1851 hatte der Gouverneur Nikolai Murawjow-Amurski die menschenleeren Weiten links des Flusses für Zar Nikolai I. eingenommen und den Chinesen den Grenzvertrag von Aigun abgepresst. Die Angst aber, die Chinesen könnten in Sibirien einfallen, sie sitzt bis heute tief in den Knochen der Russen. Erst kürzlich pachtete das chinesische Unternehmen Zoj Resources Investment 150.000 Hektar sibirisches Agrarland für ein halbes Jahrhundert. Seit Jahren bauen die Chinesen in Sibirien und in Russlands Fernem Osten Fabriken, hier übernehmen sie Unternehmen, investieren in Immobilien. Kaum eine russische Stadt im dünnbesiedelten Osten kommt ohne einen chinesischen Markt aus, der Grenzverkehr zwischen dem flä-

chengrößen und dem bevölkerungsstärksten Land der Erde, bringt Jobs und Einnahmen. Die Ressentiments gegen die Nachbarn aber, mit denen sich Russland eine mehr als 4.000 Kilometer lange Grenze teilt, finden sich zuhauf im Land. Zeitungen am Amur schreiben von einer „chinesischen Überschwemmung“, auch wenn die Einreise- und Arbeitsbestimmungen für Ausländer weiterhin rigide sind.

Bau der »Gegen-Allianz« Und doch: Vor allem seit der russischen Annexion der Krim und der daraufhin erlassenen Sanktionen des Westens pflegt Moskau eine demonstrative Zuwendung nach Peking. Im propagandageleiteten Diskurs ist die Volksrepublik seitdem der hochgelobte Freund. Man veranstaltet gemeinsame militärische Manöver im Ostchinesischen Meer. Man sucht nach gemeinsamen institutionellen Verflechtungen, die sowohl in der Schanghai Organisation für Kooperation als auch in der Vereinigung der BRICS-Staaten bereits aufgebaut sind. Man demonstriert Einvernehmlichkeit und versucht sich am Bau einer „Gegen-Allianz“, die politische Autarkie betont und liberale Ansätze bekämpft.

Kein westliches Staatsoberhaupt war in diesem Jahr zur Siegesparade am 9. Mai, bei der Russland mittlerweile seine politische und ideologische Selbstidentifikation pflegt, nach Moskau gekommen. Chinas



Chinesische Touristen in Russland. © picture-alliance/dpa

Staats- und Parteichef Xi Jinping allerdings nahm neben Russlands Präsident Wladimir Putin auf dem Roten Platz eine gewichtige Stellung ein. „Seht her, es geht auch ohne den Westen“, war die Botschaft an die Bürger beider Länder. China werde zur „natürlichen Wahl“ bei der Umorientierung Russlands, weil der Westen bei der Lösung von Problemen ohnehin auf der Verliererstraße fahre, so schreibt Sergej Karaganow, Dekan an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik an der Moskauer Staatlichen Universität für Wirtschaft, im staatlichen Verlautbarungsorgan „Ros-

sijskaja Gaseta“. Selbst Dmitri Trenin, der Direktor des Carnegie-Zentrums in Moskau und ein äußerst liberaler Kopf in Russland, sieht in seinem Aufsatz „Vom Groß-Europa zu Groß-Asien“ die sino-russische Entente eine neue Epoche anbrechen. Putins Vision von einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis nach Wladivostok wandle sich nun zu einer Leitidee von Sankt Petersburg bis nach Schanghai, schreibt der Politologe. In Peking glaubt der Kreml, einen Partner „auf Augenhöhe“ zu finden, die westliche Länder, so die gängige russische Meinung,

dem Land seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verweigern. Wie auch die Chinesen setzen die Russen einiges daran, die als allzu dominierend empfundene Macht der USA zu brechen und endlich eine multipolare Welt aufzubauen. Bereits unmittelbar nach der Krim-Annexion unterschrieben die Chinesen einen Gasliefervertrag über 400 Milliarden US-Dollar mit den Russen. Mehr als zehn Jahre lang hatten Moskau und Peking darüber verhandelt. Ein Durchbruch in den russisch-chinesischen Beziehungen und ein Gewinn für China, das als Profiteur aus dem Ukraine-Russland-Konflikt hervorging.

Wer ist der Juniorpartner? Das Gleichgewicht der Verhältnisse, die Russland nun sucht, ist nicht nur hier in Frage gestellt. Moskau beschäftigt stets geopolitische Fragen, während für Peking vor allem die wirtschaftlichen Aspekte zählen. War die Wirtschaftskraft der beiden Länder Mitte der 1990er Jahre etwa gleich groß, ist die Volksrepublik nun wesentlich stärker als Russland, auch militärisch holen die Chinesen auf. In Zentralasien aber treten sich beide Länder immer mehr auf die Füße. Baut Russland seine bereits gestartete Eurasische Wirtschaftsunion aus, so will China die zentralasiatischen Länder in sein Seidenstraßenprojekt einbeziehen. Zu Russland gibt es bei den Zentralasiaten eine größere historische Verbindung, in China

aber sehen sie eine größere wirtschaftliche Kraft. Peking zeigt sich auch hier pragmatisch und sucht – zunächst – nicht nach Konfrontation.

Vor allem die Versorgung steht für das Reich der Mitte im Vordergrund. Das Land giert nach Öl, nach Kohle, nach Holz, Rohstoffen, die das weite Sibirien mit gerade einmal fünf Millionen Einwohnern ausreichend bietet. Seit 2001 pflegen Chinesen und Russen ihre strategische Partnerschaft, das Handelsvolumen soll in diesem Jahr auf 100 Milliarden US-Dollar steigen. Die Russen schicken ihr Holz, ihr Öl, ihre Buntmetalle über die Grenze nach China. Die Chinesen verkaufen Kleider, Lebensmittel, Elektrogeräte nach Russland.

Das russische Staatsfernsehen spricht nahezu zu jedem Tag vom großen Brudervolk China. Im Chinesischen aber ist „Bruder“ ein streng hierarchischer Begriff. Es gibt den „großen Bruder“, gege, und es gibt den „kleinen Bruder“, didi. Beide Länder wollen derzeit der „gege“ sein. Peking aber sieht Moskau als Juniorpartner an, Moskau will allerdings kein Vasall Chinas sein. Die Russen berauschen sich zwar an der vermeintlich wiedererlangten Stärke, die Allianz mit China jedoch gehen sie aus Schwäche ein. *Inna Hartwich* ||

Die Autorin war Moskau-, und später Peking-Korrespondentin für die „Berliner Zeitung“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Moskaus »nahes Ausland«

NACHBARN Der Zerfall der UdSSR sollte nicht endgültig sein. Und so mischen russische Regierungen in den ehemaligen Sowjetrepubliken weiter mit

Juni 2015: In Armeniens Hauptstadt Jerewan demonstrieren Tausende gegen Preiserhöhungen. Das Land ist, unter anderem in der Gasversorgung, abhängig von guten Beziehungen zu Russland.

© picture-alliance/AA

Armenien, Tadschikistan, Usbekistan, die Republik Moldau haben nicht mal eine gemeinsame Grenze mit der Russischen Föderation. Dennoch zählt Russland sie, wie alle ehemaligen Sowjetrepubliken, zu seinem sogenannten nahen Ausland. Finnland und China dagegen gelten als „fernes Ausland“. Ein Paradox? Mitnichten. Denn der Begriff hat weniger eine geographische als vielmehr eine historisch-kulturelle Bedeutung. Er entstand Anfang der 1990er Jahre aus der Vorstellung heraus, dass der Zerfall der UdSSR nicht endgültig sei, schreibt der Kulturhistoriker Gasan Guseynow. Wenn Russland von „nahem Ausland“ spreche, meine das: „Länder, die nicht voll oder nicht wirklich unabhängig sind“, „bedingt ausländische Staaten“, „unsere, aber bereits außerhalb unseres Territoriums liegende“ Gebiete. So gesehen wundert es nicht, dass die russischen Regierungen in den ehemaligen Sowjetrepubliken weiterhin mitmischen. Zunächst militärisch. Als im „nahen Ausland“ am Ende der Sowjetunion vier Sezessionskriege ausbrachen, war Russland mit Waffen, mit Freiwilligen, teils mit Luftangriffen beteiligt: In Südossetien und Abchasien, in Berg-Karabach und Transnistrien. In Transnistrien am Ostrand der Republik Moldau sind bis heute russische Friedenstruppen stationiert; in den georgischen Separationsgebieten Abchasien und Südossetien unterhält Russland reguläre Militärbasen. Für keinen der Konflikte wurde bisher eine politische Lösung gefunden, sie gelten als „eingefroren“. Das ist im russischen In-

teresse, so wie der Kreml es definiert. Denn die eingefrorenen Konflikte verhindern, dass die Mutterstaaten – Georgien, die Ukraine, die Republik Moldau – Nato-Mitglied werden. Russland schlug sich aber – anders als heute im Donbass – nicht von vornherein auf die Seite der Separatisten. In Abchasien zum Beispiel unterstützte Russland zeitweise sogar die Georgier, um ein Gleichgewicht der Kräfte herbeizuführen. Friedensmissionen entsandte es teils auf Wunsch der Konfliktparteien. Dazu war damals kein westlicher Staat bereit. Der Publizist Pavel Felgengauer meint, Russland habe anfangs tatsächlich versucht, neutraler in den Konflikten aufzutreten. Doch schon in den 1990er Jahren sei es darum gegangen, Einfluss im postsowjetischen Raum zu sichern: „Selbst die Demokraten in Russland glaubten, dass die Nachbarn ohne Russland sowieso nicht auskommen, und dass sich die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mindestens zu einer Konföderation entwickelt. Deshalb war das Ziel immer, Russlands Einfluss zu wahren und Russland als Mittler zu etablieren.“ Letzteres versucht Russland im Fall Berg-Karabach nach wie vor. Es war Wladimir Putin, der die verfeindeten Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens vor einem Jahr in Sotschi an einen Tisch brachte. Konkrete Ergebnisse brachte das Treffen allerdings nicht. Kurioserweise beliefert Russland beide Konfliktparteien mit Waffen.

»Soft Power« Als Gegensatz zum harten militärischen Vorgehen setzt Russland seit einigen Jahren vermehrt auf „Soft Power“.

Die Staatsagentur „Rosstrudnitschestwo“ mit dem ehemaligen Außenpolitiker Konstantin Kosatschow an der Spitze pflegt den Kontakt zu russischen und prussischen Kulturvereinen im nahen (und fernem) Ausland. Bei Protestaktionen in der Ostukraine spielten von Russland unterstützte Organisationen eine große Rolle. Im Rahmen der „Soft Power“ fördert und finanziert Russland auch prussischer Medien sowie prussische Parteien wie zum Beispiel die Sozialisten in der Republik Moldau. Die Partei schaffte es bei der Parlamentswahl Ende 2014 erstmals ins Parlament, wurde auf Anhieb stärkste Fraktion und bildet nun eine wortmächtige Opposition zur proeuropäischen Regierung. Russland nutzt zudem wirtschaftliche Druck- und Lockmittel, um Einfluss auf

die ehemaligen Sowjetrepubliken auszuüben. Zum Beispiel durch Importverbote. Russland stellt für viele ehemalige Unionsrepubliken immer noch einen der größten Absatzmärkte dar. Der Republik Moldau, Georgien und anderen Staaten setzt es folglich schmerzhaft zu, wenn Russland den Import von Wein, Obst, Milch- oder Fleischprodukten verbietet. In der Lebensmittelaufsicht hat es eine willfährige Behörde, die – wohl kein Zufall – immer dann Verbote verhängt, wenn es politisch passt. Das Nachsehen haben neben den Erzeugerländern auch die russischen Verbraucher, die mangels Konkurrenz teurere und schlechtere Waren kaufen müssen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle des russischen Arbeitsmarktes. Hunderttausende Gastarbeiter aus den ehemaligen

Sowjetrepubliken arbeiten in Russland. Mit ihren Transferzahlungen bringen sie nicht nur ganze Großfamilien durch, sondern leisten auch wichtige Beiträge zum heimischen Staatshaushalt. Russland droht immer wieder damit, Visa und andere Beschränkungen für Gastarbeiter einzuführen und setzt das teilweise auch schon um.

Eurasische Wirtschaftsunion Wichtigstes wirtschaftliches Druckmittel aber ist das russische Gas. Einige Staaten wie die Republik Moldau und Armenien hängen nahezu vollständig von russischen Lieferungen ab. Russland hebt und senkt den Gaspreis je nach politischem Wohlverhalten der Abnehmerländer. Wie wirksam das ist, zeigte sich 2013 in Armenien. Die Republik hatte wie die Ukraine mit der EU über ein Assoziierungsabkommen verhandelt. Russland erhöhte den Gaspreis für Armenien um fünfzig Prozent, von 180 auf 270 Dollar. Wenige Monate später nahm Armenien von der EU-Assoziation Abstand und gab bekannt, der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) mit Russland beizutreten. Der Gaspreis für Armenien ist mittlerweile wieder der alte. Apropos Eurasische Wirtschaftsunion. Sie trat Anfang 2015 in Kraft. Dem Bündnis gehören neben Russland und Armenien Kasachstan, Weißrussland und Kirgistan an. Kritiker bezeichnen es als „Sowjetunion 2.0“, eben weil sie meinen, Russland wolle damit seinen Machtbereich wieder herstellen. Ursprünglich war die EAWU aber eine Idee des kasachischen Staatsoberhauptes Nursultan Nasarbajew. Der Waren- und Kapitalfluss zwischen den Mitgliedsländern soll leichter werden, ebenso der Austausch von Dienstleistungen und Arbeit. Doch magnetisch wirkt die Union bisher nicht. Mit der Ukraine ist ein vergleichsweise potenter Kandidat verlorengegangen. Russland, das einst als Zugschiff des Bündnisses galt, steckt in einer wirtschaftlichen Krise und schadet den anderen Mitgliedstaaten bereits jetzt. Insbesondere Kasachstan und Weißrussland drängen zudem darauf, dass die EAWU ein rein wirtschaftspolitisches Projekt bleibt. Sie fürchten Herrschaftsansprüche aus Moskau. Anlass bot unter anderem eine Äußerung Wladimir Putins. Im vergangenen Sommer sagte er bei einem Jugendforum, die Kasachen hätten nie einen eigenen Staat gehabt, und im Übrigen gehörten die Kasachen zur „großen russischen Welt“. Der Begriff weckt Ängste, zumal Putin darunter nicht nur ethnische Russen versteht, sondern alle, die sich zur russischen Kultur zugehörig fühlen. Diese definiert Putin zunehmend als Gegensatz zur europäischen Kultur und liefert damit einen ideologischen Unterbau auch für das Konzept des „nahen Auslands“. Kasachstans Präsident drohte daraufhin, sein Land könne die Eurasische Wirtschaftsunion auch wieder verlassen: „Astana wird niemals einer Organisation beitreten, die die Unabhängigkeit Kasachstans gefährdet.“ Und so ist es um die EAWU nach ihrem Start relativ still geblieben. Schon von dem Beitritt Kirgistans vor drei Monaten nahm auch in Russland kaum noch jemand Notiz. Gesine Dornblüth

Die Autorin ist Deutschlandradio-Korrespondentin in Moskau.



Russische Netzwerke in Europa

WESTKONTAKTE Allianzen werden auch zu rechtspopulistischen Parteien geschmiedet

Ungeachtet der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen bestehen intensive Kontakte zwischen Politikern und Parteien in der EU und dem Kreml. Aus russischer Sicht geht es dabei nicht nur darum, Unterstützung zu finden und damit nicht mehr als isoliert dazustehen, sondern die Haltung der EU-Mitglieder in Bezug auf die Russland-Sanktionen zu spalten. In geopolitischen Kategorien denkend, versucht der Kreml zudem, an Einfluss in einzelnen Ländern zu gewinnen. Dazu gehört auch die mehr oder weniger offene Unterstützung rechtspopulistischer Parteien in Europa. Enge Kontakte zwischen diesen und ultranationalistischen Kräften aus Russland gibt es jedenfalls einige. Sie eint die Abneigung gegen die westliche Demokratie und die Dominanz der USA. Ende 2014 wurde bekannt, dass der rechte Front National (FN) in Frankreich von einer russischen, in Oligarchenbesitz befindlichen Bank Wahlkampffilmen in Millionenhöhe erhalten hat. FN-Chefin Marine Le Pen, erklärte Bewunderin Putins, hatte den Erhalt eines Neun-Millionen-Euro-Kredits bestätigt. Auch der Besuch Wladimir Putins im Februar 2015 in Ungarn wurde in den Medien als Termin mit hohem Symbolgehalt gewertet. Putin wolle einen Fuß in die EU setzen, hieß es. Dazu erließ er Ungarn Zah-

lungen für unverbrauchte Gaslieferungen und betonte, dass man sich zu zahlreichen anderen Fragen geeinigt habe. Ungarns rechtskonservativer Premier Viktor Orbán, der mehrfach schon seine Abkehr von der liberalen Demokratie verkündet hat, unterstrich danach, wie wichtig Russland als Partner für Ungarn sei. In der Griechenland-Krise wird der Versuch einer russischen Einflussnahme noch offener: Man erwarte, ließ die EU-Kommission vor dem Besuch des griechischen Premiers Alexis Tsipras im Juni in Moskau verlauten, dass alle EU-Mitglieder gegenüber Handelspartnern mit der gleichen Stimme sprächen. Bei dem Treffen ging es um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Zuvor hatte Putin Griechenland die Zusammenarbeit im Energiebereich angeboten und einen Milliardenkredit in Aussicht gestellt. Jenseits der Wirtschaftsbeziehungen hat die EU indes größtes Interesse daran, Griechenland als EU-, Eurozonen- und Nato-Mitglied an seiner südöstlichen Grenze zu wissen. „Unser liebster Feind“ – mit dieser Schlagzeile kündigte die italienische Tageszeitung Repubblica Putin zu seinem jüngsten Besuch im Juni 2015 in Italien an. Das Verhältnis beider Länder wird traditionell als eng gewertet, Putin kann einen Besuch dort meist zu eigenen Gunsten nutzen. In-

des leidet Italiens Wirtschaft besonders stark unter den EU-Sanktionen gegen Russland. Immer wieder werden deshalb die Sanktionen infrage gestellt. Die Partei des Ex-Premiers Silvio Berlusconi Forza Italia hatte sie vor Putins Besuch als „kontraproduktiv und schädlich“ bezeichnet und hätte sie deshalb am liebsten beendet. Auch jenseits der politischen Ebene lassen sich die Kontakte Russlands zu europäischen Rechten durch wiederholte Teilnahme von deren Vertretern an nationalistisch orientierten Konferenzen belegen. Auch die Zulassung von europäischen Wahlbeobachtern aus diesem politischen Spektrum auf die Krim, die einen demokratischen Ablauf des Referendums im März 2014 beobachtet haben wollen, sollte nicht unerwähnt bleiben. Allerdings wurden auch Mitglieder der deutschen Linkspartei als Wahlbeobachter zugelassen. Darüber hinaus werden nach Angaben des Bloggers Alexej Hock zahlreiche als Kulturinstitute, Jugendorganisationen oder ähnlich bezeichnete Einrichtungen in der EU direkt von Russland finanziert. Deren Aktivitäten sind – wenig überraschend – zumeist konservativ und Russland-freundlich ausgerichtet. Dörthe Ziemer

Die Autorin ist freie Journalistin mit EU- und Osteuropaschwerpunkt.

Mehr Nähe für mehr Reformen

ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT Die EU sucht noch nach dem richtigen Weg

Die Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn werden hauptsächlich auf der Grundlage der Östlichen Partnerschaft gestaltet. Dieses Konzept als Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) hat die EU geschaffen, um den Prozess der Annäherung durch Transformation in Osteuropa zu beschleunigen. Die Östliche Partnerschaft wurde von Polen mit Unterstützung Schwedens 2008 initiiert und 2009 durch bilaterale Abkommen mit der Ukraine, Georgien, Moldau, Aserbaidschan, Armenien und Belarus eingeführt. Damit verbunden waren und sind umfangreiche Hilfszahlungen für verschiedene Modernisierungsprojekte. Eine EU-Beitrittsperspektive enthält das Konzept ebenso wenig wie die 2014 mit den drei anderen Ländern unterzeichneten Assoziierungsabkommen. Doch die Bilanz der Modernisierung ist heute ermutigend. Während sich die drei assoziierten Länder zum europäischen Weg bekennen, aber eine klare Beitrittsperspektive sowie Visafreiheit (außer Moldau) bislang vergeblich einfordern, schwanken die drei anderen Länder in ihrer außenpolitischen Orientierung. So sind Weißrussland und Armenien Mitglieder der von Moskau dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion. Auch die innenpolitische Entwicklung verläuft in allen sechs Ländern heterogen.

Galt etwa die Republik Moldau lange als Musterland der Östlichen Partnerschaft, offenbarten die Ereignisse vor und nach den Parlamentswahlen 2014 erhebliche Defizite in der rechtsstaatlichen Entwicklung. Die Ukraine steht seit dem Euro-majdan 2014/15 und seit Ausbruch des Krieges im Osten vor einer Zerreißprobe. In Positionspapieren haben mehrere Außenpolitik-Experten deshalb eine Neuausrichtung der Östlichen Partnerschaft gefordert – sie müsse, hieß es dort, stärker die unterschiedlichen Entwicklungen in den Ländern und deren jeweilige Interessenlagen berücksichtigen. 2011 hatte die EU-Kommission das leistungsorientierte Prinzip des „more for more“ eingeführt, wonach es mehr Unterstützung für mehr Reformfortschritte gibt. Dieses Prinzip müsse, so Kritiker, durch die EU konsequenter vertreten werden, um als Partner glaubwürdig zu bleiben. Auf dem jüngsten EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft im Mai 2015 in Riga wurde das Prinzip des „more for more“ bekräftigt. In ihrer Abschlusserklärung verständigten sich die Teilnehmer auf vertiefte und zugleich differenzierende Beziehungen, die sich aus den Bedürfnissen der EU und der Partnerländer und deren Reformtempo ergeben. Dieses Ergebnis interpretierten Kommentatoren als Ratlosigkeit der EU in

Bezug auf ihre östliche Nachbarschaft vor dem Hintergrund des Krieges in der Ostukraine. Die EU hatte seit dem Beginn der ENP versucht, Russland in ihre Instrumente der Nachbarschaftspolitik einzubinden, traf jedoch in Moskau nicht auf Zuspruch. Der Kreml wollte sich nicht als Teil eines EU-Konzepts mit Nachbarländern sehen, die er zu seiner Einflussphäre zählt. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte in einer Regierungserklärung vor dem Gipfel, dass die Östliche Partnerschaft kein Erweiterungsinstrument der EU sei. Sie enttäuschte damit abermals die Hoffnungen der drei assoziierten Länder auf eine Beitrittsperspektive. Der Osteuropa-Historiker Andreas Umland sieht indes die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft als zentral an, um in Ländern wie der Ukraine die politischen Eliten in Bezug auf Reformbestrebungen zu disziplinieren. „Die EU würde durch so eine Botschaft nichts verlieren, sie behielte die Handlungsmacht im Beitrittsprozess“, sagt er. Dörthe Ziemer



Viktor wurde in Leningrad geboren, 1944, mitten in die Wirren des Zweiten Weltkriegs; aufgewachsen ohne Vater, der gefallen war, wurde er Soldat und lernte bei der Roten Armee, Wodka zu trinken und den Westen zu hassen. Für Billy Joel zählte er zu den Menschen, die er als Kind zur Hölle wünschte. In seinem Lied „Leningrad“ beschreibt der amerikanische Pianist und Pop-Musiker, wie die beiden am Ende des Ost-West-Konflikts im heutigen St. Petersburg einander kennenlernen – und wie verblüfft er war, einen so guten Freund zu finden, in einer der wichtigsten Städte der Sowjetunion.

Billy und Viktor standen vor einem Vierteljahrhundert stellvertretend für Washington auf der einen und Moskaus politische Führung auf der anderen Seite. Nach Jahrzehnten, in denen der Ost-West-Konflikt die Welt geprägt hatte, bewegten sich die Supermächte aufeinander zu, als der Ostblock sich auflösen begann. Zunächst. Doch das „Ende der Geschichte“, wie es der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ausrief, ist nicht gekommen.

„Viktor“ und „Billy“ sind wieder zu Gegnern geworden, die sich argwöhnisch beäugen und vom jeweils anderen getäuscht sehen. Der Kalte Krieg ist nicht zurück. Geschichte wiederholt sich nicht. Aber sie reimt sich mitunter, und wer diese Tage gen Osten blickt, entdeckt Ähnlichkeiten. Russland wie die Nato halten entlang ihrer gemeinsamen Grenze wieder große Militärmanöver ab. In den Nachrichten wird über Drohgebärden, Gesten der Entschlossenheit und gegenseitige Verurteilungen berichtet. Die Angst ist zurückgekehrt. In den jüngsten Militärdoktrinen Russlands und der Vereinigten Staaten wird der Gegenüber als ernstzunehmende Gefahr bezeichnet. Das Klima ist selbst in Hintergrundgesprächen, wie dieses Jahr auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu hören war, eisig geworden. Warum?

Die Ursachen für das neue Misstrauen werden auf Seiten der Nato anders verortet als auf Seiten der Moskauer Führung. Die dominierende Sichtweise in der Allianz, vor allem aber in Washington und denjenigen Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit Russland oder der Ukraine teilen, ist die: Moskau plant seit langer Zeit unter Missachtung der Akte von Helsinki, die vor 40 Jahren die Unveränderlichkeit der Grenzen in Europa festschrieb, sein Territorium und seine Einflussphäre wieder auszubauen, notfalls auch mit Gewalt. Die Verfechter dieser These führen eine Reihe plausibler Gründe an, beginnend mit dem Georgienkrieg 2008, an dessen Ende sich Russland die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien einverleibte. Hinzu kommt die Besetzung der Krim, die Moskaus Soldaten im Februar 2014 vor den Augen der Weltöffentlichkeit vornahm und mit der sich der Kreml den für seine Marine strategisch bedeutenden Zugang zum Schwarzen Meer sicherte.

Vermehrte Provokationen Ob tatsächlich 9.000 russische Soldaten in den Separatistengebieten aktiv sind, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko unlängst behauptete, lässt sich nicht überprüfen. Die Indizien aber für den massiven Einfluss der russischen Armee in den von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebieten der Ostukraine sind erdrückend. Hinzu kommen wiederkehrende Provokationen der russischen Angaben darauf ausgerichtet, einen Angriff „illegaler bewaffneter Gruppen“ abzuwehren, die sich gegen litauische Minderheiten in Weißrussland richteten. Doch litauische Minderheiten

Von Viktor und Billy

MILITÄR Russland und die Nato begegnen sich mit neuem Misstrauen



Russland fühlt sich von der Nato bedroht und reagiert mit verstärkten Gefechtsübungen wie hier 2013 beim Manöver „Zapad“ (Westen) mit Weißrussland.

© picture-alliance/dpa

Und unlängst die Stationierung atomar bestückbarer Kurzstreckenraketen in der Exklave Kaliningrad (Königsberg), die bis nach Berlin reichen.

Für die größte Sorge aber hat in Nato-Kreisen das Großmanöver „Zapad“ 2013 gesorgt. Die Übung mit schätzungsweise rund 70.000 russischen und weißrussischen Soldaten in Kaliningrad und entlang der Westgrenze zu den baltischen Staaten war laut russischen Angaben darauf ausgerichtet, einen Angriff „illegaler bewaffneter Gruppen“ abzuwehren, die sich gegen litauische Minderheiten in Weißrussland richteten. Doch litauische Minderheiten

gibt es in Weißrussland überhaupt nicht. Warum also ein solches Szenario? Der Russlandkenner Stephen Blank vom US Army War College sagte dazu: „Jene russischen Einheiten, die gemäß dem Manöverdrehbuch die Angreifer spielten, haben einen Einsatz geübt, wie wir ihn später auf der Krim und heute im Osten der Ukraine erleben.“ Noch größere Sorgen bereitet in Nato-Kreisen der zweite Teil der Übung: Eine große Landeoperation von See her, Kämpfe in städtischem Gebiet sowie kombinierte Angriffe von Heereseinheiten in Kombination mit Kurzstreckenraketen, die mit taktischen Atomgefechts-

köpfen ausgerüstet werden können. Russland probte offenkundig die Eroberung des Baltikums.

Neue Eingreiftruppe Die Nato-Staaten, von denen vielen die Rückbesinnung auf ihren klassischen Auftrag nicht unangelegen kommt, haben auf die Ereignisse im September vergangenen Jahres reagiert. Auf ihrem Gipfel in Wales beschlossen sie, eine neue Eingreiftruppe inklusive einer schnell verlegbaren Speerspitze aufzustellen. Hinzu kommen rotierende Militärpräsenzen der Amerikaner, die zusätzliche Truppen aus Übersee für gewisse Zeit nach Europa

entsenden, Materiallager und zahlreiche Manöver als Rückversicherungen für die Nato-Mitglieder in Osteuropa. Kommen der Herbst werden zudem rund 36.000 Soldaten in der größten Übung des Bündnisses seit langem den Einsatz in einem hybriden Krieg üben. Bildlich gesprochen ist damit ein dauernder Schmelbrand gemeint, ein Zustand also, bei dem die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verschwimmen und dem Gegner entsprechend schwierig beizukommen ist. So wie es sich die Nato auch im Baltikum vorstellen könnte, mit Russland als Gegner. Auf russischer Seite werden die Ge-

den Einsatz von Atomwaffen deutlich: Seitdem will Moskau Nuklearwaffen bereits „als Antwort auf eine groß angelegte Aggression mit konventionellen Waffen in einer für die nationale Sicherheit kritischen Situation“ einsetzen. Daneben betonte die Militärführung, Nuklearwaffen blieben das radikalste und billigste Mittel, um die Sicherheit Russlands zu garantieren. Bei diesen Äußerungen ging es den Militärs nicht zuletzt darum, die US-Raketenabwehrpläne zu verhindern. Russlandexperte Hannes Adomeit bewertete diese Rhetorik als Ausdruck eines „übersteigerten Selbstbewusstseins“ des sicherheitspolitischen Establishments.

In der Militärdoktrin vom 5. Februar 2010 stilisierte sich Russland als Gegenpol zur Nato. Im Unterschied zu früheren Doktrinen wurden die Annäherung des westlichen Bündnisses an Russlands Grenzen und die Militarisierung des Alls als Bedrohungen konkret benannt. So wird in der Neufassung der Militärdoktrin vom 28. Dezember 2014 festgestellt, dass das „militärische Eindringen in das Innere Russlands“ und die „Errichtung von Regimes in den Nachbarstaaten, die auch durch den Sturz der legitimen Macht herbeigeführt wird, die Interessen Russlands bedroht“.

Aschot Manutscharjan

den Einsatz von Atomwaffen deutlich: Seitdem will Moskau Nuklearwaffen bereits „als Antwort auf eine groß angelegte Aggression mit konventionellen Waffen in einer für die nationale Sicherheit kritischen Situation“ einsetzen. Daneben betonte die Militärführung, Nuklearwaffen blieben das radikalste und billigste Mittel, um die Sicherheit Russlands zu garantieren. Bei diesen Äußerungen ging es den Militärs nicht zuletzt darum, die US-Raketenabwehrpläne zu verhindern. Russlandexperte Hannes Adomeit bewertete diese Rhetorik als Ausdruck eines „übersteigerten Selbstbewusstseins“ des sicherheitspolitischen Establishments.

In der Militärdoktrin vom 5. Februar 2010 stilisierte sich Russland als Gegenpol zur Nato. Im Unterschied zu früheren Doktrinen wurden die Annäherung des westlichen Bündnisses an Russlands Grenzen und die Militarisierung des Alls als Bedrohungen konkret benannt. So wird in der Neufassung der Militärdoktrin vom 28. Dezember 2014 festgestellt, dass das „militärische Eindringen in das Innere Russlands“ und die „Errichtung von Regimes in den Nachbarstaaten, die auch durch den Sturz der legitimen Macht herbeigeführt wird, die Interessen Russlands bedroht“.

Aschot Manutscharjan

den Einsatz von Atomwaffen deutlich: Seitdem will Moskau Nuklearwaffen bereits „als Antwort auf eine groß angelegte Aggression mit konventionellen Waffen in einer für die nationale Sicherheit kritischen Situation“ einsetzen. Daneben betonte die Militärführung, Nuklearwaffen blieben das radikalste und billigste Mittel, um die Sicherheit Russlands zu garantieren. Bei diesen Äußerungen ging es den Militärs nicht zuletzt darum, die US-Raketenabwehrpläne zu verhindern. Russlandexperte Hannes Adomeit bewertete diese Rhetorik als Ausdruck eines „übersteigerten Selbstbewusstseins“ des sicherheitspolitischen Establishments.

In der Militärdoktrin vom 5. Februar 2010 stilisierte sich Russland als Gegenpol zur Nato. Im Unterschied zu früheren Doktrinen wurden die Annäherung des westlichen Bündnisses an Russlands Grenzen und die Militarisierung des Alls als Bedrohungen konkret benannt. So wird in der Neufassung der Militärdoktrin vom 28. Dezember 2014 festgestellt, dass das „militärische Eindringen in das Innere Russlands“ und die „Errichtung von Regimes in den Nachbarstaaten, die auch durch den Sturz der legitimen Macht herbeigeführt wird, die Interessen Russlands bedroht“.

Aschot Manutscharjan

den Einsatz von Atomwaffen deutlich: Seitdem will Moskau Nuklearwaffen bereits „als Antwort auf eine groß angelegte Aggression mit konventionellen Waffen in einer für die nationale Sicherheit kritischen Situation“ einsetzen. Daneben betonte die Militärführung, Nuklearwaffen blieben das radikalste und billigste Mittel, um die Sicherheit Russlands zu garantieren. Bei diesen Äußerungen ging es den Militärs nicht zuletzt darum, die US-Raketenabwehrpläne zu verhindern. Russlandexperte Hannes Adomeit bewertete diese Rhetorik als Ausdruck eines „übersteigerten Selbstbewusstseins“ des sicherheitspolitischen Establishments.

In der Militärdoktrin vom 5. Februar 2010 stilisierte sich Russland als Gegenpol zur Nato. Im Unterschied zu früheren Doktrinen wurden die Annäherung des westlichen Bündnisses an Russlands Grenzen und die Militarisierung des Alls als Bedrohungen konkret benannt. So wird in der Neufassung der Militärdoktrin vom 28. Dezember 2014 festgestellt, dass das „militärische Eindringen in das Innere Russlands“ und die „Errichtung von Regimes in den Nachbarstaaten, die auch durch den Sturz der legitimen Macht herbeigeführt wird, die Interessen Russlands bedroht“.

Aschot Manutscharjan

Gegenpol zum westlichen Bündnis

MILITÄRREFORMEN Die Atommacht Russland arbeitet seit Jahren an einer mobilen Einsatzarmee. Die Doktrinen wurden immer wieder angepasst

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 kündigte Verteidigungsminister Pawel Gratschow eine Militärreform an, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Fünf der sechs Verteidigungsminister Russlands berichteten regelmäßig über die Fortschritte der Reform, Sergei Iwanow erklärte sie 2004 – etwas voreilig – sogar für beendet. Allein Ressortchef Igor Rodionow äußerte sich pessimistisch über ihre Erfolgsaussichten angesichts der unterfinanzierten und „am Boden liegenden“ russischen Armee. Für diese rufschädigende Erklärung feuerte ihn Präsident Boris Jelzin im Jahr 1997.

Ziel der Militärreform war es zunächst, eine Reduzierung der Truppenzahl von fünf Millionen auf 2,5 Millionen Soldaten herbeizuführen. In der Endstufe sollten noch eine Million Soldaten unter Waffen stehen. Zugleich plante Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow (2007-2012), die bestehenden 355.000 Offiziersstellen auf 150.000 abzubauen. Die ausgemusterten Führungskräfte wurden dem freien Markt überlassen. Aller-

dings musste sich Präsident Wladimir Putin bald von Serdjukow trennen. Er entließ den Schwiegersohn seines alten KGB-Kameraden und späteren Ministerpräsidenten Viktor Subkow, weil er in eine Betrugsaffäre verwickelt war, die dem Verteidigungsministerium Verluste in Höhe von 100 Millionen Dollar eintrug. Wie der Militärjournalist Viktor Baranez berichtet, musste sein Nachfolger Sergej Schojgu zahlreiche Fehler seines Amtsvorgängers korrigieren, bevor er die Militärreform fortsetzen konnte.

Mobile Einsatzarmee Zu den wichtigsten Maßnahmen der Reform gehörte die Umstrukturierung der sowjetischen Mobilisierungsarmee mit ihren Militärstrategien aus dem Zweiten Weltkrieg zu einer modernen und mobilen Einsatzarmee mit schnellen Eingreiftruppen und Luftlandbrigaden. Die Umwandlung der schweren Divisionen in Brigaden sollte nach dem Vorbild der Bundeswehr geschehen. Bereits die erste russische Militärdoktrin von 1993 hielt einen Krieg mit konventionellen Waffen zwischen den großen Nationen für unwahrscheinlich. Auch die soziale Lage der Soldaten sollte verbessert werden: geplant war ein höheres Gehalt, die Versorgung mit Dienstwohnungen beziehungsweise Eigenheimen und eine professionelle Ausbildung des Unteroffizier-

korps. Die vielschichtige Reform scheiterte jedoch an der Unterfinanzierung der Armee, die an die Rüstungsindustrie keine Aufträge für moderne Waffensysteme vergeben konnte. Daraufhin konzentrierte sich diese allein auf den Waffenelexport. Erst nachdem es Präsident Putin dank der steigenden Ölpreise gelungen war, den Haushalt zu sanieren und die Auslandsschulden zurückzuzahlen, beschäftigte er sich in den Jahren 2006/07 intensiver mit der Armee und der Rüstungsindustrie. Für die Bewaffung wollte er 650 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von zehn Jahren ausgeben. Für diese „Militarisierung Russlands“ kritisierte ihn Washington scharf. Dabei betrug der US-Militärhaushalt in diesen Jahren zwischen 600 und 700 Milliarden Dollar jährlich. Der Preisverfall für Erdöl und die Sanktionspolitik stoppten den Umrüstungsprozess Russlands erneut, der anstelle von 2020 jetzt erst 2025 beendet werden soll.

Strategische Stabilität Russland habe keine Feinde. Dieser Satz stand in der ersten Militärdoktrin des Landes vom November 1993. Ziel war es, die „durch ideologische Auseinandersetzungen entstandene Konfrontation“ zu überwinden. Gleichzeitig hieß es in der Doktrin jedoch, dass Russland die Verletzung der „strategischen Stabilität“ als Bedrohung

betrachten würde. Bis heute bildet diese Prämisse die Grundlage aller russischen Militärdoktrinen. Schärfer formulierte Putin als Interimspräsident in der am 10. Januar 2000 veröffentlichten „Nationalen Sicherheitskonzeption“. Darin plädierte er für „harmonische Beziehungen“, warf der westlichen Staatengemeinschaft unter Führung der USA aber vor, die Welt dominieren zu wollen.

Atomwaffen Russland senkte in der Militärdoktrin von 2000 die Schwelle für



Neue russische Interkontinentalraketen

© picture-alliance/dpa

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Bei der Moskauer Intervention auf der Krim marschierten im März 2014 Soldaten der russischen Streitkräfte ohne Hoheitsabzeichen auf.

© picture-alliance/dpa/CITYPRESS24

Schmutz am Generals-Stiefel

ARMEE Die »Soldatenmütter« kümmern sich um die Rekruten eines Kampfeinsatzes, den es für den Kreml gar nicht gibt

Ein kleines Zimmer im ersten Stock eines Altbaus im Zentrum von Moskau. An den Wänden reihen sich Aktenordner, in der Mitte des Raums steht eine Mikrowelle auf einem Külschrank. Für Besucher gibt es Tee oder Kaffee und Ratschläge, die wie Befehle klingen. Hier ist der Sitz der »Union der Komitees der Soldatenmütter Russlands« – des Dachverbands einiger hundert regionaler Organisationen, die sich um die Rechte russischer Soldaten und Wehrpflichtigen kümmern. Von hier aus führen die, so der Titel, Verantwortliche Sekretärin Valentina Melnikowa und ihre Mitsprecherinnen ihren Kampf gegen den Staat. Gegen dessen Praxis, Misshandlungen, Gefallenanzahlen, Schicksale zu vertuschen und zu verschleiern. Wie vor einem Vierteljahrhundert, als die Frauen ihren ungleichen Kampf begannen. Wie nun wieder im unerklärten Krieg gegen die Ukraine. An der Wand des Büros hängt eine Karikatur, die einen Postboten vor einem russischen Häuschen zeigt. »Klopf, klopf. Wer da?«, steht in einer Sprechblase. »Ich habe eine Sendung für Sie: ein russischer Fallschirmjäger. Aber den ich gebe Ihnen nicht, denn in der Ukraine sind keine russischen Soldaten.« Der Humor ist so bitter wie die Zeiten.

Vor einem Jahr, als die prussischen Separatisten im Donbass fast geschlagen schienen, setzten sie auf einmal zur Gegenoffensive an und drängten die ukrainische Armee zurück. Zugleich riefen bei den Soldatenmüttern Menschen an, deren Söhne, Enkel, Ehemänner sich auf einmal nicht

mehr meldeten. Oder im Sarg zurückgebracht wurden, als »Fracht 200«, wie man die Transporte toter Soldaten in Russland nennt. Aus den Unterlagen ging der Tod »in Ausübung der dienstlichen Pflichten« hervor. Auch die Art der tödlichen Verwundung war vermerkt, etwa durch eine Explosion. Aber dort, wo der Ort des Todes vermerkt sein sollte, stand oftmals nur ein Strich. Oder es war von einem Unglück bei einem Manöver im Süden Russlands die Rede. Die Soldatenmütter versuchen den Angehörigen in solchen Fällen zu helfen. Herauszufinden, wo der junge Mann ist. Eine Entschädigung zu bekommen, oder Versorgung für Verwundete. Wie sie es schon in früheren Kriegen versucht haben. Dass heute überhaupt die rechtliche Möglichkeit dazu besteht, ist für Valentina Melnikowa ein Fortschritt. Zu sowjetischer Zeit, berichtet sie, habe es keine Regeln gegeben. In dieser Hinsicht ist die Situation jetzt besser als früher. Auch dank den Soldatenmüttern.

Aufbruch Wenn die 69 Jahre alte Melnikowa, die das rötliche Haar kurz und mit geflochtenem Zopf am Hinterkopf trägt, auf die Anfänge ihrer Organisation zurückblickt, klingt die Aufbruchsstimmung der Endphase der Sowjetunion durch. Damals, 1989, taten sich Eltern zusammen, deren Söhne in der Armee umgekommen waren,

ohne dass es eine Untersuchung gab, und Eltern, deren Söhne von den Universitäten zum Militärdienst eingezogen werden sollten. Schon von Anfang an waren es vor allem Frauen, die den Kampf für die Soldaten und Rekruten aufnahmen. Melnikowa erklärt das damit, dass die Frauen »freier« waren, im Beruf wie »im Kopf«, da sie weniger Propaganda ausgesetzt gewesen seien als die Männer, die im Militär dienen mussten.

Kritiker der Moskauer Militäraktionen werden mit stalinistischen Methoden stigmatisiert.

Melnikowa selbst fürchtete damals um ihre beiden Söhne. Sie erzählt, wie sie Forderungen an die Führung richtete. Etwa nach medizinischer Versorgung und einer Pflichtversicherung, »um zu zeigen, dass das Leben der Soldaten einen Wert hat«. Und gegen die Einziehung der Studenten. Mit Erfolg, erzählt Melnikowa stolz: Auch ihre Söhne seien nicht eingezogen worden. Fast nostalgisch erinnert die Vorsitzende auch an eine Demonstration gegen den Einsatz sowjetischer Soldaten zur Auflösung bewaffneter Gruppierungen in Nagornyj Karabach an der Basilien-Kathedrale am Roten Platz. »Versuchen Sie das heute mal«, sagt sie. Michail Gorbatschow habe seinen Befehl daraufhin zurückgenommen.

Die Geologin blieb bei den Soldatenmüttern. Motiviert auch durch Aussagen wie die eines ranghohen Militärs, der ihr einmal sagte, die Soldaten seien »Schmutz unter meinen Stiefeln«. Während der Kriege

in Tschetschenien organisierten Soldatenmütter den Gefangenen austausch. Manche Frauen gingen selbst nach Tschetschenien, um Gefangene zu finden und freizubekommen. Doch auch in Friedenszeiten gab es Arbeit. Die Soldatenmütter kämpften gegen die »Herrschaft der Großväter« (Djedowtschina), die Rekrutenschinderei mit Ausbeutung und Missbrauch. Anfang 2006 machten die Soldatenmütter den Fall eines Rekruten öffentlich, dem nach Misshandlungen beide Beine, ein Finger und die Genitalien amputiert werden mussten. Vertuschungsversuche blieben vergebens. Die Soldatenmütter waren zu einer der wenigen Stimmen der Zivilgesellschaft geworden, deren Stimme die Machthaber nicht einfach ignorieren konnten. Die Lage verbesserte sich.

Es waren andere Zeiten, überhaupt nicht vergleichbar mit der heutigen Situation, sagt Melnikowa mit Nachdruck. Nun kämpfe »eine andere Zivilisation«. Die Propaganda sei übermächtig, Präsident Wladimir Putin führe eine »ganz neue Art Krieg«. Mit sogenannten Journalisten, welche, so Melnikowa, die Wahrheit kennen, aber »maximal effektive Desinformation« betrieben.

Zugleich werden Kritiker mit stalinistischen Methoden stigmatisiert, um die vom Kreml verbreitete Spaltung der Gesellschaft in »Patrioten« und »National-

verräter« voranzutreiben. Das schüchert auch die Angehörigen der Soldaten und Rekruten ein. Längst sind die Soldatenmütter selbst zur Zielscheibe geworden. Obwohl sie, unter anderem durch Melnikowa, im Menschenrechtsrat des Präsidenten vertreten sind. Ihr Sankt Petersburg Ableger steht seit August vorigen Jahres auf der Liste der »ausländischen Agenten« des Justizministeriums. Dass die Organisation nach eigenen Angaben kein Geld aus dem Ausland mehr bekommt, wie es Voraussetzung für die Einstufung als »Agent« sein soll, spielte für das Ministerium offenbar keine Rolle. Melnikowa, was Kolleginnen hatten das Ermittlungskomitee aufgefordert, den Tod von mehreren Soldaten aus Dagestan zu untersuchen, die mutmaßlich in der Ukraine gefallen sind. Diese Fälle gelten in Russland offiziell als »Staatsgeheimnis«.

In den Formularen stand dort, wo der Ort des Todes vermerkt sein sollte, nur ein Strich.

Niemand widersprach Melnikowa, als sie Ende vorigen Jahres auf Grundlage der Verlustzahlen der ukrainischen Armee die Verluste unter russischen Soldaten anhand militärwissenschaftlicher Formeln und ihrer Erfahrung aus mittlerweile neun Kriegen auf mindestens 500 schätzte. Heute ist sie mit solchen Schätzungen vorsichtig, die Situation im Osten der Ukraine zu undurchsichtig. Derweil hat die Führung die Schrauben weiter angezogen. Ende Mai hat es Putin

unter Androhung von Haftstrafen bis zu sieben Jahren verboten, über den Tod von Soldaten in »Spezialoperationen« in Friedenszeiten zu berichten.

Im Stich gelassen Bei einem Besuch im Dezember sagte Melnikowa, man könne die Todesfälle nicht »endlos verstecken«. Davon ist sie auch jetzt noch überzeugt. Die Armee eigne sich nicht zur Nutzung »in geheimen Operationen«, sagt Melnikowa. Sie werde nicht überrascht sein, wenn eines Tages die Gräber anonym bestatteter Soldaten entdeckt würden. Denn den Soldaten seien die Dokumente abgenommen worden, ehe sie in die Ukraine aufgebroschen seien. Nach russischer Darstellung kämpfen dort ausschließlich Freiwillige, die, wie Putin formulierte, dem »Ruf ihres Herzens« gefolgt seien. Um dieses Narrativ aufrecht zu erhalten, sagt sich der Staat von seinen eigenen Soldaten los, wie jüngst das Beispiel Alexander Alexandrows und Jewgenij Jerofejew zeigt. Die beiden dienten nach eigenen Angaben in einer Einheit des Militärnachrichtendienstes GRU in der Stadt Toljatti. Mitte Mai wurden sie im Osten der Ukraine verwundet und festgenommen. Moskau gibt offiziell an, die beiden seien ehemalige Soldaten. In der Ukraine gelten sie daher nicht als Kriegsgefangene, sondern als Terroristen. »Der Staat hat sie im Stich gelassen«, sagt Melnikowa.

Friedrich Schmidt
Der Autor ist Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« in Moskau.

Der Wunsch nach einem neuen Helsinki

OSZE In der Organisation kommen Moskau, Washington, Kiew und die EU-Mitglieder regelmäßig an einen Tisch. Das weckt Hoffnungen auf eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts

Über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) ist in den vergangenen Monaten immer wieder zu hören gewesen, sie sei von Ukraine-Krise aus einem langen Schlaf gerissen worden: Beim OSZE-Ministerrat, bei dem sich über die Jahre Routine auf Ebene der Staatssekretäre und Beamten eingeschlichen hatte, lieferten sich im Dezember 2014 in Basel rund 50 Außenminister einen regelrechten Schlagabtausch. Und auch wenn sich Russland und die westlichen Staaten gegenseitig die Verantwortung für die Eskalation in der Ukraine vorwarfen und zunächst nichts Handfestes zur unmittelbaren Befriedung herauskam, so wurde doch deutlich, dass die OSZE das geeignete Forum zur Einhegung eines Konfliktes dieser Dimension sein kann. Man setzt auch deshalb große Hoffnungen auf die Organisation, weil in ihre alle relevanten Parteien regelmäßig an einem Tisch zusammenkommen: Russland, die Ukraine, die EU-Staaten und die USA. Gäbe es die OSZE nicht, man müsste sie heute schlicht erfinden. Und doch ist die Organisation, in der nichts ohne den Konsens der 57 Mitgliedstaaten geht, kein Allheilmittel. Die Schwierigkeiten zeigen sich zum Beispiel ganz konkret im



Alexander Hug, Vize-Chef der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine

Mandat und in der Bewegungsfreiheit der Beobachtermission, die die OSZE in die Ukraine entsandt hat und die jüngst personell von 500 auf 1.000 Mitglieder aufgestockt worden ist. Zwar mag sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) gar nicht vorstellen, wohin die Lage ohne die Arbeit der Neutralität verpflichteten Beob-

achter hätte abgleiten können. Die Zwischenrufe des stellvertretenden Leiters der Mission, Alexander Hug, zeigen aber, wie eng die Grenzen gesteckt sind. In den Gebieten der »Volksrepubliken« können sich die OSZE-Beobachter laut Hug nicht so frei bewegen, wie sie das laut ihrem Mandat eigentlich sollten. Die Beobachter sind unbewaffnet und mit keinerlei Vollmachten ausgestattet, wie sie zum Beispiel eine UN-Friedenstruppe hätten. Auch die Kontrolle an der russisch-ukrainischen Grenze ist limitiert. Nur zu einem Teil der von den Rebellen kontrollierten Grenzübergänge haben die Beobachter überhaupt Zugang. »Wir haben kein vollständiges Bild darüber, ob es illegale Übergänge an der Grenze gibt«, sagte etwa OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier im Februar dieses Jahres. Genau dies wäre aber ein entscheidender Punkt, um herauszufinden, ob und in welchem Umfang die Separatisten durch Russland unterstützt werden.

Sollten die Konfliktparteien in der Ostukraine sich tatsächlich an die Minsker Vereinbarungen halten und eine Waffenruhe einklinken, so wie sich das nach zwischenzeitlicher Verschärfung seit Ende Juli andeutet, käme

voranschreitend der nächste Praxistest auf die OSZE zu. Nach der Vereinbarung von Minsk sollen in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten Regionalwahlen nach ukrainischem Recht abgehalten werden. Diese Abstimmungen müssten von unabhängigen Wahlbeobachtern überprüft werden – eine klassische Aufgabe für das OSZE-Büro Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR).

Dicke Bretter Über solch konkret fassbare Missionen hinaus wird nun in den Hauptstädten Europas über einen neuen Anlauf zur einer gemeinsamen Verständigung über sicherheitspolitische Grundprinzipien und eine Friedensordnung für den Kontinent nachgedacht – ganz im Geiste der KSZE-Konferenz vor genau 40 Jahren zu Hochzeit des Kalten Krieges. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat mit Blick auf die 2016 anstehende deutsche OSZE-Präsidentschaft schon mal skizziert, welch dickes Brett beim Ukraine-Konflikt noch zu bohren sein dürfte. Vertrauen werde »schnell zerstört – aber nur langsam wieder aufgebaut«, sagte Steinmeier Anfang Juli vor dem Ständigen Rat der OSZE. Ein Konflikt lasse sich leicht in 14 Ta-

gen entfachen, aber ihn in der Tiefe zu lösen, dauere 14 Jahre.

Im Osten des Kontinents tobe eine sicherheitspolitische Krise, die ohne Zweifel die schwerste ist seit dem Ende des Kalten Krieges sei. »Ohne eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts wird es kaum gelingen, überhaupt wieder auf den Pfad hin zu einem gemeinsamen Verständnis über die Zukunft unseres gemeinsamen Raumes und die Prinzipien unseres gemeinsamen Zusammenlebens zu gelangen.« Man dürfe nicht zulassen, dass all das eingerissen wird, was mit der OSZE über viele Jahre hin aufgebaut worden sei, nämlich die Vision einer Friedensordnung in Europa, die auf Dialog, Vertrauen und Sicherheit beruhe, sagte Steinmeier.

Auch beim Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der finnischen Hauptstadt wurde Anfang Juli der Ruf nach einer »Wiederbelebung des Geistes von Helsinki« laut. Die Parlamentarier bekräftigten damit ein Vorhaben, das der Schweizer Außenminister Didier Burkhalter 2014 als amtierende OSZE-Vorsitzende auf den Weg gebracht hatte: Einen Weisenrat geleitet vom früheren deutschen Diplomaten Wolfgang

Ischinger, der Empfehlungen für die künftige Gestalt und die Aufgaben der OSZE 40 Jahre nach Helsinki geben soll (siehe Interview Seite 2). Die finnische Hauptstadt als Tagungsort der Parlamentarier der OSZE-Mitglieder war aber auch in einer anderen Hinsicht durchaus symbolisch – und könnte ein Fingerzeig sein, wie der Kontinent aus der so bedrohlichen Konfrontation im Osten herausfinden könnte. Die früheren US-Präsidenten-Einflüsterer Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski sehen in einer »Finnlandisierung« der Ukraine einen möglichen Weg: EU-Mitgliedschaft oder im Falle der Ukraine zunächst enge Verflechtung mit der EU bei gleichzeitig engen wirtschaftlichen Verbindungen mit Russland, militärpolitische Neutralität und funktionierender Minderheitenschutz. Siegfried Löfflerlahe

Der Autor ist freier Korrespondent.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In Russland ist inzwischen eine Generation junger Frauen und Männer erwachsen geworden, die an der Spitze ihres Staates noch nie einen anderen gekannt haben als Wladimir Wladimirowitsch Putin – abgesehen von dem kurzen Interregnum des Dmitrij Medwedew, der zwischen 2008 und 2012 aus verfassungsrechtlichen Gründen als Putins Platzhalter den Hausherrn im Kreml gab. Putin war und blieb auch in diesem Zeitraum in der öffentlichen Wahrnehmung unangefochten die „Nummer 1“. Gegenwärtig verkörpert Putin für alle Altersgruppen Russlands die unumstrittene Figur des nationalen „Führers“ (im russischen Original: „lider“). Die mit mehr als 80 Prozent verblüffend hohen, selbst von seriösen Meinungsforschungsinstituten mehrfach bestätigten Zustimmungsraten für Putin scheinen dies zu belegen. Schon seit geraumer Zeit, deutlich akzentuiert aber seit seinem erneuten, dritten Amtsantritt (2012) als Staatspräsident Russlands, kennzeichnet offene autoritäre Machtausübung Putins Politikstil. Selbst regelmäßige Willkür-Exzesse seitens der Sicherheits- und Justizorgane scheinen von breiten Teilen der russischen Gesellschaft akzeptiert, jedenfalls so gut wie widerstandslos hingenommen zu werden.

Dies mag eine Konsequenz des von Putin und seiner Umgebung propagierten Kurses der „gelenkten Demokratie“ sein. Seit 1999/2000, nur kurze Zeit nach Putins Amtsantritt, zunächst als russischer Ministerpräsident unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin, ist der Pluralismus im Land, sind Meinungs- und Pressefreiheit konsequent zurückgeschnitten worden. Die neue Mannschaft hat die für das Putinsche Herrschaftssystem verkündete „Vertikale der Macht“, von „oben nach unten“ durchzuregieren, nachhaltig implantiert. Die Selbstverwaltungsstrukturen wurden neutralisiert oder gänzlich liquidiert, in ihren wichtigsten Feldern unter die Kontrolle der Moskauer Zentrale gebracht.

Entmachtung der Oligarchen Die zielstrebig verfolgte Entmachtung der einflussreichen Oligarchen aus der Jelzin-Ära wie Boris Abramowitsch, Wladimir Gussinskij und nicht zuletzt Michail Chodorkowskij bildete ein wichtiges Element im politischen Masterplan Putins und seiner überwiegend aus dem ehemaligen sowjetischen Geheimdienst KGB stammenden Weggenossen und Kameraden. Dieser Schritt stieß bei sehr vielen Russen auf großen Beifall. Flankierend dazu gilt der fast zeitgleiche rasante Durchgriff des Kreml auf die elektronischen Medien Russlands samt rigider staatlicher Kontrolle sämtlicher relevanter Sendehalte als ein weiterer gelungenen Schachzug, um die russische Bevölkerung intensiv im Sinn des Kreml zu beeinflussen und zu konditionieren.

Wie wirksam diese moderne Form elektronischer Staatspropaganda funktioniert, lässt sich täglich besichtigen und hören: Nach der Devise „Steter Tropfen höhlt den Stein“ hat sie permanent über Konflikte und Kriege desinformiert, in die Russland niemals verwickelt war oder auch noch ist: Dies betrifft sowohl den zweiten Tschetschenienkrieg (1999–2003) aber auch den Einmarsch russischer Truppen auf georgisches Gebiet im August 2008 oder die das Völkerrecht brechende, in den russischen



Präsident Wladimir Putin – hier auf einem Bild bei einer Nationalisten-Demonstration – ist in Russland sehr beliebt. © picture-alliance/dpa

Der »Lider«

PRÄSIDENT Wladimir Putin hat alle Fäden in der Hand

Medien jedoch als patriotische Heldentat gefeierte Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim vor mehr als einem Jahr. Und nicht zuletzt: Die seitens Moskaus weiterhin beharrlich bestrittene Mitwirkung an den Kriegshandlungen so genannter Separatisten im Osten der Ukraine gegen die rechtmäßig gewählte und amtierende Regierung Poroschenko in Kiew.

Politisch gewollt, weil von eigenen Missständen ablenkend, suggeriert der Kreml über das von ihm gesteuerte Fernsehen, Russland sei von einem in Teilen degenerierten, von Schwulen bevölkerten und beeinflussten Europa („Gayropa“), von böswilligen und neidischen Feinden umgeben, deren Hauptziel – Hand in Hand mit

dem „Federführer“ USA – darin bestehe, Russland niederzurufen und dann dessen Reichtümer zu rauben. Die auf solche Weise geschürte „Wagenburg-Pschose“ wird einem Wechselbad vergleichbar befeuert von einer ständigen in militaristischem Helden-Pathos schwebelnden Berichterstattung über die sich vorgeblich stetig verbessernde Wehrkraft Russlands.

Aber angesichts gesunkener Energie-Exportpreise, einer steigenden Inflation und damit einhergehendem Kaufkraftverlust für die mittlerweile an einen gewissen Lebensstandard gewohnte Bevölkerung in den größeren Städten Russlands wollen skeptische Beobachter nicht mehr ausschließen, dass dem sich jahrelang als „sta-

bil“ gefeierten sozio-ökonomischen Fundament Putinscher Macht schon schleichend Gefahr drohen könnte: Gemeint ist jener informelle, stillschweigende Gesellschaftsvertrag, den Putin und sein Umfeld zu Beginn ihres Regimes vor knapp 16 Jahren der Nach-Jelzin-Gesellschaft Russlands einst vorgelegt hatten. Frei übersetzt las sich diese Übereinkunft in etwa so: „Wir Kreml-Bewohner garantieren Euch, dem Volk, anders als zuvor unter Jelzin, (bezeichnen) stabilen Wohlstand und den Pensionären regelmäßig ausbezahlte Renten. Dafür werdet Ihr im Gegenzug die Finger von der Politik lassen. Um Staat und Politik werden wir uns kümmern.“ Begünstigt von steigenden Gas- und Erdöl-Ein-

nahmen erfüllte Putins Mannschaft vordergründig tatsächlich ihren Teil des Versprechens. Der Löwenanteil der ein reichliches Jahrzehnt lang sprudelnden Energieerlöse landete allerdings in den Taschen einer neuen, sich rasch installierenden Putin-nahen Oligarchen-Gruppe, bestehend aus guten alten Bekannten, Ex-KGB-Kameraden sowie Leningrader beziehungsweise St. Petersburger Jugendfreunden und der ihnen kooptierten eigenen Netzwerke. Die noch im Lande verbliebenen „alten“ Oligarchen hatten die so genannte „Chodorkowskij-Lektion“ begriffen und sich besser widerspruchslos unterzuordnen. Sie verzichteten fügsam auf eigene politische Ambitionen, konnten dafür ihren alten Geschäften nachgehen, mussten allerdings – so jedenfalls die landläufige Ansicht – ihren Profit mit der neuen Kreml-Mannschaft teilen.

Traumhafte Renditen „Stabilität“, so schien es, begann sich fortan in Russland auszubreiten. Auch in vielen Hauptstädten und Firmenzentralen Mittel- und Westeuropas machte dieses Zauberwort begeistert die Runde, verhiess es doch (politisch erzwungene) Ruhe beziehungsweise nicht selten traumhafte Gewinne und Renditen im Russland-Geschäft. Die nie ernsthaft bekämpfte strukturelle Stagnation der russischen Wirtschaft verdrängte die meisten In- und Ausländer ebenso wie die hinter vorgehaltener Hand gleichwohl stets beklagte „systemische Korruption“ im Land. Die pries man dann eben zähneknirschend ein und machte gute Miene zum bösen Spiel.

Die Zäsur erfolgte vor einem Jahr. Moskaus aggressive Krim- und Ukraine-Politik seit 2014 gilt vielen neutralen Beobachtern als Symptom und zugleich Folge einer Angst-, vielleicht sogar Panik-Reaktion Putins und seiner Mannschaft. Sie hatte bereits 2004 der kurzfristige Erfolg der Opposition bei der so genannten „Orangenen Revolution“ in der Ukraine verstört: Eine mögliche Schablone auch für Russlands Unzufriedenheit? Immerhin: Die im Wesentlichen zwar nur auf Moskau und auf St. Petersburg beschränkten Straßenproteste im Dezember 2011 nach den ganz offensichtlich manipulierten Duma-Wahlen mochten diese Furcht bestätigen. Sprechchöre forderten damals unverblümt ein „Russland ohne Putin“.

Und dann auch noch der „Majdan“, der zweite erfolgreiche Aufstand der Ukrainer gegen ihren autoritären Präsidenten Viktor Janukowitsch. Ein Menetekel für Putin und die mit ihm verbundene Elite? Von den anhaltenden internationalen Negativreaktionen äußerlich demonstrativ unbeindruckt bricht der Kreml nun einen unerklärten Krieg gegen die Ukraine vom Zaun, flankiert von weiteren repressiven Gesetzen gegen die eigenen Bürger. Spannend wird sein mitzuerleben, ob sich Russlands Jugend, die „Generation Putin“, den ihnen aufgedrängten pseudo-patriotisch verkündeten Mehltau tatsächlich auf Dauer hinzunehmen bereit sein wird. Oder ob deren fähigste und selbständig denkenden Köpfe am Ende wegen der verkrusteten Strukturen in Staat, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft am Ende desillusioniert auswandern werden.

Robert Baag

Der Autor ist Europa- und Außenpolitik-Redakteur beim Deutschlandfunk.

CHRONIK

31. Dezember 1991: Die Sowjetunion löst sich offiziell auf. Russland wird selbstständig. Russischer Präsident ist Boris Jelzin. Die Auflösung der Sowjetunion bedeutet auch die Beseitigung von Planwirtschaft und Einparteiensystem und macht den Weg frei für eine marktwirtschaftliche Ordnung.

2. Januar 1992: Durch ein Dekret des Präsidenten werden für 80 Prozent der Produktionsgüter und für 90 Prozent der Konsumgüter die Preise freigegeben. Dies führt zu einem Inflationsschub und schafft eine kleine Gruppe von Superreichen. Gegen diese Reformen gibt es Widerstand im Parlament. Der Versuch des Volkskongresses, Jelzin abzusetzen, scheitert im März 1993.

21. September 1993: Jelzin löst per Dekret den Volkskongress und den Obersten Sowjet auf. Das Parlament weigert sich, den Anweisungen des Präsidenten zu folgen und erklärt diesen seinerseits für abgesetzt. Diese Pattsituation führt dazu, dass die militärische Führung Truppen gegen den Obersten Sowjet einsetzt, die das Parlamentsgebäude am 4. Oktober 1993 erstürmen.

12. Dezember 1993: Jelzin legt der Bevölkerung einen Entwurf einer neuen Verfassung vor, dem 57 Prozent der Wähler zustimmen und die anschließend in Kraft tritt. Dies definiert Russland als einen demokratische, föderale Rechtsstaat und schreibt und Grundrechtskatalog fest. Die politische Macht ist in der Hand des Präsidenten konzentriert. Dagegen hat die Legislative nur beschränkte Möglichkeiten. Bei der Präsidentschaftswahl Sommer 1996: Jelzin erhält bei seiner Wiederwahl mit 35 Prozent eine knappe Mehrheit.

26. März. 2000: Wladimir Putin wird als von Jelzin vorgeschlagener Kandidat mit 52,9 Prozent zum neuen Präsidenten gewählt. Die ersten Schritte, die Putin unternimmt, dienen der Konsolidierung der eigenen Machtstellung: Durch eine Föderalreform wurde der politische Spielraum der regionalen Machthaber eingeschränkt. Putin geht auch gegen einzelne „Oligarchen“ und die Hochfinanz vor, die aus den politischen Entscheidungsprozessen verdrängt werden. Nach und nach bringt er Personen seines Vertrauens in Schlüsselstellungen.

März 2004: Putin wird mit 71 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Er gestaltet das politische System weiter um.

2. März 2008: Bei der Präsidentschaftswahl kann Putin nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Nachfolger wird Putins langjähriger Mitarbeiter Dmitrij Medwedew, der 70 Prozent der Stimmen erreicht. Anschließend ernannt er Putin zum Ministerpräsidenten.

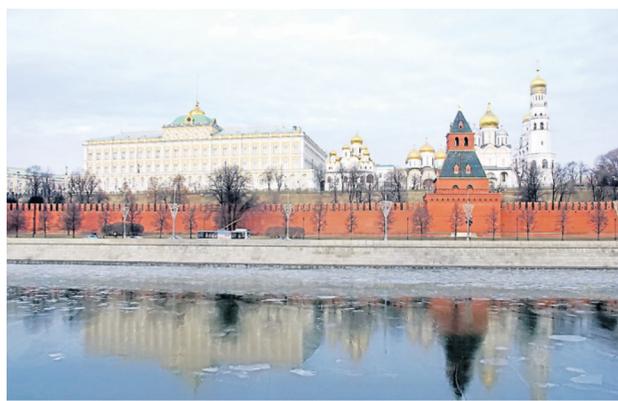
4. März 2012: Nach dieser Präsidentschaftswahl tauschen Putin und Medwedew wieder ihre Ämter. mik

Spekulationen über den neuen Herrscher

»KREMLASTROLOGIE« Auguren sehen Putins Nachfolger am ehesten aus dem Militär- und Sicherheitskomplex kommen

Zu alten Sowjetzeiten galt als starker Hinweis auf den möglichen Nachfolger eines dahin geschiedenen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, wer von den Politbüro-Mitgliedern beim Begräbnis der „Nummer eins“ als erster Sargträger vorne links zu sehen war. Derlei Kaffeesatzleserei bezeichnete man zu Zeiten des „Kalten Kriegs“ halb spöttisch, halb ernsthaft als „Kreml-Astrologie“. Denn die offizielle sowjetische Informationspolitik fühlte sich keineswegs bemüßigt, ihre Bürger mit Auskünften zu Vorgängen aus dem Inneren der Macht zu versorgen.

Heute, ein knappes Vierteljahrhundert nach der Implosion der UdSSR, hat sich daran grundsätzlich nichts geändert. Die „kollektive Mentalität“ der derzeit tonangebenden politischen Elite mit Staatspräsident Wladimir Putin an der Spitze setzt diese sowjetisch tradierte Abschottung ihres engen Zirkels fort. Angesichts ihrer beruflichen Prägung im ehemaligen sowjetischen Sicherheits- und Geheimdienstapparat überrascht dies indes nicht sonderlich. Fragen allerdings bleiben: Wie ginge es in Russland weiter, wäre Putin plötzlich nicht mehr in der Lage, seine Funktion als Staatsoberhaupt auszuüben? Vor allem: Wer stünde als sein Nachfolger bereit? Die meisten Analysen sind sich zumindest insoweit einig, dass Putin bislang die leitende Rolle eines Moderators spielt, der die Interessen seines „kollektiven“ ausbalancieren muss. Ob er damit automatisch auch



Keiner weiß, was hinter den Mauern des Kreml vorgeht. © picture-alliance/dpa

als autonomer „politischer Taktgeber“ bewertet werden kann, ist dagegen bereits unstrittig.

Wie seine engste Umgebung, die sich inzwischen während gut anderthalb Jahrzehnten auf den politischen und ökonomischen Schlüsselpositionen Russlands häuslich hat einrichten können, sieht sich allem Anschein nach auch Putin als Mitglied einer männerbündischen, sich innerhalb des Staatswesens als Leit-Elite empfindenden Gemeinschaft ehemaliger sowjetischer KGB-Offiziere. Putins Rolle scheint dabei die eines „primus inter pares“ zu sein, des „Ersten unter Gleichen“ – im Gegensatz zu der ebenfalls gerne verbreiteten Ansicht, Putin sei eigentlich de facto der „Alleinherrscher“ Russlands. Als gesichert gilt zumindest: Ihm ist gegen Ende der Jel-

zin-Ära als einem vergleichsweise jungen Mann (geboren 1952) aus dem Geheimdienst-Netzwerk heraus die Prokura übergeben worden, Russland restaurativ zu reorganisieren sowie autoritäre Herrschaftsmechanismen bewusst wiederzubeleben. In erster Linie aber sollte Putin mehrheitlicher Experten-Ansicht zufolge den Umbau der Besitzverhältnisse im profitträchtigen Rohstoffsektor zugunsten der ihm verbundenen neuen Nomenklatur-Verehrer orchestrieren, um allen märchenhafte Erlöse zu ermöglichen. Dieses im Lauf der Jahre dicht verwobene Gespinnst von politischer Macht mit den Schlüsselbereichen der Wirtschaft gilt es nach dem Verständnis der Nutznießer mit allen Mitteln zu schützen. Schon lange machen Spekulationen die Runde, wonach sich die heuti-

gen „Kreml-Bewohner“ grob in zwei Lager teilen: Zum einen die so genannten (Wirtschafts-)Liberalen, denen insofern der aktuelle Konfrontationskurs gegenüber dem Westen samt Sanktionen und Gegenmaßnahmen zunehmend auf die Nerven geht, weil „business“, Konjunktur und Wirtschaftswachstum geschädigt werden (Prominentester Vertreter: Ex-Finanzminister Alexej Kudrin). Sie scheinen augenblicklich aber die Minderheit innerhalb der Putin-Mannschaft zu verkörpern.

Theorie und Praxis Den Ton geben dort offenkundig die so genannten „Silowiki“ an, jene Männer, die den Sicherheits-, Geheimdienst-, Militär- und Rüstungsbereich Russlands vertreten. Müsste Putin heute plötzlich ersetzt werden, dürften die Nachfolge-Anwärter wohl aus diesem Kreis stammen. Oft genannt werden hier Sergej Schojgu, der heutige Verteidigungsminister, oder Sergej Iwanow, der Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, auch Nikolaj Patruschew, der Sekretär des Sicherheitsrates, und schließlich Gleb Jakunin, Direktor der Russischen Eisenbahnen, ebenfalls ein Mann mit KGB-Hintergrund.

Soweit die ungesicherte Theorie. Denn kurzfristig sieht es nach einem Austausch des Kreml-Hausherrn keineswegs aus. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass Personalwechsel an der Spitze Russlands auch schon mal Sturzgeburt-Charakter haben können: Erinnert sei an den Silvesterabend 1999, als Staatspräsident Boris Jelzin völlig unerwartet zurücktrat und einem schüchtern wirkenden, schmächtigen Mann seinen Schreibtisch überließ. „Who is Mr. Putin?“ Bekanntlich machte diese ratlose Frage damals dann monatelang weltweit die Runde. rob

»Imitierte Demokratie«

KULTUR Intellektuelle diskutieren über Zustand des Landes

In welchem Land leben wir? Diese Frage diskutieren russische Intellektuelle in unzehnten Zeitungsartikeln und ihren Büchern. Der Historiker Dmitrij Furman lässt keinen Raum für Zwischentöne: In seiner Heimat herrsche ein autoritäres Regime, das sich hinter der Fassade demokratischer Institutionen verstecke. Die demokratischen Normen seien bloße „Dekoration“ und die „souveräne Demokratie“ imitiere lediglich Demokratie.

Jurij Piwowarow, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaft, erklärt, warum sich das Volk gegen dieses politische Blendwerk nicht wehrt: Einerseits habe der russische Mensch in der Sowjetunion seine Fähigkeit zur Selbstorganisieren verloren. Andererseits lebten die Menschen heute in dem „postkommunistischen Russland, in dem der Große Vaterländische Krieg die gegenwärtige Macht legitimiert“. Der „Kult des Sieges“ sei der wichtigste Pfeiler „im Arsenal der ideologisch-emotionalen Ruhigstellung der Bevölkerung“. Putins Regierung definiert Piwowarow als „monarchistisch-erbliche Präsidentschaft“, die sich auf ein „autoritär-polizeilich-kriminelles System“ stütze. Er begrenzt Putins Rolle auf die Etablierung eines „effektiven Mechanismus der Ausbeutung der Ressourcen Russlands zu Gunsten kleiner Teile der Bevölkerung“. Genau so scharf urteilt er über die Staatsduma: „Die Parteien und unser Parlament sind ein Fake“, das nur eine („systemtreue“) Opposition simuliere.

Nachdem die Machthaber in den spontanen Protestmärschen der Jahre 2012 bis 2014 eine „Herausforderung ihres Regimes“ erkannt hatten, vollzogen sie eine politische Kehrtwende, schreibt der be-

kannte Ökonom Viktor Scheiniss in der „Nezavisimaja gazeta“. Es begann eine „Hexenjagd“ auf Andersdenkende, deren verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Meinungsfreiheit durch die Ideologie des staatlichen Patriotismus verdrängt wurde. In den Medien wurde dieser Kurs von Putin-treuen Politikern, Militärs und Schriftstellern des „Isborskij Club“ durchgesetzt. Sie alle hatten sich der Wiederherstellung des russischen Imperiums verschrieben. Scheiniss betont, die Bevölkerungsmehrheit habe Putin das „Mandat für die Restaurierung des Autoritarismus“ gegeben.

Vertrauen Dies bestätigt Umfragen des Lewada-Instituts zuletzt im Juli 2015: Danach vertrauen 89 Prozent der Befragten dem Präsidenten. 60 Prozent glauben nicht, dass er den Staatsapparat kontrolliert und trennen Putin so von der korrupten Bürokratie. „Die Macht ist um den Präsidenten aufgebaut. Es ist die einzige politische Institution im Land, die von der Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird und über Autorität verfügt“, bestätigt Scheiniss.

„Sage mir, wer gehört die Krim und ich sage Dir, wer Du bist!“ So leicht kann man einen „echten Patrioten“ von einem „Liberalen“ beziehungsweise „Verräter“ unterscheiden. Dennoch wurde der patriotische Sturm in Russland nach der Krimeroberung „nicht von einem spürbaren Optimismus begleitet“, notiert der Moskauer Philosoph Alexander Zipko. „Die Partei des Krieges“ habe in Russland gewonnen. Aber nur dank der Besonderheiten der Putinschen Psychologie sowie der Militärs und Geheimdienstler. Diese „Machtvertikale“ habe Russland – so Zipko – vor dem Zerfall gerettet. Aschot Manutscharjan



»Ich bin keine Revoluzzerin«

OPPOSITION Die derzeit einzige unabhängige Bürgermeisterin in Russland kämpft um ihr politisches Überleben

Rund tausend Kilometer ist die verschlafene Provinzstadt Petrosawodsk von Moskau entfernt. Ausgerechnet sie ist in den vergangenen Monaten Schauplatz eines Machtkampfes zwischen der Opposition und der Kreml-Partei „Einiges Russland“ geworden. Denn in der 250.000-Einwohner-Stadt am Rande des Omega-Sees hat seit knapp zwei Jahren eine junge Frau das Sagen, die 36-jährige Galina Schirschina. Bei der Bürgermeisterwahl 2013 schlug die parteilose Kandidatin mit 42 Prozent der Stimmen den Kandidaten von „Einiges Russland“ – eine Sensation. Heute ist sie die einzige oppositionelle Bürgermeisterin in ganz Russland. Und sie brachte frischen Wind in die Stadtverwaltung. Gleich zu Beginn ließ Schirschina die Amtseinführungsfeier streichen und kürzte die Abfindungen für ehemalige Beamte. Per Youtube-Botschaft wendet sie sich allwöchentlich an die Bewohner der chronisch klammen Provinzhauptstadt.

»Mein Ziel ist es, den Bewohnern ihre Stadt zurückzugeben.«

Galina Schirschina, Bürgermeisterin

Schirschina sagt Sätze, die in Russland selten zu hören sind. „Mein Ziel ist es, den Bewohnern ihre Stadt zurückzugeben“, ist einer davon. Doch die Bürgermeisterin kämpft um ihr politisches Überleben. Ihr mächtiger Widersacher sitzt nur wenige Häuserblocks weiter in der gleichen Straße. Andrej Hudilajnen ist seit 2012 Gouverneur der Republik Karelien im Nordosten des Landes, entlang der Grenze zu Finnland. Die wirtschaftlich schwache Region ist bekannt für unberührte Wälder, Seen und die Holzkirchen von Kisch, die zum Weltkulturerbe zählen. Zuletzt geriet die Teilrepublik aber in die Schlagzeilen, weil der von Putin eingesetzte Gouverneur Galina Schirschina systematisch aus dem Amt zu drängen versucht. Gegen etliche ihrer Unterstützer ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft wegen angeblichen Betrugsverdachts. Kürzlich beschloss das Regionalparlament zudem die Abschaffung von direkten Bürgermeisterwahlen. „Das ist eine große Wohltat für die ganze Republik“, erklärte Hudilajnen im Anschluss.

An den Rand gedrängt Die Widerstände gegen Schirschina sind kein Einzelfall. Russlands Machthaber drängen die Opposition immer weiter ins Abseits. International finanzierte Nichtregierungsorganisationen werden als „ausländische Agenten“ diffamiert. Und auf eine Serie von Großde-

mos nach der mutmaßlich fingierten Duma-Wahl im Jahr 2011 reagierte die Staatsmacht mit Schauprozessen gegen einige der Organisatoren. Das Resultat: Die unabhängige Opposition spielt heute fast keine Rolle im politischen Prozess, auch wenn es in Russland insgesamt 17 registrierte Parteien gibt. Ins Moskauer Parlament dürfen nur drei handverlesene Oppositionsparteien, etwa die Kommunisten oder die rechts-populistische LDPR. Nur die prominentesten Abgeordneten dürfen die Staatsmacht in der Duma auch mal sehr scharf kritisieren – als lebender Beweis für die angebliche Redefreiheit. Dem Präsidenten können und wollen sie aber nicht gefährlich werden.

Bürgermeister- und Regionalwahlen sind für Oppositionelle die letzte Möglichkeit, um politische Ämter zu kämpfen. Doch wer es wie Galina Schirschina schafft, die Regierungspartei zu schlagen, kann selten mit einer ruhigen Amtszeit rechnen. Vor zwei Jahren bekam dies Ewgenij Uraschow, der oppositionelle Bürgermeister der Stadt Jaroslavl, zu spüren. Nach etwa einem Jahr im Amt wurde er wegen Korruptionsvorwürfen vorübergehend festgenommen und suspendiert. Viel öfter aber werden gefährliche Konkurrenten von „Einiges Russland“ gar nicht erst zur Wahl zugelassen. Erst kürzlich wurde in Nowosibirsk bei den regionalen Parlamentswahlen der Opposition um Alexej Nawalny die Registrierung verweigert. Ihr wurde vorgeworfen, einen Teil der notwendigen Unterstützungsunterschriften gefälscht zu haben.

Auch Schirschinas Wahlkampagne begann mit einem Skandal. Denn die ursprüngliche Kandidatin der Opposition, Emilia Slabunowa, musste wegen angeblicher Verfahrensfehler ihre Kandidatur zurückziehen. Schirschina, eine politisch unerfahrene Psychologin und Leiterin eines regionalen Zeitungsverlags, nahm ihre Stelle ein – und siegte überraschend. „Es gab damals eine ausgeprägte Proteststimmung in der Stadt“, erinnert sich Anatlij Zigankow, Leiter eines politischen Think Tanks in Karelien. „Der damalige Bürgermeister von ‚Einiges Russland‘ war komplett diskreditiert und die Menschen hatten es satt, dass die Stadt in einem so desolaten Zustand war.“ Wichtig für Schirschinas Erfolg war zudem die finanzielle und organisatorische Unterstützung von Wasili Popow, eines einflussreichen Unternehmers in der Region. „Popow ist der Mäzen der regionalen Opposi-

tion, die traditionell in Karelien sehr stark ist“, sagt Jarowoj. Erst dessen massive Hilfe hätte den Wahlsieg perfekt gemacht. „Ich bin eigentlich keine Politikerin und keine Revoluzzerin“, sagt Schirschina und lacht. Auf ihrem Schreibtisch stapeln sich Akten und Unterlagen. Hinter ihrem Rücken prangt das Wappen der Region – ohne das für eine russische Amtsstube übliche Putin-Porträt. „Für mich ist das vor allem ein Manager-Job“, erklärt die 36-Jährige. Doch wenn sie über die Probleme von Petrosawodsk spricht, sprudelt es förmlich aus ihr heraus. Die Regionalregierung verweigere Mittel aus dem föderalen Budget, mit denen dringende Straßenreparaturen



Kein Putin-Porträt in der Amtsstube: Die 36-jährige Galina Schirschina leitet seit zwei Jahren die Geschicke der Provinzstadt Petrosawodsk.

© Büro Schirschina

vorgenommen werden müssen, schimpft sie. Neue Kindergärten könnten nicht in Betrieb genommen werden, ebenfalls weil Mittel aus formalen Gründen zurückgehalten würden. „Die Lage ist dennoch nicht ausweglos“, gibt sich Schirschina zuversichtlich. Bis vor einigen Monaten stand sie tatsächlich gar nicht so schlecht da. „Weil sie früher nicht in der Politik war, gab es auch keine Leichen in ihrem Keller, die ihre Gegner hätten hervorkramen können“, erklärt Experte Jarowoj. Zudem standen der Stadtrat, Unternehmer Popow und die Bevölkerung von Petrosawodsk hinter der Newcomerin. „In den vergangenen Mona-

ten hat Hudilajnen aber alles unternommen, um alle drei Faktoren auszuschalten“, ergänzt Jarowoj. Plötzlich wurden Ermittlungsverfahren gegen die wichtigsten Unterstützer eingeleitet, gegen den Stadtrat genauso, wie gegen Unternehmer Popow, der sich seitdem im Ausland aufhält. Beobachter sind sich einig: Es sei versucht worden, die Volksvertreter gefügig zu machen. Der Stadtrat ist immerhin der Schlüssel zu einer möglichen Amtsenthebung von Schirschina. Zeigen sich die Abgeordneten zwei Mal hintereinander unzufrieden mit der Arbeit der Bürgermeisterin, kann sie ihren Posten verlieren.

Im vergangenen Jahr haben die Stadträte Schirschina noch unterstützt. Im Juni aber gaben sie ihr nur noch die Note „Mangelhaft“. Wiederholt sich das nach drei Monaten, kann die Bürgermeisterin durch einen anderen Kandidaten ersetzt werden. „Juristisch ist das möglich“, ließ Gouverneur Hudilajnen kürzlich in einem Interview wissen. Doch Galina Schirschina hat keine Angst. Sie geht in die Offensive: „Wir prüfen derzeit, ob wir gerichtlich dagegen vorgehen können“, sagt sie.

Maxim Kireev

Der Autor ist freier Wirtschaftsjournalist in Moskau.

Arbeitskampf unter schwierigen Bedingungen

GEWERKSCHAFTEN Eine Streikwelle gegen die Auswirkungen der Krise ist nicht zu erwarten

Der Kurs-Sturz des Rubels im Dezember 2014 und der Rückgang des Wirtschaftswachstums hat die Arbeitswelt in Russland stark verändert. Streiks und Protestaktionen, die vereinzelt stattfinden, haben vor allem ein Ziel: Einen Stopp der Entlassungen und den Erhalt des Lohnniveaus. Eine große Streikwelle gegen die Auswirkungen der Krise ist in Russland indes nicht zu erwarten. Die Menschen hoffen weniger auf die Unternehmer als auf die Regierung. Sie soll die Auswirkungen der Krise abdämpfen.

Wie schwer es für die Gewerkschaften angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist, etwas durchzusetzen, zeigt das Beispiel des Gemeinschaftsunternehmens Ford-Sollers. Das Autowerk liegt in der Stadt Wsewoloschsk in der Region Sankt Petersburg, wo sich viele ausländische Autofirmen angesiedelt haben, die jetzt alle in Schwierigkeiten sind. Die Produktionskosten sind massiv gestiegen, denn 60 bis 70 Prozent der Einzelteile müssen aus dem Ausland importiert und in Fremdwährung bezahlt werden. Doch der Rubel-Kurs ist stark gefallen. So hat sich der Preis für ausländische Autos erhöht, was zum massiven Einbruch beim Verkauf führte. Die Folge sind Massenentlassungen.

Bei Ford Wsewoloschsk arbeiteten vor zwei Jahren noch 2.300 Mitarbeiter in drei Schichten. Heute sind es noch 1.500 Mitarbeiter, die an vier Tagen in der Woche in nur noch einer Schicht produzieren. Wegen erzwungener Ausfallzeiten erhalten die Arbeiter statt dem Durchschnittslohn von 720 Euro nur noch durchschnittlich 410 Euro im Monat. Aus Protest gegen die Lohnkürzungen begann bei Ford im März ein Streik. Gefordert wurden geringere Lohnkürzungen, ein Inflationsausgleich und Abfindungen in Höhe von 18 Monatsgehältern. Während des zwei Monate dauernden Ausstandes verweigerte das Unter-



Gewerkschaftler demonstrieren am 1. Mai 2015, dem „Tag der Arbeit“, in Moskau. © dpa

nehmen jegliche Verhandlungen mit der Automobilarbeiter-Gewerkschaft MPRA, reagierte nach Streikabbruch dann aber doch. Am 1. Juli gab es eine Lohnerhöhung von fünf Prozent. Auf die anderen Forderungen ging das Unternehmen nicht ein. „Ein kleiner Erfolg war es immerhin“, meint Igor Temtschenko, Vorsitzender der MPRA im Gebiet Sankt Petersburg. Ihren größten Erfolg erreichte die neugegründete Gewerkschaft im Boom-Jahr 2006. Mit einem Streik setzte sie damals eine Lohnerhöhung von 16 Prozent durch, ein Novum in den russischen Arbeitsbeziehungen. Einen weiteren Erfolg erzielte sie bei Ford im Jahre 2009. In einem Haus-Tarifvertrag wurden ein Inflationsausgleich und eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent festgelegt. Den Tarifvertrag gibt es immer noch, aber vor vier Jahren wurden alle finanziellen Vereinbarungen aus dem Vertrag gestrichen, berichtet Igor Temtschenko.

Die Rechtslage für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik in Russland ist nicht einfach. Ein Streik ist nach dem russischen Arbeitsgesetz nur legal, wenn sich die Mehrheit der Beschäftigten für eine Arbeitsniederlegung ausspricht. Kundgebungen anzumelden, sei „sehr schwierig“, erklärt Temtschenko. Auch die Gründung einer Gewerkschaft ist ein bürokratisches Hindernislauf. Aber die MPRA profitierte von der Unterstützung internationaler Gewerkschaftsverbände, die kein Interesse daran haben, dass Russland zum Lohndrucker wird.

Motivationsprobleme Probleme gibt es auch mit der Motivation, gesteht MPRA-Chef Aleksej Etmalow ein. Seit es in Russland eine Marktwirtschaft gibt, habe man „den Menschen eingebläut, dass Kollektivismus und Solidarität schlecht sind“, sagte der Gewerkschaftschef der Wochenzeitung Argumenty i Fakty. „Wir sind heute

eine Nation von Individualisten und Weltmeister im Misstrauen“. Anstatt den Gewerkschaftsaktivisten zu vertrauen, „beugen wir uns den Direktoren“. Der soziale Dialog funktioniere nicht, meint der MPRA-Chef. Viele Manager empfänden es „fast als Beleidigung, wenn sie einen Dialog mit den Beschäftigten führen müssen“. Und es komme auch immer wieder vor, dass Unternehmensleitungen versuchen, die Gründung von kämpferischen Gewerkschaften zu verhindern. Versucht werde, die Gründer zu bestechen und zur Aufgabe zu überreden.

Voller Argwohn Die MPRA, gegründet 2006, ist mit ihren 2.700 Mitgliedern in 15 Autofabriken zwar nur ein kleiner Fisch unter den russischen Gewerkschaften, durch ihre aktive Politik und das erfolgreiche Durchsetzen von Tarifverträgen bei Ford und Volkswagen jedoch in der Öffentlichkeit bekannt. Der staatsnahe Gewerkschaftsverband FNPR ist mit seinen 22 Millionen Mitgliedern ein Gigant, findet in den Medien aber wenig Beachtung. Argwöhnisch beobachtet die Führung der FNPR die aktive Rolle, welche unabhängige Gewerkschaften übernehmen haben. Zu nennen wäre neben der MPRA vor allem die 1995 gegründete Konföderation der Arbeit Russlands (zwei Millionen Mitglieder). Die Strategie der staatsnahen und wenig streikfreudigen FNPR zielt vor allem auf die Beeinflussung der Regierungspolitik ab. Und das mit einigem Erfolg: Obwohl die Regierung an ihrem Kurs der Haushaltskonsolidierung festhält, hat sie jetzt günstige Kredite zum Autokauf für Privatpersonen angekündigt. Das soll der Autoindustrie helfen, der ein Rückgang der Neuwagen-Verkäufe von 35 Prozent zu schaffen macht.

Ulrich Heyden

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent in Moskau.

Warten vor dem Konsulat

ARBEITSMIGRANTEN Viele kehren Russland den Rücken

Vor dem Konsulat von Tadschikistan in Moskau bildeten sich im Januar lange Schlangen. Tadschiken standen an für eine Ausreisegenehmigung in ihre Heimat. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Organisation „Tadschikische Arbeitsmigranten“, Karomat Scharipow, lebte bis zur Rubel-Krise im Dezember 2014 über eine Million Tadschiken in Russland, von denen angeblich 70 Prozent ausreisten. Dafür gibt es mehrere Gründe. Nach dem Kurs-Sturz des Rubels im Dezember 2014 war der Lohn der Migranten, umgetauscht in Dollar, plötzlich nur noch die Hälfte wert. Wer auf dem Bau monatlich umgerechnet 1.000 Dollar verdiente, hatte nur noch 500 Dollar, um sich und die Familie in Zentralasien zu ernähren. Außerdem sollten die Arbeitsmigranten seit dem 1. Januar kostenpflichtige Tests über Sprache, Geschichte und Gesetze Russlands ablegen, Gesundheitsbescheinigungen von vier verschiedenen Ärzten einholen und für ein Arbeitspatent bezahlen müssen. Ein Visum für die Einreise nach Russland brauchen die Arbeitsmigranten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken in Mittelasien und im Kaukasus bis heute nicht.

Im Juni dieses Jahres wurde bekannt, dass die russische Migrationsbehörde den Sprachtest für Arbeitsmigranten aus Weißrussland, Armenien, Kasachstan und Kirgistan wieder abschaffen will. Denn diese Länder gehören inzwischen alle zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Die Bürger genießen somit Freizügigkeit bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und müssen keine Erlaubnis-Dokumente vorweisen, meint zumindest der Wirtschaftsminister Kirgistans, Temir Sarijew.

Wie groß die Abwanderung von Arbeitsmigranten aus Russland in diesem Jahr war, lässt sich anhand der Bargeld-Überweisungen in die Heimatländer der Migranten ablesen. Ein diesbezüglicher Bericht im Internet-Portal Gazeta.ru stützt sich auf

von der russischen Zentralbank veröffentlichte Zahlen. Danach wurden im ersten Quartal 2015 von Privatpersonen (ohne Kontoöffnung) 2,1 Milliarden Dollar ins Ausland überwiesen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es noch 3,9 Milliarden Dollar gewesen. Die 5,6 Millionen Arbeitsmigranten, die 2014 insgesamt in Russland lebten – die Hälfte von ihnen nicht legal – überwiesen 2014 insgesamt 20,9 Milliarden Dollar in ihre Heimatländer. Der Großteil der Überweisungen ging nach Tadschikistan, gefolgt von der Ukraine mit 2,24 Milliarden Dollar, Kirgistan mit 2 Milliarden Dollar und Armenien mit 1,4 Milliarden Dollar.

Große Herausforderungen Als es in den 2000er Jahren während des russischen Wirtschaftsbooms zu einem starken Zustrom von mehreren Millionen Arbeitsmigranten nach Russland kam, waren die meisten Russen alles andere als begeistert. Sie sahen die Migranten, die schon für 500 Euro im Monat als Reinigungskräfte arbeiteten, als Lohndrucker. Rechtsradikale versuchten die Unzufriedenheit für ihre Propaganda zu nutzen. Es begann eine Welle gewaltsamer Übergriffe auf Migranten, die inzwischen aber wieder abgeebbt ist. Auch die Negativ-Berichterstattung über Migranten in russischen Zeitungen hat nachgelassen. Russland steht in der Migrationspolitik vor großen Herausforderungen. Denn von einer Million Flüchtlingen aus der Ost-Ukraine wollen nach Angaben der russischen Migrationsbehörde 900.000 länger in Russland bleiben. Viele haben schon eine Arbeit gefunden.

Ulrich Heyden

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Wir hängen immer noch „an der Nadel“, scherzen manche Moskauer und meinen damit Russlands Abhängigkeit von den Öl- und Gasexporten. Tatsächlich ist die Wirtschaft kaum diversifiziert – der Großteil des Haushalts finanziert sich über den Verkauf von Energieträgern. Und weil der Ölpreis seit Dezember 2014 um die Hälfte gefallen ist und der Export von Gas – das vor allem in den Westen geliefert wird – im ersten Halbjahr 2015 um 12,9 Prozent zurückging, steht Russland nun vor einem großen Problem. „Unsere Produkte sind jetzt billiger“, versucht das Massenblatt „Moskowski Komso-molez“ seine Leser aufzumuntern. Eine kritischere Diagnose wagt das Wirtschaftsmagazin „Ekspert“: „Wir stellen nichts her.“ Tatsächlich ist der einzige Wirtschaftssektor, in dem Russland einigermaßen auf eigenen Beinen stehen kann, die Landwirtschaft. Weitere wichtige Standbeine sind die Rüstungs- und Atomwirtschaft. In beiden Bereichen ist Russland weltweit führend im Export. Außerdem hat das Land einen Anteil von 27 Prozent am internationalen Waffenexport. Es ist damit zweitgrößter Waffenexporteur nach den USA.

Schmiergeld Doch die russische Wirtschaft leidet unter zahlreichen Schwachpunkten. Die wohl größten: Korruption, Steuerflucht und Kapitalabfluss. So berichtete die Zeitung „Iswestija“, dass sich das „durchschnittliche Schmiergeld“ in Russland gegenüber 2014 fast verdoppelt hat und jetzt bei 3.485 Dollar liegt. Nach Angaben des russischen Föderationsrates werden zudem 42 Prozent des Außenhandels über Offshore-Zonen abgewickelt. Allein in Zypern sind 170.000 russische Unternehmen registriert. Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat die Unternehmen – auch staatliche – mehrmals aufgefordert, ihr Kapital nach Russland zu bringen und für diesen Fall Straffreiheit zugesagt. Bisher aber ohne nennenswerten Erfolg.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich aber auch Vieles verbessert. Wegen des großen Marktes wurde es für viele ausländische Unternehmen attraktiv, in Russland zu investieren. Vor allem ausländische Autofirmen, aber auch Investoren aus der pharmazeutischen oder der Nahrungsmittel-Branche, bauten in den Gebieten um Moskau und St. Petersburg Fabriken. Die Gebietsverwaltungen stellen extra einen Beamten ab, der für die Investoren alle nötigen Genehmigungen – von der Registrierung des Grundstücks bis zum Gasanschluss – einholt. Allerdings, so berichtet Jens Böhlmann, Pressesprecher der Deutsch-Russischen Auslandschandelskammer in Moskau, „gibt es jetzt häufiger administrative Eingriffe“. Das heißt, bei den 6.000 deutschen Unternehmen in Russland kommen Vertreter der Steuerbehörde und des Brandschutzes zu Kontrollen vorbei. Für diese Kontrollen gäbe es in der Regel keinen besonderen Anlass. Offenbar müssten die Beamten eine bestimmte Zahl von Prüfungen durchführen, „um eine vorgegebene Norm zu erfüllen“, vermutet Böhlmann. Wegen des fallenden Rubel-Kurses und der politischen Unsicherheiten im Zusammen-



Die Landwirtschaft ist der einzige Wirtschaftssektor, in dem Russland weitgehend auf eigenen Beinen stehen kann. Nach wie vor groß ist die Abhängigkeit von Öl-, Gas- und Waffenexporten.

An der Nadel

ÖKONOMIE Die russische Wirtschaft ist kaum diversifiziert und stark abhängig von Exporten. Das rächt sich in der Krise

hang mit der Ukraine-Krise sind die Direktinvestitionen aus dem Ausland aber 2014 nach Angaben der russischen Zentralbank um 70 Prozent zurückgegangen. Sie fielen von 69 auf 21 Milliarden Dollar – das ist der niedrigste Stand seit 2005. Nach einem Bericht der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) bleibt Russland damit zwar international unter den 20 Ländern mit den größten ausländischen Direktinvestitionen, rutschte aber von Platz fünf auf Platz 16. Russlands große Hoffnung sind jetzt China und die anderen BRICS-Staaten, also Brasilien und Indien. Im Gebiet Uljanowsk will

ein chinesisches Unternehmen eine Maschinenbau-Fabrik für drei Milliarden Dollar bauen. Seit August 2014 baut eine chinesische Autofirma eine Fabrik im südlich von Moskau gelegenen Tula. Ein Problem aber ist Russlands große Abhängigkeit von Importen. So gestaltet sich die geplante Modernisierung der Streitkräfte schwierig, weil Russland, mangels eigener Kapazitäten, die Elektronik aus dem westlichen Ausland importieren muss. Auch 90 Prozent seiner Werkzeugmaschinen muss Moskau aus dem Ausland einführen. Weil viele dieser Importe jetzt wegen möglicher doppelter Verwendungszwe-

cke („Dual use“) unter die Sanktionen des Westens fallen (siehe Text unten), bleibt der Regierung nur die Hoffnung auf neue Lieferanten aus Südkorea, Japan, China und der Türkei. Und was ist mit dem politischen Druck gegen Unternehmen, von dem man in Deutschland seit dem Fall des Ex-Oligarchen und Kreml-Kritikers Michail Chodorkowski viel gehört hat? In Russland gibt es immer wieder Unternehmer, die es wagen, sich in die Politik des Kreml einzumischen – sie bekommen teilweise heftigen Gegenwind zu spüren. Anfang Juli löste Dmitri Simin, Gründer des Telekommunikations-

unternehmens Wypelkom, seine Stiftung „Dinastija“ auf und reagierte damit auf die Entscheidung des Justizministeriums, die Stiftung in die Liste der „ausländischen Agenten“ aufzunehmen. Zur Begründung hieß es, dass „Dinastija“ auch Geld von ausländischen Organisationen erhalte und neben Wissenschaftsprojekten die russische politische Organisation „Liberal Mission“ unterstütze. Die russische Bevölkerung interessiert solche Fälle weniger. Ihr geht es vor allem darum, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und Löhne gezahlt werden. Und da kann Wladimir Putin etwas vorweisen. Seitdem er im Kreml sitzt, hat sich ein stabiles Wirtschaftsleben entwickelt – anders als in den 1990er Jahren, wo Fabriken geschlossen und monatelang keine Löhne und Renten gezahlt wurden. Von 2001 bis 2013 gab es ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich vier Prozent. Die Reallöhne sind gestiegen und viele Russen können sich Urlaubsreisen und eine gute Wohnungseinrichtung leisten. Zudem verfügt der russische Staat über ausreichend Reserven, um Banken und Schlüsselindustrien zu unterstützen. Sowohl im Wohlstandsfond (zurzeit 74 Milliarden Dollar) und dem Reservefond (zurzeit 72 Milliarden Dollar) wurde Geld zur Unterstützung des Haushalts in Krisenzeiten zurückgelegt. Auch das Polster der Devisenreserven ist mit 360 Milliarden Dollar recht groß. Die Staatsverschuldung liegt bei nur 14 Prozent.

Ernte Krise Doch jetzt hat die Wirtschaftskrise Russland fest im Griff. Der russische Wirtschaftsminister Aleksej Uljukajew meint zwar, mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,5 Prozent im ersten Halbjahr 2015 sei das Schlimmste wahrscheinlich schon vorbei. Doch der Chefökonom der Vneshekonombank, Andrej Klepatsch, warnt, die Krise sei diesmal ernst als 2008 und 1998. Schließlich kämen gleich drei Probleme zusammen: der Fall des Ölpreises, der Kursverlust des Rubel und die Sanktionen des Westens. Volkswirtschaftlich wichtige Unternehmen unterstützt die Regierung jetzt mit Staatsgarantien in Höhe von umgerechnet 5,3 Milliarden Euro. Außerdem hat sie 446 Millionen Euro zur Stabilisierung der Monopolstädte bereitgestellt. In diesen Städten ernährt eine einzige Fabrik den gesamten Ort. Von 319 Mono-Städten im Land seien nur 71 „sozial und wirtschaftlich stabil“, gestand der russische Ministerpräsident, Dmitri Medwedew, einmal ein. Die Arbeitslosigkeit ist von 4,9 Prozent im vergangenen Jahr auf 5,4 Prozent gestiegen. Allerdings dürfte die Zahl viel höher sein, denn wegen der geringen Unterstützungsleistungen melden sich nicht alle Anspruchsberechtigten bei den Arbeitsämtern. Viele Unternehmen streichen den Beschäftigten zudem die Prämienzahlungen. Anfang Juli machten 335.800 Arbeiter und Angestellte Kurzarbeit oder „Urlaub in beiderseitigem Einverständnis“. Die unsichere Lage hat spürbare Folgen. So wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 16.700 Babys weniger geboren, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Diebstähle in Supermärkten ist 2014 um 68 Prozent gestiegen. Und von insgesamt 146 Millionen Russen leben heute 23 Millionen unterhalb der Armutsgrenze. *Ulrich Heyden*

RUSSISCHE UNTERNEHMEN

Gasprom

1989 gegründet, ist Gasprom heute das größte Unternehmen Russlands und das weltweit größte Erdgasförderunternehmen. Leiter des halbstaatlichen Betriebes mit 431.000 Mitarbeitern ist Alexei Miller. Gasprom gehört ein Pipeline-Netz von 160.000 Kilometern Länge. 2014 lieferte es 35 Prozent des Erdgases für Europa. Gasprom plant neben der Ostsee-Pipeline noch eine dritte Pipeline, die über die Türkei nach Griechenland und weiter Richtung Serbien führen soll. Diese dritte Pipeline soll die Leitung durch die Ukraine überflüssig machen.

Rosatom

Zu dem staatlichen Unternehmen zählen etwa 400 Fabriken und wissenschaftliche Einrichtungen. Dem Tochterunternehmen Rosenergoatom gehören alle zehn russischen Atomkraftwerke, die 33 Prozent der Elektroenergie im europäischen Teil Russlands liefern. Im Bau sind derzeit neun Atomreaktoren in Russland und 29 im Ausland, etwa in Finnland und der Türkei. Das Unternehmen besitzt nach eigenen Angaben die weltweit zweitgrößten Uran-Vorräte.

Rosneft

Das Unternehmen fördert 40 Prozent des russischen Öls und ist Russlands drittgrößter Gasproduzent. Präsident ist Igor Setschin. 69,5 Prozent der Rosneft-Aktien gehören dem staatlichen Unternehmen Rosneftegaz, 19,75 Prozent British Petroleum (BP). 2004 übernahm Rosneft das Unternehmen Juganskneftegaz, das einst wichtigster Teil des Yukos-Ölkonzerns war.

Avotaz (Lada)

Die Fabrik des größten russischen Automobilherstellers liegt in Togliatti an der Wolga. Avtovaz kontrolliert ein Fünftel des russischen Automarktes, gebaut wurde die Fabrik mit Hilfe von Fiat. Die Produktion begann 1970. Zurzeit hat Avtovaz 52.000 Beschäftigte. Im ersten Halbjahr 2015 stellte das Unternehmen 280.000 Autos her, das sind 1,6 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2014. Der Export ging im ersten Quartal dieses Jahres jedoch um 42 Prozent zurück. Hauptaktionär ist mit 74,5 Prozent „Alliance Rostec“, ein Gemeinschaftsunternehmen von Rostekhnologija und „Alliance Renault-Nissan“.

Sukhoi Superjet

Sukhoi Superjet ist das einzige neue russische Passagierflugzeug seit 1991. Der Jungfernflug fand 2008 statt. Das Triebwerk wird vom französisch-russischen Gemeinschaftsunternehmen PowerJet hergestellt. Mehr als 50 Prozent der Einzelteile werden importiert, unter anderem aus den USA. Das Herstellerunternehmen des Superjets, Sukhoi Civil Aircraft, gehört zu 75 Prozent dem Kampfflugzeughersteller Sukhoi und zu 25 Prozent der italienischen Alenia Aermacchi. 167 Superjets wurden bisher bestellt, 66 ausgeliefert.

Rosnano

Das staatliche Unternehmen mit Sitz in Moskau wurde 2007 gegründet. Leiter ist Anatoli Tschubais. Ziel ist die Förderung der Nanotechnologie. 2012 wurden 384 Millionen Euro in neue Produktionsanlagen investiert. Zu den bisherigen Projekten zählten Impfstoffe, Leiterplatten für den IT-Sektor sowie Sicherheits-schleusen an Bahnhöfen.

Yandex

Das 1997 von Arkadi Wolosch gegründete Unternehmen hat die nach der Zahl der Suchoperationen weltweit viertgrößte Internet-Suchmaschine entwickelt. Yandex bietet 50 Service-Leistungen, wie eine Verkehrsstau-Übersicht und die Möglichkeit der bargeldlosen Überweisungen. Das Unternehmen hatte im Januar 2015 67,1 Millionen Besucher. Die Technologie wurde 1989 für die damalige sowjetische Regierung entwickelt. Heute arbeiten 5.600 Beschäftigte bei Yandex, der Umsatz betrug im vergangenen Jahr 759 Millionen Euro.

Glonass

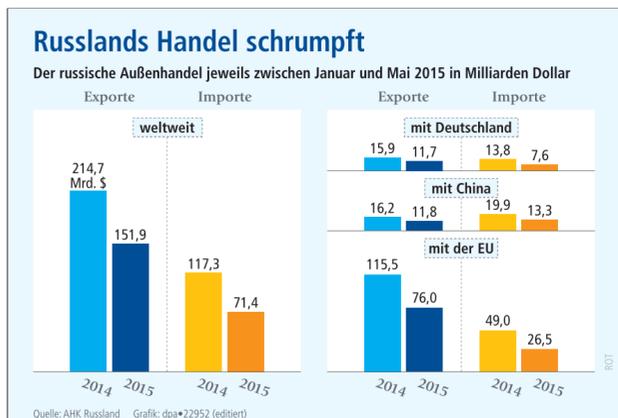
Das russische „Globale Satellitennavigationssystem“ Glonass ist ein Analog zum amerikanischen GPS-System. Noch in diesem Jahr soll das 1972 vom Verteidigungsministerium des Landes in Auftrag gegebene System mit 30 Satelliten seinen vollständigen Betrieb aufnehmen. Glonass soll international vermarktet werden. Nach Angaben des Leiters des staatlichen Unternehmens, Igor Komarov, haben die durch die Sanktionen ausgelösten Probleme bei der Teilleistung für den Satellitenbau keinen Einfluss auf die Qualität der Satelliten. *uh*

Katalysator des Niedergangs

SANKTIONEN Die westlichen Strafmaßnahmen kosten die russische Wirtschaft Milliarden. Aber auch für die EU ist der Schaden groß

Seit wenigen Tagen gilt der Erlass, geschmuggelte Lebensmittel an der russischen Grenze zu vernichten. Bisher schicken Grenzsicherer verbotene Importwaren zurück, die trotz des Embargos, das Moskau gegen viele Produkte aus dem Westen verhängt hat, teils abenteuerlich – umkettiert und über Umwege – ins Land gelangten. Es ist eine weitere Runde im Sanktionsstreit zwischen Russland und dem Westen. Im Juni hat die Europäische Union ihre Strafmaßnahmen verlängert, sie gelten nun bis Ende Januar. Nicht alle EU-Staaten befürworten dies mit gleicher Intensität. Polen und die baltischen Staaten etwa hatten sich für eine Verschärfung ausgesprochen, andere Länder, darunter Griechenland, Österreich, Italien oder Ungarn, sehen die Sanktionen skeptisch. Am Ende stand ein Konsens.

Vor einem Jahr schwenkte der Westen von Einreiseverboten und Kontensperrungen auf härtere Strafen um, richtete seine Maßnahmen gegen den Finanzsektor und die Rüstungsindustrie sowie die Öl- und Gasindustrie. Russland konterte mit einem Embargo gegen Gemüse, Früchte, Fisch und Fleisch und Milchprodukte, das gerade um ein Jahr verlängert wurde. Die USA verhängten zuletzt Ende Juli neue Sanktionen gegen Personen und Unternehmen. Die Sanktionen belasten Russlands Wirtschaft, vor allem weil Banken von den westlichen Kapitalmärkten weitgehend ab-



geschnitten sind. Europäische Diplomaten gingen bereits im Frühjahr davon aus, dass die Sanktionen Russland bis dato einen dreistelligen Milliarden-Dollar-Betrag gekostet haben. Aber auch die EU-Wirtschaft musste allein bis Anfang des Jahres Exportverluste in Höhe von 21 Milliarden Euro verkraften. Einer Studie aus Österreich zufolge könnte sich der Schaden für die EU sogar auf 90 Milliarden Euro belaufen. Moskau redete die Auswirkungen der Sanktionen von Beginn an klein. Erst vor kurzem bezeichnete Regierungschef Dmitrij Medwedew das Vorgehen als „sinnlos“. Gleichzeitig wird die Situation genutzt, um von Problemen der russischen Wirtschaft abzulenken, die schon lange vor der Ukraine-Krise und den Sanktionen begannen:

vor allem die Strukturschwäche und die starke Abhängigkeit von Öl- und Gasreserven. Besonders deutlich machte das im vergangenen Jahr der stark fallende Rubelkurs, ausgelöst durch den sinkenden Erdölpreis. Erst in den zurückliegenden Wochen hat der Rubel erneut an Wert eingebüßt. Die Sanktionen wirken als Katalysator des Niedergangs. Auch wenn sie nicht die Ursache der Wirtschaftskrise sind, nutzt die Führung in Moskau sie als Ausrede, die eigenen Fehler zu entschuldigen. „Je schlechter es uns geht, umso besser“, lautet derzeit die Devise im Land, erklärt Witalij Jarschewskij, stellvertretender Chefredakteur der kritischen Zeitung „Nowaja Gazeta“ die Gemütslage seiner Landsleute. Sie seien „stolz und unabhängig – und haben keine Angst vor wirtschaftlichen Schwierig-

keiten“. Tatsächlich kamen viele Probleme nur verzögert bei der breiten Masse an. Dass italienischer Parmesan und französischer Brie nicht mehr im Supermarkt zu finden sind, trifft nur die dünne Mittelschicht des Landes. Die Krise führte aber auch dazu, dass der Durchschnittslohn um fast neun Prozent gesunken ist. Demgegenüber sind die Preise in den vergangenen Monaten um knapp 16 Prozent gestiegen. Als der Westen die ersten Sanktionen verhängte, glaubten Experten, dass Präsident Wladimir Putin den Druck der Oligarchen, der Superreichen, zu spüren bekomme. Doch das ist nicht geschehen. Im Gegenteil: Der Zusammenhalt der Eliten ist stärker als zuvor. Das zeigt etwa das Beispiel von Alexander Lebedew: Der Unternehmer war lange ein Kritiker der Kreml-Politik. Heute will er lieber gemeinsam als Team in der Krise agieren: „Wie sind auf einem Schiff inmitten eines Sturms“, erklärte er. Die Sanktionen könne man vergessen, sagt er, „sie können Russland nichts anhaben“. Die russische Wirtschaft aber dürfte in diesem Jahr um etwa 3,5 Prozent schrumpfen.

Hilfen für die Landwirtschaft Zu den wenigen Branchen im Plus gehört – seit dem Embargo – die Nahrungsmittelindustrie, denn die russische Regierung bemüht sich, die Landwirtschaft zu unterstützen. Allerdings wird es nach Einschätzung von Agrarminister Alexander Tkatschow noch fünf bis zehn Jahre dauern, bis das Land sich selbst versorgen kann. Putin erklärte, die Sanktionen zwängen Russland dazu, auch andere Wirtschaftszweige zu modernisieren, sodass Russland nicht abwarten müsse, bis die Strafen aufgehoben würden. Die deutsche Wirtschaft trägt die Maßnahmen mit, wenn auch oft nur zähneknir-

schend. 85 Prozent der Firmen beurteilen die Wirtschaftsentwicklung in Russland negativ, das ergab jüngst eine Umfrage der Auslandschandelskammer in Moskau. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft fordert derweil den Abbau von Sanktionen. Der Verband fürchtet in diesem Jahr einen Exportrückgang von zehn Milliarden Euro. „Die aktuellen Zahlen übertreffen selbst unsere schlimmsten Befürchtungen“, erklärte der Ausschuss-Vorsitzende Eckhard Cordes. Er sieht 150.000 Arbeitsplätze in Deutschland bedroht, vor allem mittelständische Unternehmen in den neuen Bundesländern seien betroffen. Gleichzeitig gingen mit abgebrochenen Wirtschaftskontakten auch politische Einflussmöglichkeiten in Russland verloren. In Moskau finden sich deutsche Geschäftslute, die die Politik des Westens kritisieren und Verständnis für Putins Vorgehen zeigen. Dabei spielt die Angst eine Rolle, den lukrativen Russlandmarkt zu verlieren. Andere Manager verstehen ihre Unternehmen als „Werteträger“ oder werfen Putin vor, das Vertrauen der Investoren auf Dauer zu beschädigen. Der Politologe Dmitrij Trenin glaubt indes nicht an ein baldiges Ende der westlichen Strafmaßnahmen. „Die Sanktionen der EU werden noch auf Jahre in Kraft bleiben“, meint der Direktor des renommierten Think Tanks Carnegie Center in Moskau. „Die Sanktionen der USA sogar für Jahrzehnte.“ Für beide stehe weniger auf dem Spiel, da ihr wirtschaftliches Interesse an Russland vergleichsweise gering sei, urteilt Trenin. *Oliver Bilger*

Der Autor ist freier Korrespondent in Moskau.



Vom Staat gegängelt

MEDIEN Die politische Kommunikation liegt in der Hand des Kremls, kritische Journalisten stehen massiv unter Druck. Einige Nischen gibt es im Radio



Der populäre Blogger und Oppositionspolitiker Alexej Navalny (re.) wurde schon mehrfach inhaftiert und, wie hier im Februar 2015 in einem umstrittenen Prozess, zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Sein Bruder Oleg (auf dem Bildschirm) erhielt eine Haftstrafe.

Es sah vielversprechend aus, was der staatliche Nachrichtenkanal Rossiya 24 zeigte: Die Separatisten in der Ostukraine hatten zum wiederholten Mal angekündigt, schwere Waffen abzugeben. Rossiya 24 lieferte die Bilder dazu. Die Kämpfer führen Panzer aus dem Kriegsgebiet und der TV-Sprecher verkündete: „Unter den Augen der Europäer ziehen die Separatisten die schweren Waffen ab.“ Tatsächlich sah man mutmaßliche Beobachter der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), wie sie die Kennzeichen der Panzer notieren. Die Separatisten, so die Nachricht, erfüllen das Minsker Abkommen, die ukrainische Seite tut nichts. Eine Bestätigung der OSZE blieb aus. Die Beobachter haben ohnehin keinen freien Zugang zu den Kampfgebieten.

Auf Konfrontation gestellt Medien in Russland heute, das ist Manipulation. Das reicht von Spielfilmkanälen, auf denen ständig der Zweite Weltkrieg gewonnen wird, bis zu Nachrichtensendungen, die den Krieg in der Ukraine in eine Reihe damit stellen. Der Krieg im Nachbarland wird oft dargestellt wie ein sowjetisches Heldenepos. Seit Jahren wird die Bevölkerung mit Fernsehbildern systematisch auf die Konfrontation mit dem Westen, den Feinden, vorbereitet. Das ist möglich, denn in Russland gibt es kaum noch relevante kritische Gegenstimmen. Die überregionalen Fernsehsender Rossiya 1 und 2, Rossiya 24 und der erste Kanal sind unter staatlicher Kontrolle. Ebenso wie NIW, TVZ und Moskwa 24. REN-TV gehört einer nationalen Mediengruppe. Der kriti-

sche Fernsehkanal Doschd (Regen) hingegen hat Lizenzen verloren und fristet ein marginalisiertes Dasein im Internet. Gesendet wird quasi von zu Hause. Satire-Sendungen gibt es im russischen Fernsehen keine mehr. Und selbst Besitzerwechsel haben meiste keine Änderung der Redaktionslinie zur Folge. So blieb auch der Radiosender „Echo Moskwa“, dessen Mehrheitseigentümer die Gazprom-Media ist, journalistisch weitgehend „sauber“. Die Hörschaft sitzt im Großraum Moskau und ist überdurchschnittlich gebildet.

Auch der TV-Sender NIW gehört mehrheitlich Gazprom Media. Er startete Schmutzkampagnen gegen Oppositionelle und das Ausland. Grundsätzlich ist die Freiheit einzelner russischer Medien umso größer, je geringer ihre Reichweite ist. Radiosender haben häufig mehr Freiheiten als Fernsehsender. Der Grund: Sie sind für die politische Kommunikation in Russland nicht so relevant. Echo Moskwa und Kommersant FM senden immer noch kritische Inhalte, auch die Nischenprogramme des Staatsradios erlauben sich Kritik. Das Angebot an Tageszeitungen ist vielfältig. Da ist führend der „Moskowskij Komsomolez“ mit einer Auflage von zwei Millionen, dann das Boulevardblatt „Komsomolskaja Prawda“ mit einer halben Million an Werktagen, zum Wochenende etwa zweieinhalb Millionen. Die Regierungszeitung „Rossijskaja Gazetta“

kommt auf mehr als 150.000 Exemplare am Tag, die aber kostenlos verteilt werden.

In Russland gibt es keine Zeitung, die westlichen Qualitätskriterien entspricht. Meist sind sie regierungsfreundlich; Regionalzeitungen schreiben zu Gunsten des jeweiligen Gouverneurs. Teils gehören sie Machthabern. Eine Ausnahme bildet das Blatt „Vedomosti“. Der finnische Konzern Sanoma hielt bis vor Kurzem einen Anteil von 33,3 Prozent an der Zeitung, hat den jedoch an einen russischen Unternehmer verkaufen müssen: Gleiches gilt für den Anteil an der englischsprachigen Zeitung „The Moscow Times“. Hintergrund ist ein Gesetz, das ab Februar 2017 den ausländischen Anteil an russischen Medien auf 20 Prozent beschränkt.

In Russland sind die Freiheiten von Medien umso größer, je geringer die Reichweite ist.

Betroffen davon sind auch die deutschen Verlage Burda, Bauer und Axel Springer. Springers Flaggschiff in Russland ist das Nachrichtenmagazin For-

bes. 1,3 Millionen Leser erreicht das Blatt schätzungsweise. Auch an der russischen Version von GEO ist Springer beteiligt. Der Umsatz von Springer in Russland liegt nach Angaben von Branchendiensten bei 25 Millionen Euro. Burdas russische Tochterfirma gibt mehr als 80 Titel heraus, darunter den russischen Playboy, Auto- und Frauenmagazine. Mehr als 35 Millionen Menschen erreicht Burda nach Angaben von Branchendiensten.

Wie gefährlich es ist, in Russland investigativen und regierungskritischen Journalismus zu be-

treiben, machen erschreckende Zahlen deutlich. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, wurden in den 15 Jahren der Regentschaft von Wladimir Putin etwa 250 Journalisten ermordet. Darunter berühmte Reporter, wie Anna Politkowskaja oder Juri Schekotschichin von der Novaja Gazeta. Überhaupt hat die Novaja Gazeta viele Tote zu verzeichnen. Das Blatt ist zwar in Russland nicht sehr populär, wird aber von Oppositionellen und westlichen Journalisten intensiv gelesen. Wie viele Journalisten täglich in der russischen Provinz Ärger haben, erpresst oder unterdrückt werden, ist nicht bekannt. Für Aufsehen sorgte der Fall des Journalisten und Provinzabgeordneten Lev Schlosberg. Er hatte darüber geschrieben, dass tote Soldaten aus der Ukraine zurückkommen. Das sollte geheim gehalten werden. Schlosberg wurde daraufhin krankenhaushauf geschlagen.

Falsche Behauptungen Im Medienkrieg wird mit allen Mitteln gekämpft. Vor nicht allzu langer Zeit entdeckten die Redakteure der Novaja Gazeta, dass eine Praktikantin heimlich Material kopierte und offensichtlich an andere weitergab. Die geheimdienstlerfähigen Journalisten begannen daraufhin, die junge Frau mit belanglosem Material zu füttern und taufen sie intern Mascha Hari. Sechs Monate und mehrere Terabyte dauerte das Spiel, dann

stellten sie Mascha Hari zur Rede und versuchten ihrerseits, Informationen über Maschas Auftraggeber zu bekommen.

Das Ganze hat Methode. Integer arbeitende Medien sollen diskreditiert werden. So präsentierte der Fernsehkanal NIW einen versteckt gefilmten Beitrag darüber, wie man bei der russischen Ausgabe von Forbes angeblich redaktionelle Beiträge kaufen kann. Dass es sich dabei um als solche gekennzeichnete Werbung handelte, verschwieg der Sender. NIW ist mehrfach durch falsche Behauptungen und abstruse „Enthüllungen“ gegen die Opposition aufgefallen.

Der Fernsehsender ist ohnehin ein spannender Fall. Nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen übernahm ihn 2001 Gazprom-Media. Eigentlich hatte der Gründer, Vladimir Gussinski, nicht vor, den Sender abzugeben. Das Ergebnis war Untersuchungs-

haft, gefolgt von Gussinskis Ausreise aus Russland. Journalisten wechselten daraufhin zu einem anderen Fernsehsender, der allerdings bald geschlossen wurde. Präsident Putin ließ verkünden, dass es sich dabei um Rechtsstreitigkeiten handle und die Regierung damit nichts zu tun habe. Wie auch immer, das Ziel war erreicht. Kritische Stimmen verstummten, der Fernsehsender mit großer Reichweite war auf Linie gebracht.

Der Krieg um die Meinungshehoheit tobt auch im Netz. Angesichts immer strenger werdender

Pressegesetze werden Blogger mehr und mehr in die Rolle kritischer Chronisten gedrängt. Auch da gilt: Je einflussreicher die Webseite, desto restriktiver gehen Behörden vor. Blogger mit täglich 3.000 Klicks müssen sich seit 2014 als Nachrichtenmedium registrieren lassen. Längst kein Nischendasein führen indes die Portale des Korruptionskritikers, Unternehmers und Oppositionspolitikers Alexej Navalny. Wie einflussreich Navalny ist, lässt sich an den Gerichtsverfahren ablesen, die die russischen Behörden gegen ihn anstrengen.

Morddrohungen In der Bevölkerung gelten unabhängige und ausländische Journalisten schnell als Agenten und willige Instrumente, die schreiben, was ihnen Nato, EU oder sonstige „feindliche Mächte“ angeblich diktieren. Mit dem Krieg in der Ukraine verstärkte sich das noch. Korrespondenten wurden mit Häme im Netz überzogen, teils erhalten sie Morddrohungen. Der Fernsehkanal RT definiert sich als Propagandasender, flankiert von der Bewegtbildagentur Ruptli, Ria-Novosti und dem Internet-Portal Sputnik. Alles unter dem Dach der Agentur Sputnik, geführt von Dmitri Kiseljow, der auf der EU-Sanktionsliste steht. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sieht in staatlicher Propaganda nichts Schlimmes und spricht von zentraler Nachrichtenvermittlung: „Ein Propaganda-Instrument ist ein unveräußerliches Attribut eines jeden Staates. So etwas gibt es überall.“ Russland ist weit von einem Mediensystem entfernt, das einen gesellschaftlichen Diskurs ermöglichen würde.

Thomas Franke

Der Autor ist freier Journalist in Moskau.

Ringen um die Deutungshoheit

AUSLANDSENDER Der TV-Kanal »Russia Today« und der Hörfunk »Sputnik« präsentieren die russische Sicht auf die Welt

Es ist der Versuch, ein russisches Sprachrohr in die Welt zu etablieren und in die Liga von BBC, CNN und Al Dschasira aufzusteigen: Mehrere Hundert Millionen Euro lässt sich der Kreml den russischen Auslandsendern „Russia Today“ jährlich kosten. Doch der Versuch, ein solch zusätzliches „Nachrichtenangebot“ auch in der deutschen Medienlandschaft zu etablieren, ist nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Während das englischsprachige „Russia Today“ beim anglo-amerikanischen Publikum ein Millionenpublikum auf dem TV-Bildschirm erreicht, ist „RT Deutsch“ als reines Webportal bisher im unbedeutenden Nischenprogramm im Netz geblieben. Das liegt auch an der mangelnden Qualität des als „Trash TV“ gestalteten Video-Angebots „Der fehlende Part“. Allein in Thüringen hat der lokale Sender „Salve TV“ diese Sendung ins Programm übernommen.

Die Moderatorin Jasmin Kosubek empfängt in ihrer täglichen Abendschau zumeist nur jene Gäste, die dem Kremkurs wohlgesonnen sind. Aber selbst hier scheint die Unterstützerfront nun zu bröckeln. „Putin müsste die Redaktion von RT Deutsch feuern, er hat es leider noch nicht getan“, schrieb der Publizist Jürgen Elsässer dieser Tage über die Sendung, bei der er bislang zu den treuesten Gästen zählte. „Was dort jedenfalls



Im Moskauer Studio von „Russia Today“

© picture-alliance/dpa

von zumeist deutschen Praktikanten als Journalismus betrieben wird, schädigt das russische Ansehen in Deutschland und fügt der deutsch-russischen Freundschaft schweren Schaden zu.“ Die antideutsche Hetze widerspreche Putins deutschenfreundlicher Linie, empörte sich Elsässer. Auch die Zugriffszahlen des Internet-Portals bei You Tube sind wenig eindrucksvoll,

Geringe Hörschaft Noch weniger beachtet blieb bislang das zweite Web-Angebot des Kremls in Deutschland. Dabei startete der Auslandsrundfunk „Die Stimme Russlands“ den Relaunch seines deutschen Programms und die Eröffnung eines Berliner Büros bereits im Januar 2013. Das deutsch-russische Redaktionsteam, das inzwischen unter dem Namen „Sputnik“ operiert, bietet im Internet ein auf den ersten Blick seriöseres Angebot. Als Vollprogramm kann man das Radioprogramm nur über die Webseite hören, denn eine eigene Rundfunk-Frequenz hat der Sender nicht. Abseits davon haben nur zwei regionale Privatsender in Deutschland Teile des Programms übernommen und strahlen es in zwei Bundesländern einige Stunden am Tag digital aus. Auch hier ist die Reichweite klein geblieben.

Fest etabliert hat sich die monatliche Verlagsbeilage „Russia beyond the headlines“, die der Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ beiliegt. Sie wird von einer Moskauer Redaktion erstellt, widmet sich überwiegend Wirtschaftsthemen und wird ebenfalls aus dem russischen Staatshaushalt finanziert. Die Zielgruppe der PR-Beilage und des dazu gehörenden Internet-Auftritts sind deutsche Geschäftsleute. Dank der Handelsblatt-Auflage von rund 110.000 Stück erreicht die Beilage eine stattliche Leserschaft. Der Web-Auftritt wird dagegen nur wenig genutzt. Das Vorläuferprodukt „Russland Heute“ hatte als Verlagsbeilage der „Süddeutschen Zeitung“ dank der höheren Auflage nochmals deutlich mehr deutsche Leser. Der Verlag kündigte aber im März 2014 die Zusammenarbeit wegen der Krim-Krise auf.

Gemma Pörzgen

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Deutscher Bundestag

Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages ausgeschrieben

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2014 und dem 30. September 2015 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 5. Oktober 2015.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen.

Die Auswahl der Preisträgerin oder des Preisträgers erfolgt durch eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste
Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik –
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227-38630, Fax: (030) 227-36464
Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis



Blick auf die beherrschende Kul Sharif-Moschee in Kasan, der an der Wolga gelegenen Hauptstadt der Autonomen Republik Tatarstan. Die Stadt gilt vielen als Zentrum russischer Muslime.

© picture-alliance/GES-Sportfoto

Gestärktes Selbstbewusstsein

ISLAM Christlich-orthodoxe Russen und die islamische Bevölkerung sind eng miteinander verflochten

W eithin sichtbar beherrscht schon seit etlichen Jahren die Kul Sharif-Moschee den Kremlin von Kasan und die Verkündigungskathedrale. Die Muslime dieser Stadt an der Wolga – Hauptstadt der Autonomen Republik Tatarstan – empfinden und empfinden bis heute eine nicht geringe Genugtuung darüber, dass sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion diesen islamischen Kultbau an geschichts-

trächtiger Stätte errichten konnten, denn die muslimischen Tataren von Kasan waren im Jahre 1552 von Zar Iwan IV., „dem Schrecklichen“, besiegt und unterworfen, ihre Herrschaft beseitigt worden. Mit diesem Sieg begann Russlands Expansion in muslimische Regionen hinein, es dehnte sich nach Astrachan und in das Khanat von Sibir jenseits des Urals aus. Zuvor freilich hatte die Goldene Horde (Altin Urda) im Namen der Nachkommen Dschingis Khans lange über die christlichen Russen geherrscht; es war eine zum

Islam übergetretene turko-mongolische Reiter-Aristokratie, die bis zu ihrem Zerfall im 14. Jahrhundert die Russen beherrschte. Bis heute sind christlich-orthodoxe Russen und Muslime – die meisten von ihnen türkischer Abstammung – eng miteinander verflochten. Dem „Tatarnojch“, von dem die Russen sprechen, stehen auf der anderen Seite Verfolgung und Diskriminierung, aber auch Assimilation gegenüber: Etwa ein Viertel der russischen Adelsfamilien soll tatarisches Blut in sich tragen.

15 Prozent Im heutigen Russland mit seinen insgesamt rund 144 Millionen Einwohnern dürften nach Schätzungen mindestens 15 Prozent Muslime leben; allein in der Hauptstadt Moskau soll ihre Zahl bei mehr als einer Million liegen, möglicherweise sind es sogar mehr. Die beiden blutigen Tschetschenien-Kriege zwischen 1994 und 2009 haben deutlich gemacht, wie sehr das „muslimische Erwachen“, wie sehr vor allem der islamistische Terror von außen auch für Russland wieder zu einem politischen Problem geworden ist – ein Erbe der Vergangenheit, das in vielem unbewältigt geblieben ist.

Aus Sicht vieler Muslime erscheint Russland als das letzte verbliebene Kolonialreich, mit dem Unterschied, dass es sich – anders als das englische, französische, spanische, portugiesische oder niederländische – als kompakter territorialer Block auf der riesigen eurasischen Landmasse erstreckt, nicht jenseits von Meeren oder

Ozeanen. Das „Sammeln“ muslimischer Untertanen setzte sich im Jahre 1783 fort, als unter Katharina der Großen das Khanat der Krim-Tataren zerschlagen wurde. Auch sie waren – unter der Dynastie der Giray – Nachfolger der Goldenen Horde, später dann Vasallen der Osmanen gewesen. Im 19. Jahrhundert verstärkten die Russen ihre Eroberungen muslimischer Territorien: einmal in Richtung Kaukasus und Transkaukasien, dann nach Mittelasien hinein, nach Transkaspien.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begann der Drang in Richtung Kaukasus. Ihren Höhepunkt fand die Entwicklung zwischen 1829 und 1859, als die zaristischen Truppen in einem endlos langen und verlustreichen Krieg die kaukasischen „Bergvölker“ endgültig in die Knie zwangen. Unter ihrem Imam, dem charismatischen Awaren Schamil, hatten sie einen heroischen, doch auch blutigen Widerstand geleistet, der sogar den Engländern im fernen Westeuropa Respekt abtrotzte. Mit der Niederlage Schamils wurden die kleinen Kaukasus-Völker – zu denen freilich auch Christen gehörten – bis nach Dagestan hinein endgültig in das Zarenreich eingegliedert. Und dies galt auch für die muslimischen Baschkiren im Gebiet von Ufa, für Kasachen, Kirgisen, Usbeken,

Tadschiken und andere muslimische, nach Millionen zählende Völker Mittelasiens, die spätestens seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Russland „integriert“ wurden. Schlüsselfigur dabei war der General Konstantin Petrowitsch von Kaufmann, der im eroberten Taschkent erster Generalgouverneur dieser Region wurde. Parallel dazu flüchteten viele westkassische Muslime, wie die Tscherkessen, Abchasen oder Kabardiner, in das Osmanische Reich zu ihren türkischen Brüdern. Bis heute leben Millionen Nachkommen vormals „russischer“ Muslime in der Türkei.

Nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches versuchten die Muslime Russlands, den kommunistischen Bolschewiki ihre Unabhängigkeit abzutrotzen. Es kam zu den sogenannten Basmatschen-Aufständen, die freilich scheiterten, da die muslimischen Kräfte der Roten Armee nicht gewachsen waren. In der Sowjetunion wurde der Islam unterdrückt; als Ideal galt der „Sowjetmensch“, für den Religion oder auch ethnische Zugehörigkeit nicht mehr zählen sollten. Stalin ließ zu Beginn der 1940er Jahre Krimtataren, doch auch viele Kaukasier, etwa Mescheten, Tschetschenen und Inguschen, nach Mittelasien deportieren, weil sie mit Hitlers

Truppen fraternisiert haben sollten. Erst unter Chruschtschow, das heißt seit 1956, konnten sie in ihre Regionen zurückkehren und wurden rehabilitiert. Die heutige Situation der Krimtataren nach der Annexion der Krim durch Russland gestaltet sich nun wieder problematisch.

Fast 100 islamische Völker In ihrem 1983 erschienenen Standardwerk „The Muslim Peoples of the Soviet Union“ listet die Autorin Shirin Akiner annähernd 100 muslimische Völker auf. Nachdem sich Kasachen, Kirgisen, Turkmenen, Tadschiken und Usbeken 1992 im Rahmen der GUS-Staaten für unabhängig erklärt hatten, ist die Zahl der Muslime in Moskaus Reich gesunken, doch die prekäre Lage – die beiden Tschetschenien-Kriege zeigten es – ist geblieben. In Tschetschenien, wo der Terror am heftigsten war, herrscht heute unter seinem moskautreuen Präsidenten Ramzan Kadyrow, dem Sohn des ermordeten Mufitis Ahmet Kadyrow, eine gespannte Ruhe, mit der Russlands Staatschef Wladimir Putin aber leben kann. Doch das Selbstbewusstsein der muslimischen Bevölkerung in Russland ist gewachsen – nicht nur in Tatarstan, das enge Beziehungen mit der Türkei unterhält und auf seine autonomen Rechte großen Wert legt. Kasan gilt vielen als die heimliche Hauptstadt der russischen Muslime. *Wolfgang Günter Lerch*

Der Autor lebt als freier Journalist in Neu-Isenburg.



Eine unheilige Allianz

KIRCHE Die Orthodoxie ist mächtigster Pfeiler von Putins Neurusland-Ideologie

Die Kathedrale in Orsk, fast schon an der kasachischen Grenze, war lange Zeit eine Steinruine. Die Menschen brachten über Jahre hinweg Abfall hierher. Wen ging da ein Gotteshaus auf einer Erhebung im asiatischen Teil der Stadt etwas an? Wen interessierte schon die Religion? Die kommunistische Ideologie hatte schließlich den Atheismus befohlen; lediglich einige Priester schafften es, im Untergrund zu taufen, zu verheiraten, die Liturgie zu lesen. Zwischen 1918 und 1939 ließ das sowjetische Regime etwa 40.000 Geistliche hinrichten. Der sowjetische Bürger, so lautete die Staatsdoktrin, brauche kein Erlösungsverprechen für das Jenseits. „Der Platz um die Kathedrale war einfach eine riesige Müllhalde, man mied ihn, es stank bestialisch“, sagt die 37-jährige Julia in Orsk. Nun will die Kindergärtnerin genau hier heiraten. Ein zweites Mal. „Richtig, in der Kirche, vor Gott.“ Bei der Hochzeit vor 19 Jahren sei „an so etwas“ nicht zu denken gewesen; jetzt will sie ihr damaliges Jawort bekräftigen. Die Hinwendung zum

Glauben, die Suche nach Halt in der Kirche steigt in Russland genauso rasant, wie sich der einst vermüllte Platz auf dem Orsker Berg in einen Vorzeigeort verwandelt hatte. Hier stinkt es längst nicht mehr, die Kathedrale ist wieder aufgebaut worden. „1894“ steht in leuchtendem Weiß über dem Eingang, auch wenn das Gebäude erst 1994 sein neues Antlitz bekam.

»Russische Werte« In die Kirche geht Julia nur selten, ihr Mann Sascha nahezu nie. Auch das Altkirchenslawische, diese Version der alten russischen Sprache, die heute die Messen in den russischen Kirchen prägt, verstehen sie kaum. Und doch seien sie „überzeugte russisch-orthodoxe Christen“, sagen sie – wie knapp 80 Prozent aller Bürger Russlands. Denn Russe sein heißt für viele im Land auch automatisch russisch-orthodox zu sein. Religion wird als nationale Tradition verstanden, ohne wirklich gelebte Alltagsreligiosität, mag auch so mancher eine Ikone in Spielkartenformat im Portemonnaie haben. Der Staat weiß das zu nutzen. Vor allem unter Wladimir Putin ging der Kremlin nach und nach eine Allianz mit der russisch-orthodoxen Kirche ein; mittlerweile sind sie so eng miteinander verwachsen wie zuletzt im Zarenreich. Beide setzen auf traditio-

nelle „russische Werte“: Vaterlandsliebe und die Treue zur Familie. Die Kirche hilft, das Vakuum zu füllen, das nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden war. Sie hat längst die Rolle der konservativen moralischen Instanz übernommen und setzt auf die „Symphonie zwischen Kirche, Staat und Gesellschaft“, auch wenn das Land im Artikel 14 der russischen Verfassung als säkular bezeichnet wird.

Kirill, Russlands oberster Patriarch, wird von Kritikern im Land seit langem „Moralminister des Kremlin“ genannt. Im Präsidentschaftswahlkampf hatte er Putin als „Werk Gottes“ bezeichnet, bereits sein Vorgänger Alexij hatte Panzer für den Tschetschenien-Krieg gesegnet. Bei wichtigen politischen Anlässen nimmt der Patriarch neben Staatsmännern Platz. Die Kirche gilt als Garant des Zusammenhalts; Kirill landet in Umfragen nach der vertrauenswürdigsten Person im Land direkt hinter dem Präsidenten. Die Orthodoxie ist mittlerweile zum mächtigsten Pfeiler von Putins imperialer Neurusland-Ideologie geworden, die Kirche zur Bühne für traditionsbewussten Nationalismus. *Inna Hartwich*

Die Autorin, 2010 bis 2013 in Moskau, arbeitet mit Schwerpunkt Osteuropa als freie Journalistin in Berlin.

Tschuwasche und Russe zugleich

VÖLKER Mehr als 170 ethnische Minderheiten, aber keine klare Minderheitenpolitik

Es war an einem Herbsttag, als sich Sergej Mironow, zu der Zeit noch Vorsitzender des russischen Föderationsrates, des sogenannten Oberhauses des russischen Parlaments, in die künstliche Welt von „Ethnomir“ nahe der Stadt Kaluga begab, kaum 200 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Hier stehen Holzhäuser, Zelte, Kirchen, hier huschen Frauen in bunten Kleidern vorbei, backen Männer salziges Brot. Ein Freizeitpark, der erklärt, was das denn für Völker sind, die im großen, weiten Russland leben. Folklore inbegriffen. Mironow hatte Priester und Imame um sich versammelt, Tataren und Baschkiren eingeladen, und sich mit ihnen an einen Tisch gesetzt. „Wir müssen über die Minderheiten in unserem Land reden“, hatte er erklärt und gefordert: „Es muss eine klare Minderheitenpolitik her.“

Zählweise differiert Vier Jahre ist das her, Mironow ist längst kein Vorsitzender des Föderationsrates mehr. Und eine klare Minderheitenpolitik gibt es in Russland bis heute nicht, auch wenn im Land bis zu 172 Völker und ethnische Gruppen leben, die Zählweise differiert von Statistik zu Statistik. „Außer in unserer Verfassung werden praktisch in keinem Gesetz unseres Landes ethnische Minderheiten erwähnt“, sagt der



Fest slawischer Kultur im „Ethnomir“

Vorrang. Auch wenn es durchaus mehr als 20 nationale Republiken für spezielle ethnische Minderheiten gibt, mehrere autonome Regionen und einen autonomen Kreis. Doch wenn etwa Schulen für Minderheitensprachen öffneten, sei das Schulmaterial oft ein Problem, sagt Sokolowski. „Wenn tschuwaschische Kinder in einer Klasse sitzen und manche von ihnen von Haus aus Tschuwaschisch sprechen, andere aber kein Wort davon können, wissen viele Lehrer nicht, wie sie eine solche Klasse auf Tschuwaschisch unterrichten sollen.“

Vor allem Dekor Zudem ist Russisch seit den Sowjetzeiten, die einen neuen, fortschrittlichen Menschen hervorbringen und alles Religiöse, Kleinbäuerliche und Nomadische als Überbleibsel früherer Zeitalter verdämmen sollten, die Sprache der Bürokratie und hat daher Vorrang vor allen anderen Sprachen. Allerdings erlaubt das Russische auch, zwischen ethnischen Russen („ruski“) und Russen als administrativer oder geografischer Bezeichnung („rossijski“) zu unterscheiden. So ist jeder Nenze, jeder Jakute, Tschetschene, Balkare oder Udmurte gleichzeitig auch Russe. Die Politik sieht ihre Kulturen vor allem als Dekor, ausgestellt in Parks wie dem „Ethnomir“ bei Kaluga. *Inna Hartwich*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Wird Angela Merkel als die Kanzlerin in die Geschichte eingehen, die mit Russland gebrochen und Europa wieder zweigeteilt hat? Diese ungeheuer kontrollierte, krisenfeste Politikerin ist in den Beziehungen zu Russland nie in Fettnäpfchen getreten. Sie hat nicht mit einem der Trunksucht zuneigenden Präsidenten in der Sauna gesessen. An ihr hängen keine peinlichen Sprüche wie der von Wladimir Putin als lupenreinem Demokraten. Bei Moskau-Visiten suchte sie, im Unterschied zu ihrem Vorgänger, der das abgelehnt hatte, bewusst auch den Kontakt zu Bürgerrechtlern. Und dann hat sie das unter mehreren Vorgängern seit Willy Brandts Ostpolitik aufgebaute Vertrauensverhältnis zwischen Deutschland und Russland zerrissen – weil der Kreml, nicht bereit, eine ihm nicht wohlgesonnene Führung der Ukraine hinzunehmen, die Krim völkerrechtswidrig annektierte und mit einem nicht erklärten Militäreinsatz in der Ostukraine Rebellen gegen die Kiewer Regierung unterstützte. Infolge westlicher Sanktionen strauchelt Russlands Wirtschaft. Im Land wächst die Armut, aber auch die Zustimmung zu Präsident Putin, unter dessen sich weiter verhärtenden innenpolitischen Kurs Menschenrechtler und Wissenschaftler besonders leiden. Die Emigrationswelle rollt. Es leidet aber auch Deutschlands Export. 150.000 Arbeitsplätze seien in Deutschland schon vernichtet worden, die meisten bei mittelständischen Betrieben, meldet der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft. Man will voneinander nichts mehr wissen. Auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel „Literatur, Werte, europäische Identität“ in Litauen wird im Mai eine Rusin, die meint, dass auch die Erinnerungskultur ihres Landes berücksichtigt werden könnte, schroff belehrt, das widerspreche den europäischen Werten. Westliche Künstler nehmen von geplanten Projekten mit Russen Abstand. In Russland selbst, wo die Deutschen noch vor einem Jahr die beliebtesten Ausländer und Angela Merkel die am meisten bewunderte ausländische Politikerin waren, stürzten die Sympathiewerte in den Keller. War das nötig?

Rote Linie überschritten Eine Mehrheit hierzulande meint ja. Das System Putin mit seinen Menschenrechtsverletzungen, mit Korruption, gefälschten Wahlen und instrumentalisierten Gerichten strapazierte Europas Geduldsfäden lange genug. Spätestens als das loyal-liberale Experiment mit Tandempräsident Dmitrij Medwedjew vom Kreml verworfen und Putin – zum Entsetzen der denkenden Öffentlichkeit – 2012 reinthronisiert wurde, war klar, dass für Europa gemeinsame Werte mit diesem immer autoritäreren System nicht in Sicht waren. Als nach der Kiewer Maidan-Revolution vom Februar 2014 Russland die Krim annektierte und Waffen und Soldaten nach Donezk und Lugansk schleuste, waren Europas rote Linien – das Verbot militärischer Gewalt und der Gebietsaneignung anderer Staaten – überschritten. Moskaus Position, wonach der Kiewer Machtwechsel illegitim, weil von der Straße diktiert war, überzeugt niemanden, da Parlament und Präsident durch Wahlen bestätigt wurden. Und dass CIA-Chef John Brennan im April 2014 unter anderem Namen Kiew besuchte, was Russlands Außenminister Sergej Lawrow auf die Palme brachte, deutet auf Aktivitäten, die ukrainische Militäreinrichtungen davor bewahrt haben dürften, von russischen Hacker lahmgelegt zu werden. Im Unterschied zum Gros der Russen will eine Mehrheit der Ukrainer mit unseren Werten Demokratie, Freiheit, gleichen Rechten Ernst machen. Das Land strebt nach Westen, will sich modernisieren, dem

Ende einer Romanze

BERLIN-MOSKAU Das Vertrauensverhältnis zwischen beiden Ländern ist zerrissen



Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel – hier im Mai in Moskau – folgen nur noch selten derselben Richtung.

© picture-alliance/NurPhoto

Sumpf russischer Willkür und imperialer Unterdrückung entkommen. Man kennt Russlands Klagen über die Nato-Osterweiterung bis vor seine Haustür. Doch die Nato konnte die legitime Bitte leidgeprüfter ehemaliger Satelliten Moskaus um Schutz kaum abschlagen. Merkel erkennt Putins territoriale rote Linien explizit nicht an. Damit seine Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden, müsste Russland seine Drohrhetik etwa gegen die baltischen Staaten abstellen. Für seine europäischen Nachbarn ist es das Hauptsicherheitsrisiko. In dieser Rolle, als Hauptsicherheitsrisiko, empfindet Russland sich als potentiellies Angriffsziel und die Nato nicht so defensiv und vertrauenswürdig, wie diese selbst sieht. Die Bombenangriffe auf Belgrad ohne UN-Mandat 1999, die Sezession des Kosovo aus Serbien – ohne Referendum – neun Jahre später hält man nicht nur in Moskau für rechtswidrig. Umso mehr den Tyrannenbe-

seitigungskrieg im Irak 2003 mit seinen apokalyptischen Folgen, den Deutschland nur logistisch unterstützte, wo aber viele alte und neue Nato-Länder, insbesondere Polen, aber auch anderthalbtausend Ukrainer unsere Werte verteidigten. Die Nato-Luftangriffe auf den Despoten Libyens 2011, unmittelbar nachdem der damalige Präsident Medwedew – gegen den Willen seines Premiers Putin – einem UN-Flugverbot zugestimmt hatte, wirkte wie eine Ohrfeige. Auch deswegen ist Putin, der 2001 vor dem Bundestag in fließendem Deutsch um gemeinsame Sicherheitsstrukturen warb, die Russland an der Beschlussfassung beteiligen abstellen. Für seine europäischen Nachbarn ist es das Hauptsicherheitsrisiko. In dieser Rolle, als Hauptsicherheitsrisiko, empfindet Russland sich als potentiellies Angriffsziel und die Nato nicht so defensiv und vertrauenswürdig, wie diese selbst sieht. Die Bombenangriffe auf Belgrad ohne UN-Mandat 1999, die Sezession des Kosovo aus Serbien – ohne Referendum – neun Jahre später hält man nicht nur in Moskau für rechtswidrig. Umso mehr den Tyrannenbe-

seitungskrieg im Irak 2003 mit seinen apokalyptischen Folgen, den Deutschland nur logistisch unterstützte, wo aber viele alte und neue Nato-Länder, insbesondere Polen, aber auch anderthalbtausend Ukrainer unsere Werte verteidigten. Die Nato-Luftangriffe auf den Despoten Libyens 2011, unmittelbar nachdem der damalige Präsident Medwedew – gegen den Willen seines Premiers Putin – einem UN-Flugverbot zugestimmt hatte, wirkte wie eine Ohrfeige. Auch deswegen ist Putin, der 2001 vor dem Bundestag in fließendem Deutsch um gemeinsame Sicherheitsstrukturen warb, die Russland an der Beschlussfassung beteiligen abstellen. Für seine europäischen Nachbarn ist es das Hauptsicherheitsrisiko. In dieser Rolle, als Hauptsicherheitsrisiko, empfindet Russland sich als potentiellies Angriffsziel und die Nato nicht so defensiv und vertrauenswürdig, wie diese selbst sieht. Die Bombenangriffe auf Belgrad ohne UN-Mandat 1999, die Sezession des Kosovo aus Serbien – ohne Referendum – neun Jahre später hält man nicht nur in Moskau für rechtswidrig. Umso mehr den Tyrannenbe-

seitungskrieg im Irak 2003 mit seinen apokalyptischen Folgen, den Deutschland nur logistisch unterstützte, wo aber viele alte und neue Nato-Länder, insbesondere Polen, aber auch anderthalbtausend Ukrainer unsere Werte verteidigten. Die Nato-Luftangriffe auf den Despoten Libyens 2011, unmittelbar nachdem der damalige Präsident Medwedew – gegen den Willen seines Premiers Putin – einem UN-Flugverbot zugestimmt hatte, wirkte wie eine Ohrfeige. Auch deswegen ist Putin, der 2001 vor dem Bundestag in fließendem Deutsch um gemeinsame Sicherheitsstrukturen warb, die Russland an der Beschlussfassung beteiligen abstellen. Für seine europäischen Nachbarn ist es das Hauptsicherheitsrisiko. In dieser Rolle, als Hauptsicherheitsrisiko, empfindet Russland sich als potentiellies Angriffsziel und die Nato nicht so defensiv und vertrauenswürdig, wie diese selbst sieht. Die Bombenangriffe auf Belgrad ohne UN-Mandat 1999, die Sezession des Kosovo aus Serbien – ohne Referendum – neun Jahre später hält man nicht nur in Moskau für rechtswidrig. Umso mehr den Tyrannenbe-

Die Chance zum Neuanfang

FORSCHUNG Bundesregierung plant ein neues Osteuropa-Zentrum. Entscheidende Beschlüsse stehen bei den Etatberatungen des Bundestages an

Krisen schärfen die Wahrnehmung. Russlands Annexion der Krim und der Ukraine-Krieg hatten die deutsche Politik kalt erwischt. Hier hatte sich niemand das Vorgehen der Putin-Führung vorstellen können. Zu lange hatte Berlin seine Russland-Politik an einem Wunschbild ausgerichtet. Da war noch von „Modernisierungspartnerschaft“ und „Wandel durch Verflechtung“ die Rede, als in Russland jeder sehen konnte, dass es der Elite nicht um Modernisierung, sondern um Machterhalt und die Milliarden aus dem Öl- und Gasgeschäft ging. Den „Wandel“ verstand das Putin-System so: Es zerstörte die Ansätze von Demokratie und Rechtstaatlichkeit und beschneidete die Spielräume der Gesellschaft. Es schränkte die bürgerliche Freiheiten ein, kriminalisierte die Opposition und stigmatisierte Menschenrechtler und Nichtregierungsorganisationen als „feindliche Agenten“. Beim offiziellen deutsch-russischen „Petersburger Dialog“ war das kein Thema. Deutsche Lobbyisten redeten die Lage zusätzlich schön. Das falsche Russland-Bild existierte auch deshalb, weil es kaum noch Spezialisten gibt, die aufklären und die Lage in Russland wissenschaftlich fundiert einordnen und erklären können. Dieser Befund gilt noch mehr für die anderen Länder Osteu-

ropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Für Deutschland als eine der größten Exportnationen der Welt, die wissen muss, was global passiert, und die maßgeblich die Russland- und Osteuropapolitik der EU bestimmt, ist das ein Armutszeugnis.

Fatale Einsparungen Während des Ost-West-Konflikts war die bundesdeutsche Osteuropaforschung in der Weltspitze. Nach dem wundersamen Jahr 1989 und der Auflösung der Sowjetunion war die Annahme verbreitet, nun werde sich überall Demokratie und Marktwirtschaft durchsetzen. Da schien die wissenschaftliche Beschäftigung mit Osteuropa überflüssig. Aus diesem Geist der Zeit entschied die Bundesregierung damals, das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ Ende des Jahres 2000 zu schließen. Zugleich sparten die Universitäten Lehrstühle ein oder widmeten sie anderen Themen. Wo gestern sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik erforscht wurden, geht es nun um Europäische Integration. Eine bundesweite Koordination fand nicht statt. Das Ergebnis ist fatal. Binnen einer Generation hat Deutschland seine wissenschaftliche Osteuropa-Expertise in den gegenwartsbezogenen Disziplinen verloren: An



Die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Hier widmen sich noch eine Handvoll Wissenschaftler Osteuropa und Eurasien.

© Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, KHMM

den Universitäten beschäftigen sich keine Ökonomen mehr mit Branchenstudien und politischer Ökonomie. Juristische Expertise ist Sache von Einzelkämpfern geworden. Kein Lehrstuhl für Internationale Beziehungen oder Friedens- und Konfliktforschung widmet sich explizit dem post-sowjetischen Raum. Die Ukraine ist abgesehen von Sprachkursen nirgends in Forschung und Lehre institutionell verankert. Außenuniversität sieht es nicht besser aus. An der vom Kanzleramt finanzierten Stif-

tung Wissenschaft und Politik widmet sich eine Handvoll Wissenschaftler Osteuropa und Eurasien – angesichts der Größe und Heterogenität des Raumes nicht mehr als ein Feigenblatt. Einzig die osteuropäische Geschichte als Disziplin ist an mehr als 50 Universitäten vertreten und international wettbewerbsfähig. Zugespitzt formuliert wissen wir über Geschichte immer mehr, über die Gegenwart jedoch immer weniger. Das ist für die operative Politik, für Wirtschaft und Öffentlichkeit ungenügend.

Nun schicken sich Bundestag und Bundesregierung an, dieses Manko zu korrigieren. Denn Russland, Osteuropa, der Südkaukasus und Zentralasien bleiben für Deutschland und seine Nachbarn sowohl in wirtschafts- als auch außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht von großer Bedeutung. Die Koalition hat sich darauf verständigt, „die wissenschaftliche Expertise über die Region“ zu stärken.“ Das Auswärtige Amt plant, die Gründung eines neuen Osteuropa-Zentrums zu unterstützen. Es soll einzig der Freiheit der Wissenschaft verpflichtet sein. Entscheidende Beschlüsse stehen bei den diesjährigen Haushaltsberatungen des Bundestages an. Gibt das Parlament dabei grünes Licht, ist die Krise in der Ukraine, aus der eine Krise zwischen Russland und der EU geworden ist, auch die Chance zu einem Neuanfang.

Manfred Sapper

Der Autor ist Chefredakteur der Monatszeitschrift „Osteuropa“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Deutscher Bundestag

6. September 2015

Tag der Ein- und Ausblicke

Das Parlament öffnet seine Türen am 6. September 2015, 9 bis 19 Uhr

www.bundestag.de/tea

schen Geschichts- und Kulturräumen widmete, hat seine Russland-Fixierung bitter bereut und die Ukraine als bessere Alternative entdeckt. Sein Kollege Gerd Koenen, Experte für die wechselseitigen Projektionen Deutscher und Russen während der kommunistischen Epoche, ist bestürzt, weil Russland sich durch seine Ukrainepolitik selbst schachmatt gesetzt habe. Einige Väter und Großväter wollen es noch nicht wahrhaben. Vor allem ehemalige Politiker und Diplomaten, vor allem die Ex-Kanzler Gerhard Schröder, Helmut Kohl und Helmut Schmidt, möchten die Beziehung, die sie selbst mit aufgebaut haben, retten und appellieren an die jetzige Berliner Führung, den Freundschaftsfaden nicht zu kappen.

Tod der Germanophilie Auch Russen mit Deutschlandbindung sind verzweifelt. Der Journalist Viktor Loschak ist nur einer von vielen, die der plötzliche Tod der russischen Germanophilie erschüttert. Den Historiker Alexej Miller bekümmert, dass in Europa die Ethik der Verantwortung vor der Geschichte, wie sie sich im deutschen Verbot der Holocaustleugnung niederschlägt, auf Betreiben einiger osteuropäischer Länder ersetzt wurde durch die Kultivierung der eigenen Nation als kollektives Opfer. Das diene weniger dem Aufbau gedeihlicher Beziehungen als dem Ziel, sich selbst – besonders gegenüber Russland – prinzipiell ins Recht zu setzen, klagt Miller. Im außer Rand und Band geratenen russischen Patriotismus sieht der Gelehrte nicht zuletzt eine Retourkutsche dazu. Tatsächlich hat man in der Vergangenheit, bei freundlicherer Gesamtwetterlage, von Putin und seinen Getreuen durchaus kritische Kommentare zur russischen Geschichte gehört.

Der Komponist Wladimir Tarnopolski, der sich als Zögling der deutschen Kultur versteht und am Putinismus kein gutes Haar lässt, findet gleichwohl, die Deutschen hätten für die russische Einverleibung der Krim, deren Bewohner diese mehrheitlich wünschten, Verständnis aufbringen müssen – zumal mit Blick auf die Wiedervereinigung Deutschlands, die seinerzeit viele Europäer nicht wollten. Tarnopolski ist im ukrainischen Dnepropetrowsk aufgewachsen und verbringt seit Jahrzehnten den Sommer auf der Krim. Er verabscheut hurrapatriotische Parolen wie „Krymasch“ („Die Krim ist unser“). Dennoch ist er überzeugt, dass die Annexion der einst der Ukraine „geschenkt“ Halbinsel, wo zwei Flotten und ukrainische wie russische Truppenkontingente stationiert waren, nach der Maidan-Revolution einen Krieg verhinderte, da fast alle Krimbewohner nicht mehr Ukrainer sein wollten.

Russische Reparaturvorschläge wirken ähnlich utopisch wie die Sehnsucht deutscher Russlandversther nach dem Status quo ante. Der Oppositionspolitiker Leonid Gozman hofft, dass Putin und seine Umgebung erkennen, dass Russland eine neue Führung braucht und er freiwillig zurücktritt. Der Moskauer Wirtschaftssoziologe Wladislaw Inosemzew hofft sogar, dass die westlichen Sanktionen das System Putin zur Implosion bringen. Doch dann müsse die EU Russland in ihre Strukturen aufnehmen und ihre Rechtsordnung dort installieren, mahnt Inosemzew. Dann wäre der Kontinent geeint, der Frieden gesichert. Aus solchen Illusionen, die Mütterchen Europa, das um eine marktkonforme Demokratie kämpft und unter Flüchtlingsströmen ächzt, noch die Kraft zum großen Spiel zutrauen, spricht vor allem der Wunsch, die Scheidung des atlantischen Europa von Eurasien möge nicht irreversibel sein.

Die Autorin, Feuilleton-Redakteurin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, berichtete von 1991 bis 2013 als Korrespondentin aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Kerstin Holm

AUFGEKEHRT

Gierige Mickeymäuse

Nach dem Gelde drängt, am Gelde hängt doch alles, heißt eine alte Weisheit frei nach Johann Wolfgang von Goethe. Heute ist es offenbar das Geld der Deutschen, an dem so vieles hängt. Nicht nur das taumelnde Griechenland. Auch Europas größter und schon lange kriselnder Vergnügungspark Disneyland Paris will sich offenbar am arglosen Nachbarn schadlos halten. So hat die „Financial Times“ herausgefunden, dass Deutsche im Internet für ein Premium-Paket 2.447 Euro bezahlen müssen, während einheimische Franzosen nur 1.346 Euro berappen müssen. Briten liegen in der Mitte bei 1.870 Euro. Franzosen zahlen auf der französischen Webseite für ein Tagesticket 47 Euro, auf der deutschen Webseite kostet es mit 84 Euro fast doppelt so viel. Jetzt will die EU-Kommission ein Verfahren wegen „Preisdiskriminierung“ gegen Frankreich eröffnen, auch wenn Disneyland Paris in amerikanischer Hand ist. Der Vergnügungspark mit jährlich 14 Millionen Besuchern verteidigt sich schmallippig mit Argumenten wie Schulferien und lokalen Märkten. Aber wir wissen es schon: Alles gelogen, der Ruf vom sagenhaft reichen Nachbarland – trotz zwei Billionen Rekord-Schulden – hat die trickreichen Mickeymäuse in Paris längst gebannt. Freilich muss man trotz aller Empörung auch hierzulande ein wenig leise treten, denkt man an die Maut-Tricksereien unseres Verkehrsministers, bei der Ausländer schlechter wegkommen sollten als die Einheimischen. Auch in Brüssel zur Prüfung. Bis zur Klärung der Sachverhalte gilt denn wohl der Spruch von Walt Disneys ewig erfolgreichen Panzerknackern immer weiter: „Wer Geld hat, dem soll es genommen werden.“ *Hans Krump*

VOR 25 JAHREN...

Vereinte Liberale

11.8.1990: Vereinigungsparteitag der FDP „Heute ist ein historischer Tag für die Liberalen und für Deutschland. Wir können stolz sein auf unsere deutschlandpolitische Vorreiterrolle“, rief Otto Graf Lambsdorff den Delegierten beim FDP-Sonderparteitag am 11. August 1990 in Hannover zu. Eben hatten sich die Liberalen der Bundesrepublik mit den drei ostdeutschen liberalen Parteien



Otto Graf Lambsdorff beim Vereinigungsparteitag der FDP 1990

zusammengeschlossen. Die FDP wurde damit die erste gesamtdeutsche Partei, als die Verhandlungen über die Wiedervereinigung noch liefen. Nach dem Mauerfall entstanden im Osten Zwillinge der etablierten Parteien des Westens. Unter anderem die „FDP der DDR“, die nach der Volkskammerwahl 1990 bereits Teil einer liberalen Fraktion war – gemeinsam mit der Deutschen Forumspartei, die aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR hervorging, und dem Wahlbündnis Bund Freier Demokraten (BFD), der aus den alten Blockparteien National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) bestand. Zum Chef des Zusammenschlusses dieser liberalen Parteien aus der DDR mit der West-FDP wurde in Hannover Lambsdorff gewählt, der seine Parteifreunde als „siegreichen Motor der Wende“ sah. Der Zusammenschluss hatte für die FDP einen positiven Nebeneffekt: Die Partei, die im Westen vor der Vereinigung nur 65.000 Mitglieder hatte, gewann auf einen Schlag 130.000 Mitglieder aus dem Osten hinzu. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 holte die FDP dann elf Prozent der Stimmen. *Benjamin Stahl*



ORTSTERMIN: AM SPREEUFER IM PARLAMENTSVIERTEL



Die Film- und Lichtbildprojektion am Spreeufer lockt jährlich tausende Besucher ins Parlamentsviertel. © Deutscher Bundestag/Jan Pauls

Multimediale Parlamentsgeschichte

Es gibt viele Wege, sich mit der Geschichte des deutschen Parlamentarismus auseinanderzusetzen. Da wären zum einen Bücher. Ganze Regalmeter lang lassen sich Bände über jedweden Aspekt der Historie legislativer Entwicklung entdecken und studieren – vom Fachbuch bis hin zum einsteigfreundlichen Übersichtswerk. Es gibt zum andern auch Museen und Ausstellungen. Der Deutsche Bundestag etwa unterhält im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt in Berlin eine mehrgeschossige Ausstellung. Unter dem Titel „Wege-Irrwege-Umwege“ lässt sich dort teils multimedial Parlamentsgeschichte erleben. Bücher wälzen und Ausstellungen besuchen gehören aber nicht unbedingt zu den Aktivitäten, die an warmen Sommerabenden auf der Beliebtheitskala ganz oben stehen. Das sieht bei Freiluftkinos schon ganz anders aus. Die spritzen in der ganzen Hauptstadt in den warmen Monaten wie Pilze aus dem Boden. Ein Freiluftkino der ganz besonderen Art gibt es im Berliner Parlamentsviertel. Jedes Jahr im Sommer wird hier die Multimedia-Präsentation „Dem Deutschen Volke“ gezeigt – nach Einbruch der

Dunkelheit, zweimal hintereinander. Mit zahlreichen O-Tönen und Originalaufnahmen wird im visuell imposanten, 30-minütigen Schnelldurchlauf die Geschichte des deutschen Parlamentarismus erzählt. Diese Erzählung setzt mit den zaghaften Anfängen des Reichstags im Kaiserreich und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges an. Die erste Demokratie der Weimarer Republik scheidet dann kläglich und ebnet den Weg für Hitler und die Nationalsozialisten; es folgen die zwölf dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte. Der Fokus liegt auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und stellt die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland dar. Während in der Bonner Republik die Demokratie nun Fuß fassen kann, werden in der DDR freiheitliche Bestrebungen blutig unterdrückt. Die Zuschauer, die in der Regel auf den Treppen am Spreeufer nördlich des Friedrich-Ebert-Platzes sitzen, erleben dabei eine aufwändige Inszenierung. Nicht auf eine, sondern gleich auf fünf Flächen mit einer Größe zwischen 21 und 300 Quadratmetern wird der Film projiziert. Das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, wo sonst große Anhörungen stattfinden und in dem unter anderem die

Bibliothek untergebracht ist, verwandelt sich in eine Kinoleinwand. Musik und Sound beschallen gefühlt die halbe politische Mitte Berlins. Das kommt gut an. „Das ist eine eindrucksvolle Inszenierung“, findet etwa Doro Jess. Die Studentin aus Jena kennt Berlin durch zahlreiche Besuche gut, aber die Multimedia-Show hat sie erst vor kurzem entdeckt. Ihr gefalle, dass die Historie trotz aller Kürze kompakt und ohne viel Pathos erzählt werde. Auch der Blick auf die DDR sei interessant gewesen. „Ein Besuch lohnt sich“, bilanziert Jess. *Sören Christian Reimer*

Zu sehen ist die Großbildprojektion noch bis zum 3. Oktober. Aktuell starten die Vorführungen um 21.15 Uhr. Weitere Informationen sind auf der Webseite des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de/grossbildprojektion zu finden. Auf der Webseite finden sich zudem Informationen zur Dauerausstellung „Wege-Irrwege-Umwege“ im Deutschen Dom. Sie ist dienstags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr kostenlos besuchbar.

LESERPOST

Zur Ausgabe 28-30 vom 6. Juli 2015, „Weckruf im Morgengrauen“ auf Seite 8: Nach der ausgiebigen Berichterstattung über 100 Jahre Erster Weltkrieg, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg und 25 Jahre Mauerfall im vergangenen Jahr war ich ein wenig enttäuscht, dass die Berichterstattung über 200 Jahre Wiener Kongress so klein ausfiel. Klar sind diese drei Ereignisse zeitlich wesentlich näher und daher „wichtiger“, doch gerade „Das Parlament“ wäre der ideale Ort, noch einmal darüber zu schreiben, welche Bedeutung der Kongress für die europäische und deutsche Geschichte hatte. Es muss ja keine Extraausgabe sein, aber eine Sonderseite wäre doch drin gewesen? Umso mehr habe ich mich über die Buchbesprechungen in ihrer letzten Ausgabe gefreut. Das

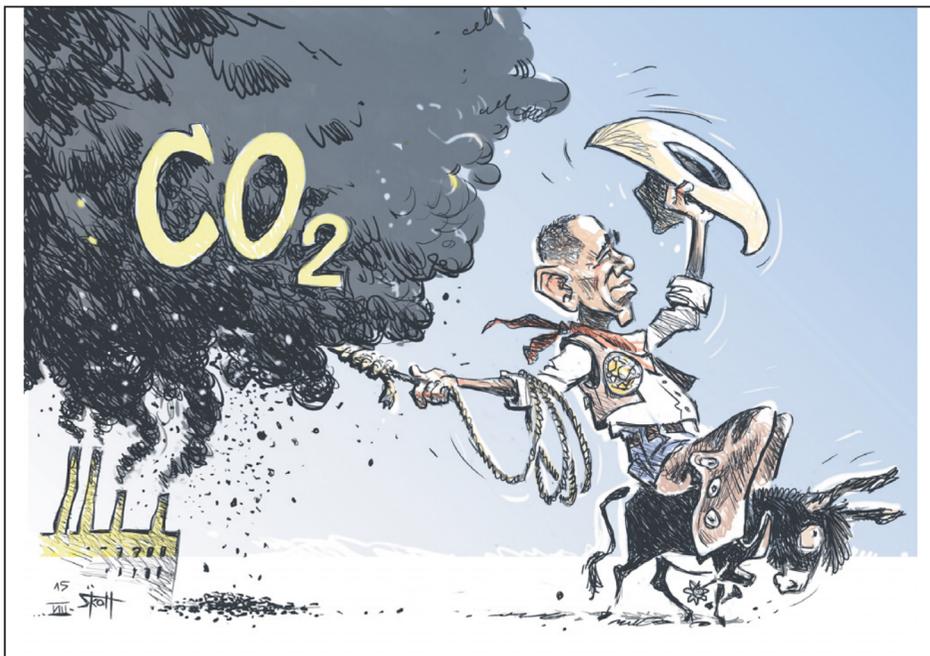
Buch von Zamoyksi habe ich angefangen und kann der Buchempfehlung nur zustimmen. *Dennis Kaiser, Köln*

Zur Ausgabe 31-32 vom 27. Juli 2015, „Ein Ja und ganz viele Aber“ auf Seite 16: Es ist ein Trauerspiel, wie willig die große Mehrheit des Deutschen Bundestages erneut der Bundeskanzlerin gegen die Mehrheitsmeinung der Deutschen gefolgt ist und für die Aufnahme von Verhandlungen für das nunmehr dritte Rettungspaket für Griechenland gestimmt hat. Wohl wissend, dass Athen niemals allein schon die bisherigen Milliarden-Hilfsgelder der europäischen Steuerzahler zurückzahlen kann. Respekt habe ich dennoch

für die mittlerweile auf 60 gestiegenen Neinsager der Unionsfraktion – bezeichnenderweise fast alles direkt gewählte Abgeordnete, die freier gegenüber der Partei- und Fraktionslinie auftreten konnten als ihre über Listenplatzierungen gewählten Kollegen. Ich empfinde es als Hohn, wenn Kanzlerin Merkel in der Bundestagsdebatte in der Sommerpause davon sprach, europäische Rechtsverträge würden einen Schuldenschnitt für Griechenland verbieten. Wie oft wurde von unserer Regierung bei den Euro-Rettungsaktionen schon gegen die Maastricht-Verträge verstoßen? Davon wurde im Bundestag wieder einmal nicht gesprochen. *Martin Wieland, Dresden*

Das Griechenland-Hilfspaket 3.0 wird kommen und wieder werden die restlichen Euro-Länder nach der bekannten Devise vereint: Glaube, Liebe, Hoffnung. Dabei ist Merksels Mantra „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ bezüglich Griechenland vollkommen überzogen. Bisher zwar noch vehement verneint, wird es auch zu einem erneuten Schuldenschnitt kommen. So entwickelt sich die EU zu einer Transferunion, was im Vertrag von Lissabon ausdrücklich ausgeschlossen wird. Aber was sind Regeln in der Europäischen Union schon wert? Wir haben einen Stabilitätspakt, der zur Haushaltsdisziplin verpflichtet, nur die wenigsten der 28 EU-Staaten richten sich danach. Innerhalb der Europäischen Union kriselt es, doch es fehlt der Mut zu einer Reform dieser Gemeinschaft und auch der kriselnden Währungsunion. Die Einführung der gemeinsamen Euro-Währung war zwar gut gedacht, aber ohne sie wären – mit den heutigen Erkenntnissen – manche Probleme leichter lösbar. *Hans-Dieter Seul, Berlin*

SEITENBLICKE



Zur Ausgabe 31-32 vom 27. Juli 2015, Beilage „Leichte Sprache“: Mitunter ist die Anwendung der leichten Sprache sinnvoll. Was sie jedoch in der Zeitung „Das Parlament“ verloren hat, ist mir ein Rätsel. Glauben Sie wirklich so zusätzliche Leser zu gewinnen? Das wird nicht der Fall sein. *Kai Hähner, Chemnitz*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:
Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 24. August. *scr*

PERSONALIA

>Christine Ostrowski
Bundestagsabgeordnete 1990, 1998-2002, PDS
Am 24. August wird Christine Ostrowski 70 Jahre alt. Die Lehrerin aus Dresden trat 1968 der SED und 1990 der PDS bei, stand zehn Jahre an der Spitze ihrer Partei in ihrer Heimatstadt und amtierte 1993 kurz als stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende. Von 1994 bis 2009 gehörte sie dem Stadtrat in Dresden an. 1990 war sie Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Von 1994 bis 1998 saß Ostrowski im sächsischen Landtag. Im Bundestag arbeitete sie im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit. 2008 verließ sie ihre Partei.

>Roland Becker
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Roland Becker wird am 25. August 75 Jahre alt. Der Dipl.-Ingenieur aus Eilenburg/Kreis Nordsachsen trat 1971 der CDU bei und war Mitglied des Leipziger Bezirkstags. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und von Oktober bis Dezember dem Bundestag an.

>Hans-Jochim Brauer
Bundestagsabgeordneter 1987-1990, Unabhängiger/Die Grünen
Hans-Jochim Brauer wird am 26. August 70 Jahre alt. Der Lehrer aus Königslutter/Kreis Helmstedt war Mitglied des Kreisvorstands des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands und Initiator zahlreicher Bürgerinitiativen für den Umweltschutz. Im Bundestag arbeitete Brauer im Sportausschuss mit. Brauer hatte sich 1988 einen Namen im Widerstand gegen die vorzeitige Inbetriebnahme des wegen unzureichender Rauchgasentschwefelung in die Kritik geratenen Braunkohlekraftwerks Buschhaus bei Helmstedt gemacht.

>Richard Wurbs
Bundestagsabgeordneter 1965-1984, FDP
Am 26. August vollendet Richard Wurbs sein 95. Lebensjahr. Der aus Kassel stammende Bauingenieur trat 1959 der FDP bei, war von 1963 bis 1971 Kreisvorsitzender seiner Partei und seit 1971 Vorsitzender des FDP-Bezirks Nordhessen. Von 1960 bis 1968 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung in Kassel an. An der Spitze der dortigen Handwerkskammer stand er von 1964 bis 1989 und amtierte von 1973 bis 1989 als Vizepräsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Wurbs, der im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mitarbeitete, ist einer der Wegbereiter des Städtebauförderungsgesetzes von 1971. Von 1979 bis 1984 amtierte er als Bundestagsvizepräsident. Wurbs ist Ehrenbürger der Stadt Kassel. *bmh*

Das steht im Spätsommer an

VORSCHAU Die reguläre parlamentarische Sommerpause dauert noch knapp einen Monat. Ihren neunwöchigen Urlaub mussten die Parlamentarier wegen der Hilfen für Griechenland bereits einmal unterbrechen. Richtig los nach der Sommerpause geht es dann in der Woche vom 7. bis 11. September mit einer Zahlenschlacht. Das Parlament nimmt sein Königsrecht wahr und berät den Haushalt für das kommende Jahr. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wird seine Finanzplanung, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gleich die gesamte Politik der Bundesregierung verteidigen. Bei der Opposition dürfte man das naturgemäß anders sehen und scharfe Kritik am Haushalt und der Politik im Allgemeinen üben. Fracking, die umstrittene Fördermethode für Erdöl und Erdgas, dürfte nach der Sommerpause erneut für heftige Diskussionen sorgen. Eigentlich wollte die Große Koalition die entsprechenden Gesetzentwürfe (18/4713, 18/4714) schon im Juli in zweiter und dritter Lesung beraten und abstimmen, die Sozialdemokraten meldeten aber Bedenken hinsichtlich der geplanten Expertenkommission an. Das Vorhaben wurde verschoben. Auch das Projekt Vorratsdatenspeicherung hätte insbesondere die Union gern schon vor der Sommerpause verabschiedet. Doch auch in diesem Fall lässt sich die Koalition nun etwas mehr Zeit. Eine Experten-Anhörung zu den Gesetzentwürfen (18/5088, 18/5171) soll im Rechtsausschuss am Montag, 21. September, stattfinden. Danach kann dann beschlossen werden. Sehr intensiv, leidenschaftlich und teils emotional diskutierte der Bundestag in der letzten Woche vor der Sommerpause auch über das Thema Sterbehilfe. Unter besonderen Bedingungen: Die Abgeordneten hatten sich nicht nach Fraktionen sortiert, sondern auf Grundlage von vier Gesetzentwürfen. Kernpunkt ist die Beihilfe zum Suizid und die Frage, ob und wer sie weiterhin straffrei durchführen darf. Im Herbst wird es eine Fortsetzung geben. Die vier Gruppenanträge (18/5373, 18/5374, 18/5375, 18/5376) sind zunächst Gegenstand einer öffentlichen Anhörung am 23. September im Rechtsausschuss. *scr*

leicht
erklärt!

Russland

Früher und heute



Infos über Russland

Russland ist das größte Land der Welt.

Es liegt hauptsächlich auf dem Kontinent Asien.

Zum Teil liegt es auch in Europa.

Die Hauptstadt von Russland heißt Moskau.

In Russland leben sehr viele Menschen. Und zwar: 144 Millionen.

In den letzten 100 Jahren ist in Russland viel passiert.

Die Sowjet-Union

In den Jahren 1922 bis 1991 war Russland Teil eines noch größeren Landes.

Der Name dieses Landes war: Sowjet-Union.

Russland war der größte und wichtigste Teil in der Sowjet-Union.



Der Zweite Welt-Krieg

Die Sowjet-Union hat im Zweiten Welt-Krieg mit-gekämpft.

Das war ein sehr großer Krieg.

Er begann vor 76 Jahren.

In ihm haben viele Länder gegeneinander gekämpft.

Auf der einen Seite zum Beispiel:

- Deutschland,
- Italien
- und Japan.

Auf der anderen Seite zum Beispiel:

- Die Sowjet-Union,
- Frankreich,
- die USA,
- und Groß-Britannien.



Deutschland und die Sowjet-Union waren also Feinde.

Sie haben gegeneinander gekämpft.

Die Sowjet-Union und ihre Partner haben Deutschland damals besiegt.

Und zwar im Jahr 1945.

Der Kalte Krieg



Im Zweiten Welt-Krieg haben die Sowjet-Union und die USA also noch zusammen-gearbeitet.

Danach gab es zwischen ihnen aber einen schlimmen Streit.

Er dauerte viele Jahre.

Für den Streit gibt es auch ein schweres Wort.

Und zwar: Kalter Krieg.

Darum entstand der Kalte Krieg



Die Politiker in der Sowjet-Union und in den USA waren sich nicht einig:

- Nach welchen Regeln die Menschen auf der Welt leben sollen.
- Welche Rechte sie haben sollen.

Die Politiker in beiden Ländern behaupteten: Den Menschen auf der Welt wird es besser gehen. Wenn sie auf uns hören. Und wenn sie so leben, wie wir es wollen.

Zwei Gruppen

Davon wollten sie andere Länder überzeugen.

Und immer mächtiger werden.

Das haben sie auch geschafft.

Manche Länder auf der Welt hielten zur Sowjet-Union.

Diese Länder nannte man: Warschauer Pakt.

Andere Länder hielten zu den USA.

Diese Länder nannte man: NATO.



Atom-Krieg



Der Kalte Krieg war für die ganze Welt sehr gefährlich.

Denn die Sowjet-Union und die USA hatten Atom-Bomben.

Diese sind viel gefährlicher als normale Bomben.

Denn sie können sehr viele Menschen gleichzeitig töten.

Viele Menschen hatten Angst, dass die Sowjet-Union und die USA die Atom-Bomben benutzen.

Unterschiedliche Politik



Die Sowjet-Union und die USA waren also sehr unterschiedlich.

Darum war auch ihre Politik sehr unterschiedlich.

Die Politik in den USA hieß in schwerer Sprache: Demokratie.

Die Politik in der Sowjet-Union hieß in schwerer Sprache: Diktatur.

Demokratie bedeutet:

Alle Menschen dürfen in einem Land mit-bestimmen.

Dazu wählen sie zum Beispiel Politiker.

Diese Politiker machen dann Gesetze.

In einer Demokratie haben auch alle Menschen die gleichen Rechte.

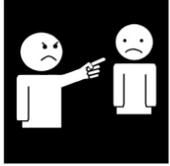
Zum Beispiel:

- Sie dürfen ihre Meinung sagen.
- Sie dürfen nicht einfach verhaftet werden.
- Sie dürfen im ganzen Land und auf der ganzen Welt umher-reisen.



Eine Diktatur ist das Gegenteil von einer Demokratie.

Zum Beispiel:



- Nur ganz wenige Personen bestimmen in der Politik. Die meisten Menschen werden nicht gefragt.
- Es gibt keine richtigen Wahlen.
- Man darf nicht einfach sagen, was man denkt.
- Manchmal wird einem verboten, das eigene Land zu verlassen.

Ende vom Kalten Krieg



Es gab immer wieder Versuche, den Kalten Krieg zu beenden.

Zum Beispiel

machten die beiden Länder aus:

- Sie verwenden die Atom-Bomben nicht.
- Sie wollen immer weniger Waffen haben.
- Sie versuchen, Probleme durch Gespräche zu lösen.

Manchmal wurde der Streit dadurch besser. Manchmal nicht.

Aber er war nicht zu Ende.

Eine große Veränderung gab es erst vor etwa 30 Jahren.

Die Sowjet-Union hatte damals Probleme.

Zum Beispiel:



- Die Leute hatten zu wenig zu essen.
- Sie konnten nicht alles kaufen, was sie wollten.
- Es gab nicht genug Wohnungen.

Darum wurden die Menschen immer unzufriedener.

Das merkten auch die Politiker.

Vor allem einer mit dem Namen Michail Gorbatschow.

Er war der Staats-Chef der Sowjet-Union.

Und damit der wichtigste Politiker.

Er versuchte, die Sowjet-Union zu verändern.



Zum Beispiel wollte er mehr Demokratie.

Und er wollte, dass es den Leuten besser geht.

Dass sie zum Beispiel mehr Dinge kaufen können.

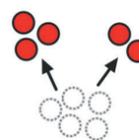
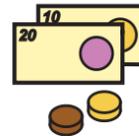
Für seine Veränderungen brauchte Gorbatschow Geld.

Das hatte er nicht.

Denn der Kalte Krieg kostete zu viel.

Deswegen schloss die Sowjet-Union Frieden mit den USA.

Der Kalte Krieg war vorbei.



Und die Sowjet-Union teilte sich in 15 verschiedene Länder auf.

Zum Beispiel:

- Georgien,
- die Ukraine
- und Russland.

Russland war nun also ein eigenes Land.

Das war im Jahr 1991.

Russland heute

Im Moment hört man oft Dinge über Russland in den Nachrichten.

Meistens sind es keine guten Dinge.

Zum Beispiel beschwerten sich viele Leute über die russische Regierung.



Und zwar darum:
Russland ist heute eine Demokratie.

Manche Menschen sagen aber:
Das stimmt gar nicht.

Denn sie finden, in Russland
fehlen viele Dinge,
die zu einer Demokratie gehören.

Zum Beispiel:

- Nur eine Person bestimmt zu viel in der Politik.
Und zwar der Präsident.
- Reporter dürfen nicht schreiben, was sie wollen.
Auch wenn es die Wahrheit ist.
- Manche Personen werden schlechter behandelt als andere.
Zum Beispiel Homo-Sexuelle.



Probleme in der Ukraine

Streit gibt es auch zwischen Russland und der Europäischen Union.

Und zwar wegen der Ukraine.

Die Ukraine ist ein Land.

Es liegt genau zwischen Russland und der Europäischen Union.

Manche Menschen in der Ukraine wollen enger mit der Europäischen Union zusammen-arbeiten.

Andere wollen lieber enger mit Russland zusammen-arbeiten.



Es kam zu einem Streit zwischen diesen beiden Gruppen.

In manchen Teilen der Ukraine wurde der Streit immer schlimmer.
Nun gibt es dort einen Krieg.

Viele Menschen in der Europäischen Union werfen Russland vor, den Krieg gut zu finden.

Und dafür zu sorgen, dass er nicht aufhört.

Und Russland wirft der Europäischen Union das Gleiche vor.



Russland und Deutschland

Deutschland und Russland arbeiten schon lange zusammen.

Zum Beispiel:

- Viele junge Menschen aus Russland studieren in Deutschland.
- Schüler aus Russland besuchen Deutschland.
Und umgekehrt.
- Russische und deutsche Firmen arbeiten zusammen.
Sie verkaufen sich zum Beispiel gegenseitig Dinge.



Aber: Die Zusammen-Arbeit von Russland und Deutschland ist im Moment schwierig.

Zum Beispiel wegen der Probleme in der Ukraine.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 33-34/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
24. August 2015